

Die Diskussion über die Vor- und  
Nachteile der Wirtschafts- und  
Währungsunion in Europa - unter  
besonderer Berücksichtigung der Rolle  
Großbritanniens

Master-Studiengang Europäische Studien der Universität  
Osnabrück

vorgelegt am 19.06.2001

von Kim Wallum

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
2.1	Die Herausforderung der Europäischen Währungsunion . . . . .	6
2.2	Anliegen und Aufbau dieser Arbeit . . . . .	7
<b>3</b>	<b>Historischer Überblick: Der Weg zu europäischer Wirtschafts- und Währungsunion und die Beteiligung Großbritanniens</b>	<b>9</b>
3.1	Die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg . . . . .	9
3.1.1	Den Rahmen geben . . . . .	9
3.1.2	Von Winston Churchill bis Edward Heath . . . . .	13
3.2	Die Jahre von 1970 bis 1974 . . . . .	15
3.2.1	Der Werner Bericht . . . . .	15
3.2.2	Die ‘Währungsschlange’ . . . . .	17
3.2.3	Edward Heath (1970-74) . . . . .	18
3.3	Die Jahre von 1974 bis 1979 . . . . .	21
3.3.1	Die Währungsschlange ‘wird zum Wurm’ . . . . .	21
3.3.2	Die Labour Regierungen von Wilson (1974-76) und Callaghan (1976-79); . . . . .	22
3.4	Die achtziger Jahre . . . . .	23
3.4.1	EWS, Delorsplan . . . . .	23
3.4.2	Die Ära des Thatcherismus (1979-90) . . . . .	25
3.5	Die neunziger Jahre . . . . .	27
3.5.1	Der Vertrag von Maastricht . . . . .	27
3.5.2	John Major (1990-97) . . . . .	28
3.6	Fazit des historischen Abschnitts . . . . .	30
<b>4</b>	<b>Zeitplan neuerer Entwicklungen und des Überganges zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß des Vertrags von Maastricht</b>	<b>32</b>
<b>5</b>	<b>Wirtschaftliche Faktoren der EWWU</b>	<b>35</b>
5.1	Zur politischen Ökonomie optimaler Währungsräume . . . . .	35
5.2	Wirtschaftliche Vor- und Nachteile des Euro . . . . .	37
5.2.1	Einige Vorteile des Euro und monetärer Integration . . . . .	38

5.2.2	Vorteile der monetären Integration vor der Einführung des Euro . . . . .	39
5.3	Wirtschaftliche Argumente gegen den Euro . . . . .	39
5.4	Die ökonomische Situation Großbritanniens in Bezug auf die EWWU	41
5.4.1	Großbritannien und die Maastrichter Konvergenzkriterien .	41
5.4.2	Großbritannien und die fünf ökonomischen Tests; seine eigene Beurteilung, ob es teilnehmen soll . . . . .	43
5.4.3	Ökonomische Argumente gegen den Beitritt zum Euro wie sie von Euro-Gegnern in Großbritannien vorgebracht werden	48
5.5	Fazit des wirtschaftlichen Abschnitts . . . . .	50
<b>6</b>	<b>Politische Aspekte der EWWU und die Meinungen der politischen Akteure und Pressure Groups in Großbritannien</b>	<b>53</b>
6.1	Kontroverse um den Weg zur EWWU . . . . .	55
6.2	Die Struktur und politische Erfordernisse der EWWU . . . . .	57
6.2.1	Die Illusion der Zentralbankautonomie: Institutionelle Defekte der Währungsunion . . . . .	58
6.2.2	Politische- und Sozialunion - eine Voraussetzungen für einer EWWU . . . . .	60
6.2.3	Nachholende Institutionalisierung? . . . . .	61
6.3	Die politische Debatte um den Euro und die EWWU in Großbritannien . . . . .	63
6.3.1	Tony Blair; der offizielle Standpunkt der Regierung Großbritanniens . . . . .	64
6.3.2	William Hague; die Tory-Opposition . . . . .	65
6.3.3	Euro-skeptische und Pro-Euro Gruppen und Organisationen in Großbritannien . . . . .	67
6.4	Ist die Beteiligung Großbritanniens an der EWWU politisch zwangsläufig? . . . . .	69
6.5	Fazit des politischen Abschnitts . . . . .	69
<b>7</b>	<b>Die Öffentlichkeit, ihre Meinungen über den Euro und deren Bedeutung</b>	<b>71</b>
7.1	Gemeinschaftssinn als Voraussetzung einer Politischen Union . . . .	72
7.2	Der Euro als Beitrag zur Herausbildung einer europäischen 'regionalen Identität' . . . . .	74

7.2.1	„Die Herstellung einer europäischen Identität durch den Euro ist eine ausgemachte Sache!“ . . . . .	74
7.2.2	Die Einführung des Euro wird vor allem als Bedrohung empfunden! . . . . .	75
7.3	Gegenwärtige öffentliche Meinungen in Großbritannien und deren Bedeutung . . . . .	78
7.3.1	Ein Überblick europäischer öffentlicher Meinungen . . . . .	78
7.3.2	Meinungsumfrage . . . . .	80
7.4	Fazit dieses Abschnitts . . . . .	87
<b>8</b>	<b>Schluss</b>	<b>89</b>
<b>9</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>91</b>
9.1	Bücher . . . . .	91
9.2	Zeitschriften . . . . .	92
9.3	Zeitungsartikel . . . . .	92
9.4	Beiträge aus dem Internet . . . . .	93
<b>10</b>	<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>98</b>
<b>11</b>	<b>Anhang: Umfrageergebnisse</b>	<b>100</b>

# 1 Vorwort

2001 ist ein wichtiges Jahr für die europäische Integration. Es ist das dritte Jahr seit der Gründung des europäischen Währungsgebiets und das Jahr vor der Einführung des Euro als eine fassbare Währung in den einzelnen Teilnehmerländern. Diese Zeit repräsentiert auch eine wichtige Diskussionsperiode für Großbritannien. Die Diskussion über die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und den Euro ist noch ein umstrittenes Thema. Dies ist besonders in Großbritannien der Fall, wo die Vor- und Nachteile monetärer Integration in vielen Kreisen besprochen werden. Großbritannien muss sich anhand vergangener Erfahrungen, gegenwärtiger Bedingungen und zukünftiger Prognosen in wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sphären entweder für oder weiterhin gegen den Euro entscheiden.

Seit dem Anfang meines Studiums habe ich mich für den europäischen Integrationsprozess interessiert. Ich bin der Meinung, dass es daher passend ist, meine Abschlußarbeit über die neueste bedeutende Entwicklung in diesem Prozess zu schreiben. Da ich aus Großbritannien komme, habe ich eine gewisse Verbundenheit mit dem Land, seinen Entscheidungen und mit seiner Rolle in Europa. Es ist also nur natürlich, dass ich an dieses Thema aus Sicht Großbritanniens herangehe. Im Laufe meines weitreichenden Studiums habe ich mich besonders mit der Politik und Geschichte Europas auseinander gesetzt. Während ökonomische und soziologische Ansätze zur Einführung des Euro in dieser Arbeit vorkommen, beinhaltet sie auch starke politische und historische Elemente. In dieser Hinsicht habe ich meine Interessen in mehr als einer Weise kombiniert.

## 2 Einleitung

*“Die Realisierung der Europäischen Wirtschafts - und Währungsunion ist ohne Zweifel der weitreichendste Integrationsschritt seit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahre 1957” (Metzger 1997).*

Seit dem 1. Januar 1989 existiert die drei-stufige und drei-phasige Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) (siehe Abschnitt 4). In der ersten Phase (1. Januar, 1989 - 31. Dezember, 1998) wurden die Länder, die sich an der EWWU beteiligen wollten, auserwählt. Wir befinden uns jetzt in der zweiten Phase, die durch die Einführung des Euro auf bargeldloser Basis gekennzeichnet wird. Die Einführung des Euro am 1. Januar 1999 schuf, ökonomisch gesehen, das zweit-größte Währungsgebiet in der Welt.



Landkarte Euroland (WestLB(b) 2001)

Elf Mitgliedstaaten gehören seit dem 1. Januar 1999 zum Euro-Währungsgebiet: Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Seit dem 01.01.2001 ist Griechenland hinzugekommen. Drei EU-Mitgliedsländer werden nicht, zumindest nicht sofort an der Währungsunion teilnehmen. Diese so genannten 'Euro-outs' sind: Großbritannien, Dänemark und Schweden. Obwohl das Vereinigte Königreich und Dänemark die Konvergenzkriterien ausreichend erfüllt haben, haben sie sich einstweilen entschieden, nicht zur Euro-Währung überzugehen.

Die dritte Stufe (1. Januar, 2002 - 1. Juli, 2002) markiert die letzte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), in der der Euro als eine fassbare Währung eingeführt wird und zum einzigen gültigen Zahlungsmittel in den Teilnehmerländern wird.

## **2.1 Die Herausforderung der Europäischen Währungsunion**

Monetäre Integration in der einen oder anderen Form ist nicht nur in Europa sondern in vielen Gebieten der nördlichen Hemisphäre ein wichtiges Thema. Die Diskussionen konzentrieren sich auf die Vor- und Nachteile entweder der Fusion von zwei oder mehr Währungen in eine (Währungsvereinheitlichung) oder der Ersetzung einer Währung durch eine andere (Dollarization) (Cohen 2001).

Die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in Europa bezieht einen Währungsvereinheitlichungsprozess mit ein. Die Mitgliedsländer des Eurolands haben ihre einzelnen Währungen vereinheitlicht, um eine neue gemeinsame Währung zu schaffen.

Die Debatte um eine EWWU tendiert dazu, sich auf die ökonomischen Vor- und Nachteile zu konzentrieren. Bei einer gemeinsamen Währung handelt es sich jedoch nicht nur um eine Kosten-Nutzen-Analyse der Wirtschaftswissenschaften, sondern es geht auch um Politik und Machtausübung, sowie die Fähigkeit einer Nation, ihre eigenen Angelegenheiten zu kontrollieren.

„Geldfragen sind Machtfragen. Die Geldpolitik ist ein mächtiges wirtschaftspolitisches Instrument. Wer das Geld kontrolliert, hat Macht. ... Die Einführung des Euro ist deshalb mehr als eine Währungsumstellung.“ (Biedenkopf 1998;33)

Eine nationale Währung dient auch dazu, den nationalen Gemeinschafts-sinn zu erhöhen. Sie ist den Bürgern eine tägliche Erinnerung an ihre Verbindung zu einem Staat und unterstreicht die Tatsache, dass jeder Bürger in einem Währungsgebiet zu dem gleichen sozialen Wesen gehört.

Es gibt unter Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und Soziologen konkurrierende Vorstellungen von den Leitvariablen, der Dynamik und den Zielen der europäischen Integration. Nach Müller seien allgemeine theoretische Defizite in der Thematisierung des Integrationsprozesses und besonders in der Einführung des Euro vorhanden (Müller 1999;8). Da es keine vergleichbare WWU dieser Art gibt, ist die Einführung einer gemeinsamen Währung eine riesige Herausforderung, die von vielen Fragen umgeben ist. Sie ist auch, „...vielleicht die folgenreichste Zäsur in der Geschichte der westeuropäischen Länder seit Ende des zweiten Weltkrieges“ (Müller 1999;7). Weitere Integrationsschritte in Europa werden zukünftig maßgeblich vom Erfolg des Euro und der EWWU abhängen. Die Einführung des Euro hat auch weltweite Folgen. Die neue Währung und der geänderte Wirtschaftsraum bedeuten, dass sich die Außenbeziehungen des Eurogebietes gegenüber unter anderem den USA und Japan verändern werden.

Die Diskussion über die Vor- und Nachteile der Wirtschafts- und Wahrungunion in Europa wird zur Zeit besonders intensiv in Großbritannien geführt, das kurz vor einem möglichen Eintritt steht. Als ein potentielles baldiges Mitglied des Eurolands spielt Großbritannien eine große Rolle in der Gesamtdiskussion. Die Einzelheiten der Rolle Großbritanniens werden in dieser Arbeit behandelt.

## **2.2 Anliegen und Aufbau dieser Arbeit**

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, sowohl die Vor- und Nachteile der EWWU als auch die gegenwärtige Beziehungen Großbritanniens zu der EWWU, sowie seine Rolle als EU-Mitgliedsstaat in der monetären Integration Europas zu untersuchen.

Diese Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: Um ein besseres Verstehen der Beziehungen Großbritanniens zur Wirtschafts- und Wahrungunion, sowie der Wahl, der Großbritannien jetzt gegenübersteht zu ermöglichen, wird im folgenden



Abschnitt zunächst ein historischer Überblick gegeben. Dieser soll das Verhältnis Großbritanniens zu Europa im Rahmen der EWWU in dem Zeitraum von der Nachkriegszeit bis zu diesem Jahr dargelegen. Der Abschnitt ist in sechs Teile gegliedert, wobei sich jeder Unterabschnitt in chronologischer Reihenfolge mit den damaligen Entwicklungen, der jeweiligen Regierung und ihrer Einstellung gegenüber monetärer Integration beschäftigt.

Es schließen sich drei weitere Abschnitte an, die sich dementsprechend mit politischen und ökonomischen Implikationen des Euro und mit der Öffentlichkeit, ihren Meinungen über den Euro und deren Bedeutung in ihren wesentlichen Grundzügen beschäftigen. Der ökonomische Abschnitt beinhaltet die Diskussion über ökonomische Vor- und Nachteile des Euro und die Diskussion der möglichen Auswirkungen auf die britische Wirtschaft. In dem politischen Abschnitt werden die politischen Folgen des Euro in Betracht gezogen. Die Angelegenheit des Souveränitätsverlust wird dabei besonders berücksichtigt. Darüberhinaus wird der Standpunkt der britischen Regierung sowohl gegenüber dem Euro als auch der der Opposition und einiger prominenter Pressure Groups in Großbritannien untersucht. Die Einführung des Euro bedeutet nicht nur einen wirtschaftlichen und politischen, sondern auch einen gesellschaftlichen Wandel. Welche Alltagsfolgen der EWWU die Bürger des Eurogebiets spüren und im besonderen die britischen Meinungen dem Euro gegenüber machen einen wichtigen Teil dieses Abschnitts aus. Die Wichtigkeit der Reaktion des britischen Volkes der EWWU gegenüber wird erklärt und durch aktuelle Umfragen belegt. Die Schlussfolgerung der Arbeit fasst die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

Die Informationen, die in dieser Arbeit präsentiert werden, wurden aus verschiedenen Quellen gewonnen: aus Büchern, Zeitungen, Artikeln, offiziellen Webseiten und weiteren Beiträgen aus dem Internet und aus Umfragen.

### **3 Historischer Überblick: Der Weg zu europäischer Wirtschafts- und Währungsunion und die Beteiligung Großbritanniens**

Dieser Abschnitt untersucht die währungspolitische Zusammenarbeit in Europa; die Hauptentwicklungen in der Geschichte und der institutionellen Entfaltung der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa. Der Abschnitt ist in sechs Teile gegliedert, wobei sich jeder Unterabschnitt in chronologischer Reihenfolge erstens mit den damaligen europäischen Entwicklungen und zweitens mit den jeweiligen Regierung in Großbritannien und ihrer Einstellung gegenüber Europa und monetärer Integration beschäftigt. Jede Phase kann als ein oder mehrere Bausteine der EWWU interpretiert werden. Der Integrationsprozess kulminiert letzten Endes in dem Vertrag von Maastricht, der einen Zeitplan und einen präzisen Weg zu europäischer Wirtschafts- und Währungsunion aufstellte. Außenfaktoren (nicht-monetäre aber sehr wichtige Faktoren der europäischen Integration) wie z.B. die EG-Betrittsbedingungen Großbritanniens werden ebenfalls besprochen, um die Beziehung zwischen Großbritannien und Europa und die Natur einiger dauerhafter Schwierigkeiten zu erläutern.

Neuere Entwicklungen und Einzelheiten des Maastrichter Vertrages werden, da sie heute noch zutreffend sind, in den anschließenden Abschnitten besprochen werden.

#### **3.1 Die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg**

##### **3.1.1 Den Rahmen geben**

Selbst vor dem Ende des zweiten Weltkriegs gab es weitreichende Pläne für eine globale Nachkriegswirtschaftsordnung. Unter den Bretton Woods Abmachungen führten diese Pläne zur Schaffung des IMF (Internationalen Monetären Fonds) und der Weltbank. Die Bretton Woods Abmachungen, die 1944 abgeschlossen wurden, schufen ein System der festen Wechselkurse, die nur mit der Zustimmung des IMF verändert werden konnten. Abweichungen von den festen Leitkursen waren nur in einer Marge von 1,5% zugelassen. Alle Signatarstaaten übernahmen es, ihre Währungen konvertierbar zu machen (Gros & Thygesen 1992:4).

Handel wurde damals hauptsächlich über bilaterale Handelsabmachungen ge-

führt. Diese Abmachungen enthielten bezeichnenderweise bilaterale Kreditvereinbarungen. Defizite, die die Kreditvereinbarungen überschritten, mussten in Gold abgerechnet werden. Die meisten Regierungen Europas versuchten, ihr Gold zu behalten. Als Folge davon wurde die Übertragung von Gold so weit wie möglich vermieden. Der Handel war auf diese Weise beschränkt (Gros & Thygesen 1992;4).

Defizite in einem Land konnten nicht gegen einen Überschuss in einem anderen Land ausgeglichen werden. Da die Währungen nicht konvertierbar waren, gab es keinen offiziellen Ausgleichsmechanismus und keine Devisenmärkte. In den meisten Ländern herrschte besonders für Produkte aus dem Dollarraum eine Import-Nachfrage, die viel größer als ihr Exporthandel war. Dieses Phänomen hieß 'die Dollar-Lücke' und bedeutete, dass der multilaterale Handel beschränkt werden musste. Die europäischen Länder versuchten, Überschüsse in Gold aber auch in US-Dollar oder in Währungen, die in Dollar konvertierbar waren, zu verdienen. Wenn ein Land also seine Währung konvertierbar gemacht hätte, wäre die Währung in gewisser Weise zu einem Äquivalent des Dollars geworden. Dies hätte dann zu ernsthaften Problemen bezüglich der Zahlungsbilanz geführt. 1947 versuchte Großbritannien, das Pfund konvertierbar zu machen. Nach sieben Wochen wurde die Konvertierbarkeit wieder eingestellt. Eine gemeinsame europäische Lösung wurde häufiger als 'der Weg zur Konvertierbarkeit' erkannt (Gros & Thygesen 1992;5).

Die OEEC (Organisation for Economic Cooperation), gegründet im Jahre 1948, war der erste Schritt in diese Richtung. Diese Organisation wurde 1960 die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development). Die OEEC wurde hauptsächlich aufgestellt, um die Distribution von Marshall Aid<sup>1</sup> effektiv zu organisieren. Die Zahlungen waren aber noch begrenzt und der Bilateralismus dauerte fort (Gros & Thygesen 1992;5).

Bis 1947 waren die Kreditvereinbarungen erschöpft und der Handel war beschränkt. 1950 wurde die Europäische Zahlungsunion (EZU) geschaffen. Die EZU bedeckte ein Gebiet, das ungefähr 70% des Welthandels entsprach. Der größte Teil Afrikas und Asiens gehörte dazu. Die EZU sorgte für ein Ende des Bilateralismus. Jeden Monat wurden alle Defizite und Überschüsse des bilatera-

---

<sup>1</sup>Marshall Aid war das Hauptinstrument, das die USA benutzt haben, um europäische Erholung und Integration zu fördern. Marshall aid spielte bis 1952 eine wichtige Rolle bei der Verkleinerung der Dollar-Lücke (Gros & Thygesen 1992;5).

len Handels zusammengerechnet, um für jedes Land eine Position gegenüber der Union festzustellen. Nur Änderungen in dieser Position mußten 'bezahlt' werden (Gros & Thygesen 1992;6).

Jedes Land bekam ein Quantum von 15% der Summe der Importe und Exporte im Jahre 1949. Goldreserven waren den Ländern weiterhin wichtig. Die Länder, die wahrscheinlich die Gläubiger der EZU werden würden, waren an einer Rückzahlung in Gold interessiert, die sie benutzen könnten, um Waren aus dem Dollarraum zu kaufen. Die voraussichtlichen Schuldner hatten auf der anderen Seite Interesse an der Erhaltung von Kredit, um ihre Ressourcen zu schützen. Eine gleitende Skala von Kredit und Gold wurde etabliert, wobei ein Defizit von weniger als 20% des Quantums mit EZU-Kredit bezahlt werden konnte. Ab 20% wurde die Goldproportion immer größer. Bei 100% und mehr mussten Defizite ganz in Gold bezahlt werden. Es gab also einen großen Anreiz, Defizite möglichst klein zu behalten (Gros & Thygesen 1992;6).

Als die BRD 1950 ihr Quantum erschöpfte und für das Defizit nicht bezahlen konnte, wurde das System getestet. Mit der EZU wurden die Zahlungsbilanzen eines Landes nicht nur zu einem nationalen Problem, sondern bekamen auch Bedeutung für die anderen Mitgliedsstaaten. In diesem Fall wurde der BRD extra Kredit gewährt, ihre monetäre Politik wurde verschärft und die anderen Länder beschränkten ihre Exporte nach West-Deutschland, so dass die BRD weiterhin Mitglied der EZU bleiben konnte. Diese Maßnahmen wurden ergriffen, obwohl sie nicht den nationalen Interessen der anderen Länder entsprachen. Die Krise wurde überwunden (Gros & Thygesen 1992;7).

Die EZU ist trotz einiger Probleme gut gelaufen. Die Dollar-Lücke wurde kleiner, als die Exporte in die USA schneller stiegen als die Importe aus den USA. Die EZU-Positionen der Länder bezüglich ihren Quanten wurden im Laufe der Zeit größer. Dies bedeutete, dass immer mehr Zahlungen in Gold stattfanden. Die EZU sollte die Voraussetzungen für die freie Konvertibilität aller Währungen schaffen. 1958 erklärten 14 westeuropäische Staaten ihre Währungen für kompatibel und das Ziel war damit erreicht. Die EZU wurde aufgelöst und durch das Europäische Währungsabkommen (EWA) ersetzt. Das EWA konnte seinen Mitgliedern finanzielle Hilfe anbieten, aber der IMF ererbte die Autorität bezüglich der Kreditbedingungen und dem Vorschlagen von Politikänderungen. Die Länder schätzten die neue finanzielle Souveränität (Gros & Thygesen 1992;8). Im Kern

des IMFs war ein System der festen Wechselkurse, das alle Währungen mit dem Dollar und den Dollar mit Gold verband.

1951 und 1961 hat Monnets Aktionskomitee<sup>2</sup> für die Vereinigten Staaten Europas die monetäre Integration gefordert. Diese Forderungen blieben unbeachtet, da das Bretton Woods System bereits für Wechselkursstabilität und eine grundlegende Struktur für die Koordinierung makroökonomischer Politik gesorgt hatte. Dies blieb bis zum Zusammenbruch des Bretton Woods Systems so (Aretis et al. 1999;16).

Politisch inspiriert begann 1952 die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)<sup>3</sup> zu arbeiten. Die EGKS initiierte die Deponierung von nationalen Oberhoheiten in den Kohle- und Stahlsektoren bei einer supranationalen Organisation (Dinan 1994;26).

1957 wurden die Römischen Verträge von sechs europäischen Ländern (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg) unterschrieben. Die Verträge etablierten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, der offizielle Name wurde 1967 in EG (Europäische Gemeinschaft) unbenannt - als das Euratom und die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit der EWG fusionierten (Gros & Thygesen 1992;9)). Die EWG basierte auf der Schaffung eines Gemeinsamen Marktes. Monetärpolitik wurde nur insoweit als ein Ziel betrachtet, als dass sie das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes ermöglichte (Aretis et al. 1999;12f.). Einige ökonomische und monetäre Ziele wurden aber ausgeführt: Ein Gleichgewicht in der gesamten Zahlungsbilanz, die Aufrechterhaltung der Zuversicht in Bezug auf Währung, eine hohe Beschäftigungsquote und stabile Preise. Um diese Ziele zu verwirklichen, wurden drei Instrumente

---

<sup>2</sup>Jean Monnet war Direktor des französischen Modernisierungsplans. Er wurde von Charles de Gaulle beauftragt, Nationalproduktion, -handel, -beschäftigung und den Lebensstandard zu steigern. Das Aktionskomitee für die vereinigten Staaten Europas war eine private supranationale Organisation, die aus politischen Partei- und Gewerkschaftsführern bestand. (Dinan 1994;10,31)

<sup>3</sup>Die EGKS war der erste offizielle Akt zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa und wurde von einem Verlangen nach einer Beilegung von französisch-deutschen Differenzen und nach Frieden entwickelt. Sie war ursprünglich eine französisch-deutsche Abmachung, die dazu diente, zwei Sektoren industrieller Produktion (Kohle und Stahl) und damit potentielle Kriegsmaterialien der nationalen Kontrolle zu entziehen. Teilnehmende Länder waren Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

vorgeschrieben.

- Die Koordination von Wirtschaftspolitik durch Zusammenarbeit von Regierungen und Zentralbank: Das monetäre Komitee wurde etabliert, um sicher zu stellen, dass die Mitgliedsländer diesem Ziel entsprachen<sup>4</sup>.
- Die Stabilisierung von Wechselkursen.
- Zugang zu (beschränktem) Kredit und Hilfe im Falle eines Problems bezüglich der Zahlungsbilanzen.

Sieben andere Länder geleitet von Großbritannien bevorzugten eine losere Form von Integration und erschlossen ein Freihandelsgebiet; EFTA (European Free Trade Area) (Gros & Thygesen 1992;9).

Bis zum Ende der sechziger Jahre hatte die EG eine Zollunion in Verzug komplettiert und eine Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)<sup>5</sup> etabliert. Die wichtigste monetäre Frage für die Gesellschaft in den sechziger Jahren bezog sich auf die Tatsache, dass Änderungen in dem Wechselkurs die Funktion der Zollunion und der Gemeinsamen Agrarpolitik stören konnten (Gros & Thygesen 1992;10). Es schien anscheinend an der Zeit zu sein, etwas Neues zu unternehmen. 1969 bestätigte der Europäische Rat den Wunsch, nach einer WWU zu streben. Nationale und EG-Beamte wurde damit beauftragt, eine Studie bezüglich der Etablierung einer EWWU zu erstellen. Diese Studie wurde von Pierre Werner geleitet (Gros & Thygesen 1992;12).

### **3.1.2 Von Winston Churchill bis Edward Heath**

1950 wurde Clement Atlee<sup>6</sup> angeboten, an den Verhandlungen, die zur Schaffung der EKSG führten, teilzunehmen. Er lehnte ab. Sir Anthony Eden<sup>7</sup> nahm am Anfang der EWG-Diskussionen teil, aber die Pläne waren ihm zu kühn und er

---

<sup>4</sup>Diese Gruppe sorgte für den Austausch von Informationen und für die Vorbereitung von ECOFIN-Tagungen. ECOFIN steht für Council of Economic and Finance Ministers (Rehman 1997;7)

<sup>5</sup>GAP-Mechanismen wurden 1960 von der EWG adoptiert. 1962 trat GAP in Kraft (Europäische Kommission(b) 2001)

<sup>6</sup>Clement Atlee - Premierminister von Großbritannien von 1945 bis 1951 (Labour) (The Oxford Popular English Dictionary 1995;984)

<sup>7</sup>Sir Anthony Eden - Premierminister von Großbritannien von 1955 bis 1957 (Conservative) (Ebd)

trat zurück (George 1994;5).

Nach dem zweiten Weltkrieg waren Industrie, Transport, Wirtschaft und in den meisten Ländern auch das politische Leben zusammengebrochen. Dies führte zu der Idee, dass supranationale Integration ein besseres Mittel sei, den Frieden zu schützen als das traditionelle Konzept der Kooperation zwischen Ländern. Großbritannien aber litt weniger unter dem Krieg als die anderen Länder. Diese Idee der übernationalen Integration sprach Großbritannien zu dieser Zeit nicht an und seit dem hat sich diese Situation kaum geändert. Nach dem Krieg war Großbritannien eine Weltmacht und nur nebensächlich eine europäische Macht.

Viel stärker als die Beziehungen zwischen Großbritannien und Europa waren die Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA und zwischen Großbritannien und dem Commonwealth. Die USA unterstützten die Beteiligung Großbritanniens an den europäischen Projekten, aber die Existenz einer Sonder-Atlantikbeziehung führte dazu, dass britische Parteiideologen keine EWG-Beteiligungsnotwendigkeit sahen (George 1994;15). Als die sechs EWG-Länder die europäische Integration vorantrieben, fuhr Großbritannien mit der Formulierung von Außenpolitik in globalen Maßen fort. 1948 gingen 40% der britischen Exporte und Waren zur Wiederausfuhr in das Commonwealth. Ganze Sektoren der britischen Wirtschaft waren von diesem Handel abhängig. Nach Meinung des Volkes hätte eine Vorzugshandelsbeziehung mit Europa die bestehenden Handelsbeziehungen in Gefahr bringen können (George 1994;15). Außerdem hatten viele Leute Verwandte im Commonwealth, was diese Verbindung stärkte. Das Commonwealth war also von beträchtlicher ökonomischer und politischer Wichtigkeit für Großbritannien (George 1994;15).

In Großbritannien wuchsen mit der Zeit die ökonomischen Probleme und Großbritanniens unabhängiger Einfluss in der Welt nahm ab. Innerhalb weniger Jahre nach der Etablierung des Gemeinsamen Marktes, nahm Harold Macmillan<sup>8</sup> Verhandlungen auf, um herauszufinden, ob eine Basis für eine britische Mitgliedschaft gefunden werden könnte. Großbritannien stellte folgende Überlegung an: Wenn die EWG erfolgreich wäre und der ökonomischen Integration politische

---

<sup>8</sup>Harold Macmillan - Premierminister von Großbritannien von 1957 bis 1963 (Conservative) (The Oxford Popular English Dictionary 1995;984)

Integration hinzugefügt werden würde, könnte die EWG zum Hauptpartner der USA werden. Großbritannien würde in diesem Fall seinen bisherigen Status an die EWG verlieren (George 1994;29). Macmillan bewarb sich 1961 also aus verschiedenen politischen und ökonomischen Gründen im Interesse von Großbritannien um Mitgliedschaft. Es hatte zu dieser Zeit keinen Versuch in Großbritannien gegeben, Begeisterung oder Unterstützung für die EWG zu wecken. Der französische Präsident, Präsident De Gaulle lehnte die britische Bewerbung ab. Der Hauptgrund, der genannt wurde, lautete, dass Großbritannien keine europäische Berufung hatte (George 1994;33). 1967 legte De Gaulle erneut Veto gegen Großbritanniens zweite Bewerbung um Mitgliedschaft ein. Die Bewerbung wurde diesmal von Harold Wilson<sup>9</sup> geführt, aber aus ähnlichen Gründen zurückgewiesen (George 1994;38). In den späten sechziger Jahren kämpfte Großbritannien um eine internationale Rolle für den Sterling und war eben so weit davon entfernt, EWWU Ideen zu unterstützen wie zuvor (Gros & Thygesen 1992;28).

## **3.2 Die Jahre von 1970 bis 1974**

### **3.2.1 Der Werner Bericht**

Im Oktober 1970 legte Pierre Werner (der damalige Ministerpräsident von Luxemburg) einen Bericht vor. Der ‘Werner Bericht’ stellte die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion dar, die stufenweise bis 1980 zu erreichen wäre. Drei Stufen zur EWWU wurden von Werner vorgeschlagen.

- Die erste Stufe wurde für den Zeitraum 1971-74 vorgesehen und forderte bessere Koordination, die Harmonisierung der Budget- und Finanzpolitik und die Eliminierung von Barrieren in der Kapitalmobilität.
- Die zweite Stufe handelte u.a. von der Formulierung globaler ökonomischer Richtlinien, der Koordination kurzfristiger ökonomischer Politik, der Integration finanzieller Märkte, und der progressiven Eliminierung von Wechselkursschwankungen zwischen den europäischen Währungen.
- Die dritte Stufe sah die Entstehung eines ‘Community System of Central Banks’ vor. Das System wäre für die monetäre Innenpolitik und für

---

<sup>9</sup>Harold Wilson - Premierminister von Großbritannien von 1964 bis 1970 und von 1974 bis 1976 (Labour) (The Oxford Popular English Dictionary 1995;984)



Interventionen auf den Devisenmärkten verantwortlich gewesen (Rehman 1997;11).

Die EWWU würde die nicht wieder rückgängig machbare Konvertierbarkeit der Währungen, die Eliminierung von Wechselkursschwankungen, die unwiderrufliche Festlegung von Paritäten und die Liberalisierung der Kapitalbewegung bedeuten. Dies wäre sowohl mit der Beibehaltung nationaler Geldsymbole als auch mit der Etablierung einer neuen Währung möglich (Gros & Thygesen 1992;12). Der Bericht legte dar, dass wichtige geldpolitische Fragen auf der europäischen Ebene zu entscheiden wären. In dem nicht-monetären Bereich schlug der Bericht ein 'Centre of decision for economic policy' vor (Gros & Thygesen 1992;13). Dieser Rat hätte Einfluss auf die ökonomische Politik der EG, d.h. z.B. auch auf nationale Haushaltspolitik, gehabt.

Der Bericht wurde politisch gebilligt. Das Ziel einer EWWU wurde sowohl von Staats- und Regierungsoberhäuptern der sechs Mitgliedsländer als auch von denen in Dänemark, Irland und Großbritannien gebilligt. (Am ersten Januar 1973 traten diese drei Länder der EG bei.) Der ECOFIN-Rat begann auf das Ziel einer EWWU hinzuarbeiten, allerdings mit der Zurückweisung des 'Council of decision for economic policy' (Gros & Thygesen 1992;13f.). Es gibt zwei Hauptgründe, die eine Erklärung für diese anscheinende Verpflichtungsbereitschaft der Länder anbieten können.

- Der erste Grund bezieht sich auf die sanften Bedingungen, die den Werner Bericht begleiteten. Die ersten zwei Stufen wären nur mit vorherigen Besprechungen und freiwilliger Koordination nationaler Wirtschaftspolitik zu schaffen. Es hätte keine Zuwiderhandlungssanktionen gegeben. Hoheitsrechte wären erst in der dritten Stufe zu übertragen gewesen (Gros & Thygesen 1992;14).
- Der zweite Grund für den Erfolg des Werner Berichts war die scheinbare Tatsache, dass beide derzeitige Modelle zur Verwirklichung der EWWU gleich berücksichtigt wurden. Der monetäre Ansatz wurde von Frankreich, Italien und Belgien bevorzugt und betrachtete monetäre Integration als eine treibende Kraft für weitere Integration. Das hieß also, dass ökonomische Konvergenz und Politik-Koordination der monetären Intergration folgen würden. Die Ansicht in Deutschland und in den Niederlanden war, dass die nicht wieder rückgängig machbarere Konvertierbarkeit der Währungen

und die Zentralisierung von monetärer Politik erst am Ende einer langen Periode von Koordination und konvergierenden Leistung möglich wäre. Der Werner Bericht schlug einen vergleichbaren Verlauf in beiden Sphären vor (Rehman 1997;12).

Der Werner Bericht wurde nie ausgeführt. Der Bericht war auf das Bretton Woods System angewiesen und benötigte daher keine gemeinsame monetäre Institution. Die Tatsache, dass das System von Bretton Woods zu dieser Zeit zusammenbrach, war wahrscheinlich der Hauptgrund für das Scheitern des Werner Plans. Es wird aber auch gesagt, dass die Zeit nicht reif für ein solches Projekt war, das für die Nationalstaaten einen relativ großen Einschnitt in ihre Souveränität bedeutet hätte. Der Werner Bericht kann jedoch trotzdem als ein Baustein zur EWWU gesehen werden, da er künftigen Plänen Ideen und Inspiration verschuf.

Unruhen in der internationalen Wirtschaft zu dieser Zeit und besonders in dem monetären System verursachten überall in der kapitalistischen Welt ernsthaftes Geschäftsmißtrauen. Im Winter 1971-72 gab es eine internationale Rezession (George 1994;42f.). Einige Elemente des Werner Berichts überlebten diese schwierige Zeit: Darunter waren ein intra-EG Wechselkursmechanismus, ein European Monetary Cooperation Fund (EMCF) und ein Politikkoordinierungs- und -konvergenz Verfahren. Diese schufen die Grundlage für die Konvergenz der Wirtschaftspolitik (Gros & Thygesen 1992;15).

### **3.2.2 Die ‘Währungsschlange’**

1971 vergrößerten die Smithsonian Abmachungen die Schwankungsbandbreite von Bretton Woods von 2% auf 4.5% (Buitter et al. 1998;23).

1971-1973, während des Zusammenbruchs des Bretton Wood Systems, einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, die Wechselkurse innerhalb der Bände der Smithsonianabmachungen zu stabilisieren. Mit der Basler Abmachung, die April 1972 in Kraft trat, erklärten sich die Mitgliedstaaten bereit, Wechselkursschwankungen größer als +/- 2,25% vorzubeugen. Diese Intra-EG Anordnung hiess ‘europäische Währungsschlange in dem (Dollar) Tunnel’. Die Währungen der EG floateten zusammen gegen die anderen Weltwährungen (Rehman 1997;14). Das Verhältnis von Dollar zu Goldreserven hatte sich in der Nachkriegszeit stark verschlechtert.

Zusätzliche Dollar wurden gedruckt, um Defizite in der Zahlungsbilanz zu verkleinern.

Diese Tatsache und das schwindende Vertrauen zu der USA-Wirtschaft, bedeutete, dass die Welt bis März 1974 eine Ära der freigegebenen Wechselkurse aufgenommen hatte. Der Dollar wurde also gefloatet und damit verschwand der Dollar Tunnel. Die 'freigegebene Währungsschlange' blieb und repräsentierte einen konkreten Schritt in Richtung einer EWWU.

Die Sprunghaftigkeit der internationalen Devisenmärkte hatte zu bedeuten, dass Währungen oft angingen und aufhörten, an diesem System teilzunehmen. Die Beteiligung Großbritanniens dauerte z.B. nur acht Wochen - von 1. Mai bis zum 23. Juni 1972. Während dieser Zeit wurde das Pfund von schweren spekulativen Attacken getroffen (Buiter et al. 1998;24).

Die EMCF (oder FECOM) wurde 1973 etabliert, um das EG-Wechselkursystem zu überwachen. In Nachhinein wurde die Etablierung dieser Organisation als voreilig betrachtet. Der Fond hatte wenig Autorität, seine Aktivitäten waren sehr beschränkt und waren eine falsche Messlatte des EWWU-Fortschritts (Rehman 1997;17,22).

Inflation, steigende Ölpreise und die sprunghaften Wechselkurse charakterisierten diese Zeitperiode.

### **3.2.3 Edward Heath (1970-74)**

Aus den allgemeinen Wahlen im Juni 1970 kam die konservative Partei unter Edward Heath zum zweiten Mal in seiner Karriere als Sieger hervor. Er wurde für Europa engagiert und wurde Mitglied des Aktionskomitees für die vereinigten Staaten Europas. Heath wurde außerdem der Haupt-Unterhändler der EWG-Beitrittsbewerbung der Macmillan Regierung (George 1994;49). Die ersten eineinhalb Jahre seiner Amtszeit als Premierminister waren dem Beitritt der EG gewidmet (George 1994;42).

Einige Faktoren sprachen für den Beitritt. Seit der Schaffung des Gemeinsamen Marktes wuchs der intra-EG Handel viel schneller als der Handel mit Ländern außerhalb der EG (Gros & Thygesen 1992;30). Auch politische Ereignisse der Zeit, unter anderem der Wille, eine europäische Identität der Welt gegenüber zu definieren, sprachen für den Beitritt.

1969 trat De Gaulle von seiner Position als Präsident zurück. Das bedeutete, dass die größte Hürde auf dem Weg zum EG-Beitritt schon überwunden worden

war.

Die EG-Beitrittsbedingungen stellten die nächsten Hürden dar. Themen waren dabei insbesondere das Pfund Sterling, das Commonwealth, die Landwirtschaft und die Höhe der britischen Beiträge zum EG-Budget.

- Das Pfund Sterling war eine internationale Leitwährung. Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges war der Dollar wichtiger als das Pfund Sterling, aber es gab noch große Mengen von Pfund Sterling, die in anderen Staaten als Teil ihrer Devisenreserven aufbewahrt wurden. Während des Krieges hatte Großbritannien finanzielle Hilfe von dem britischen Weltreich bekommen. Die Hilfe kam in der Form von Sterling Einlagen, die in London eingezahlt wurden. Dies waren die so genannten 'Sterling balances' (Sterlingbilanzen). Es war schwierig für Großbritannien, das Pfund Sterling abzuwerten, ohne die massige Abnahme von Mitteln aus London zu verursachen. Dies hätte große ökonomische Schwierigkeiten für London herbeigeführt. Bezüglich der Beitrittsbedingungen verlangte Valéry Giscard d'Estaing Versicherungen von Großbritannien, dass das Pfund Sterling auf die gleiche Linie wie die anderen europäischen Währungen gebracht werden würde und, dass die Sterlingbilanzen mit Hilfe eines Rückzahlungsprogrammes abgebaut werden würden. Die britische Regierung weigerte sich, einen von außen aufgezwungenen Zeitplan bezüglich der Rückzahlungen zu akzeptieren. Großbritannien war sich des Problems bewusst, bestand jedoch darauf, dass die Angelegenheit keinen Teil der Beitrittsbedingungen ausmachen dürfte (George 1994;50f.).
- Seit die Handelsmuster Großbritanniens sich geändert hatten, wurden die Angelegenheiten bezüglich des Commonwealths unwichtiger. Eine wichtige ungeklärte Angelegenheit war, dass Großbritannien nach privilegiertem EG-Zugang für karibischen Zucker und Molkereiprodukte aus Neuseeland gefragt hatte (George 1994;51).
- Landwirtschaft stellte einen weiteren Problembereich dar. Die GAP funktionierte nach einem anderen System als in Großbritannien. Die Übernahme des europäischen Systems hätte eine Steigerung der Lebensmittelpreise verursacht. Großbritannien als Importland für Lebensmittel wäre im Nachteil gewesen (George 1994;51).

- Es gab zu dieser Zeit und auch heute noch viel Diskussion über die Beiträge zum EG-Budget. Die folgenden Ressourcen wurden als die EG-eigenen ausgewählt: 90% der Einkünfte von importierten Lebensmitteln und Einnahmen vom gemeinsamen Außentarif industrieller Güter plus einen Anteil der nationalen Einkünfte von Mehrwertsteuern. Großbritannien importierte mehr Lebensmittel und mehr industrielle Güter als die anderen Mitgliedstaaten (George 1994;52f.).

Nach vielen Diskussionen wurde eine britische Zusicherung akzeptiert, die besagte, dass Großbritannien sich mit dem Sterlingproblem auseinandersetzen würde. Abmachungen wurden für die Einführungsphase Großbritanniens getroffen. Ungeklärte Angelegenheiten und zukünftige Probleme, die vielleicht auftauchen würden, wurden für zukünftige Diskussionen aufbewahrt. Den Beitritt erreichen und später mit den Schwierigkeiten fertig werden, war ganz deutlich der Ansatz der Heath-Regierung (George 1994;55f.).

Am Anfang der siebziger Jahre wurde die ökonomische Unruhe mit dem Zusammenbruch des Bretton Woods System noch größer. Am 1. Januar 1973 wurde Großbritannien vor diesem Hintergrund Mitglied der EG. Eine dauerhafte Assoziation zwischen der tristen ökonomischen Situation und der britischen Mitgliedschaft formte sich in den Köpfen vieler Briten.

Eine EWWU wurde zu einem wichtigen Ziel der sechs Urmitglieder der EG. Der erste Schritt war das Teilnehmen an der freigelegenen Währungsschlange. Großbritannien teilte die Meinungen der Urmitglieder nicht. Wegen der besonderen Position des Sterlings als ehemaliger Leitwährung, gäbe es bei einem Beitritt Probleme. Großbritannien würde nicht teilnehmen, es sei denn die EG bürgte in ihrer Gesamtheit für den Wert des Sterlings (George 1994;62f.).

Während Großbritannien viele Forderungen<sup>10</sup> stellte, war es nicht bereit, zu einem Kompromiss bezüglich einer EWWU zu gelangen. Die Heath Regierung trat der EG mit hohen Aspirationen bei. Bis zum 5. März, als Heath zurücktrat, gab es viele Spannungen zwischen Großbritannien und ihren Partnern (Brittania 1996).

---

<sup>10</sup>Heath forderte einen regionalen Entwicklungsfond, um die GAP-Dominanz in dem Budget zu verkleinern und um den ärmsten Regionen Großbritanniens zu helfen. Er forderte auch eine Energiepolitik, um den Herstellungsländern eine geschlossene Front anzubieten. Beides waren kontroverse Angelegenheiten.

### 3.3 Die Jahre von 1974 bis 1979

#### 3.3.1 Die Währungsschlange ‘wird zum Wurm’

Aufgrund der Sprunghaftigkeit der internationalen Devisenmärkte, haben Währungen oft angefangen und aufgehört an diesem System teilzunehmen. Die Zeit von 1974 bis 1978 war durch häufige neue Ausrichtungen und Interventionen gekennzeichnet. (Für Einzelheiten bezüglich der neuen Ausrichtungen siehe Rehman 1997;16.) Ein Grund für die Instabilität der internationalen Devisenmärkte war die Zufuhr von so genannten Petrodollars<sup>11</sup> in die multinationalen Handelsbanken. Die Petrodollars erweiterten die Menge des flüssigen Kapitals in den Märkten. Die Petrodollars wurden in Vorausberechnungen von Wechselkursänderungen oft zwischen den nationalen Währungen getauscht (George 1994;-74).

In den späten siebziger Jahren waren die neun EG-Mitgliedsländer ökonomisch und nach Wechselkurssystemen in zwei Gruppen geteilt. Die erste Gruppe, die aus Deutschland, Belgien, den Niederlanden, Luxembourg, Dänemark (und Norwegen und Schweden als assoziierte Mitglieder) bestand, nahmen an der Schlange teil. Die zweite Gruppe nahm Frankreich, Großbritannien, Irland und Italien auf. Diese Länder hatten, allerdings ohne dauerhaften Erfolg, versucht, an dem System teilzunehmen und floateten ihre Währungen. Sie erlebten Inflationsdruck, Geldabwertung und große Defizite. Schweden (1977) und Norwegen (1978) zogen sich von dem System zurück. Mit der nachgelassenen Beteiligung wurde die Währungsschlange ‘zum Wurm’ (Kwan 2001). Da die Schlange europaweit offensichtlich keine Lösung war, musste ein Kompromiss zwischen der Schlange und dem freigegebenen System gefunden werden (Buitter et al. 1998;7). Die nächste Stoßkraft für eine EWWU kam aus der politischen Arena.

Während des Jahres 1978 wurde das Europäische Währungssystem (EWS) für alle EG-Mitglieder ausgehandelt. Die Initiative wurde von dem französischen Präsidenten Valéry Giscard d’Estaing und dem deutschen Kanzler Helmut Schmidt ergriffen.

---

<sup>11</sup>Der neue Reichtum der OPEC-Länder (Organization of Petroleum Exporting Countries) wurden Petrodollars genannt.

### 3.3.2 Die Labour Regierungen von Wilson (1974-76) und Callaghan (1976-79);

Im Februar 1974 wurde eine Labour Regierung ohne eine absolute Mehrheit gewählt. Bis zu einer Wahl im Oktober hing Labour von kleineren Parteien ab, um eine Mehrheit für die Legislatur zu sichern. Während der zwei Jahre, in denen Wilson<sup>12</sup> Premierminister Großbritanniens war, spielte die Angelegenheit der EG-Mitgliedschaft eine zentrale Rolle. Es gab zu dieser Zeit in Großbritannien tiefe Klassenunterschiede, aber es herrschte eine gemeinsame Abneigung gegen eine EG-Mitgliedschaft. Durch die Konzentration auf diese Abneigung und auf die Förderung nationaler Interessen gelang es der Regierung, die Klassen teilweise zusammen zu bringen. Dies ging auf Kosten der schon belasteten Beziehungen zwischen Großbritannien und seinen Partnern (George 1994;76).

Wilson erkannte jedoch die Wichtigkeit britischer Mitgliedschaft. Er verhandelte neue Mitgliedschaftsbedingungen, die der Öffentlichkeit in Form eines Referendums nahegelegt wurden.

James Callaghan war für die neuen Verhandlungen verantwortlich. Die Hauptangelegenheiten waren die, die unter der Heath Regierung nicht gelöst worden waren. Privilegierter EG-Zugang für Molkereiprodukte aus Neuseeland war ab 1977 weiterhin erlaubt. Es gab zu dieser Zeit eine globale Steigerung der Lebensmittelpreise über das Niveau der EG-Interventionspreise hinaus. In dieser Hinsicht wurde der Bereich Landwirtschaft weniger problematisch. Ein Mechanismus zur Kalkulierung der EG-Budgetbeiträge Großbritanniens wurde vereinbart. Die Freiheit, staatliche Hilfsmittel der britischen Industrie und Regionen ohne „interference from Brussels“ zu verteilen, wurde gesichert (George 1994;81ff.).

67.2 % der britischen Bevölkerung stimmten für eine fortgeführte EG-Mitgliedschaft. „Support for membership was wide but it did not run deep“ (George 1994;95 [Butler and Kitzinger]). Das Ergebnis des Referendums markierte keine neue Ära britischer Beziehungen. Großbritannien blieb ein schwieriger Partner.

James Callaghan<sup>13</sup> war ein Verfechter fortgeführter atlantischer Kooperation und ein Vermittler zwischen der EG und den USA (George 1994;107). Interna-

---

<sup>12</sup>Harold Wilson Premierminister in Großbritannien von 1974-76 (Labour) (The Oxford Popular English Dictionary 1995;984)

<sup>13</sup>James Callaghan Premierminister in Großbritannien von 1976-1979 (Labour) (The Oxford Popular English Dictionary 1995;984)

tionale ökonomische Probleme dauerte fort und Callaghan versuchte, eine Antwort darauf zu formulieren, die die USA voll und ganz beteiligen würde (George 1994;110). Der Standpunkt, globale statt regionale Lösungen zu finden, reflektierte die internationale Handelsposition Großbritanniens.

Während der Regierungszeit Callaghans stand das Pfund Sterling einer Krise gegenüber. Für diese ökonomischen Probleme wurde der EG die Schuld gegeben. Während 1974 und 1975 bildete sich eine neue französische-deutsche Achse heraus, die die Heath-Pompidou Achse ersetzte (George 1994;74). Großbritannien hielt sich aus der internationalen Arena heraus, um mit den politischen und ökonomischen Problemen zu Hause fertig zu werden. Großbritannien lehnte die Möglichkeit ab, Mitglied des Wechselkursmechanismus' zu werden. Bis Herbst 1977 erlebte Großbritannien jedoch eine bemerkenswerte ökonomische Erholung.

Obwohl Callaghan den Vorteilen einer EG-Mitgliedschaft skeptisch gegenüberstand, waren ihm die Vorteile europäischer Kooperation bewusst. Er war jedoch kein Befürworter der Idee der europäischen Einheit. Innenpolitische Einschränkungen, d.h. die Tatsache, dass ein großer Teil der Labour-Partei der EG gegenüber feindselig eingestellt war, und internationale Angelegenheiten führten dazu, dass Großbritannien den Ruf eines schwierigen Partners behielt.

## **3.4 Die achtziger Jahre**

### **3.4.1 EWS, Delorsplan**

Das EWS wurde am 13. März 1979 ins Leben gerufen. Seine Ziele waren es i) eine größere Makro-ökonomische Konvergenz unter den Mitgliedsländern und die Annahme von gemeinsamen Makro-ökonomischen Politiken zu fördern, ii) das Inflationsniveau zu kontrollieren, iii) Wechselkursstabilität zu fördern, iv) die Rolle des ECU in der EG zu fördern und v) Integration zu unterstützen (Rehman 1997;22).

Der erste Schritt beim Aufbau des EWS war die Schaffung einer neuen Währungseinheit, des ECU. Der Ursprung des ECUs geht zurück auf die Europäische Rechnungseinheit (ERE), die 1974 etabliert wurde. Die ERE, die aus ausgewählten 'Schlange'-Währungen bestand, wurde von dem European Development Fund und dem EIB und von gemeinsamen Budgetierungsautoritäten benutzt. Mit der



Schaffung des EWS wurde die ERE in ECU (European Currency Unit) umbenannt. Der ECU war der Mittelpunkt des Wechselkursmechanismus. In diesem System wurde die Anzahl der Währungseinheiten von jeder Währung festgesetzt. Die Gewichte der Währungen konnten sich mit der Zeit, aber abhängig von intra-system Wechselkursschwankungen ändern. Dies war besonders der Fall für Länder, die am ECU, nicht aber an dem Wechselkursmechanismus teilnahmen. Anpassungen fanden alle fünf Jahre statt, bzw. wenn sich das Gewicht einer Währung um mehr als 25% geändert hatte (Rehman 1997;21ff.).

1986 wurden die EEA (Einheitlichen Europäischen Akte) ratifiziert und ein neues EWS wurde geschaffen, das eine relativ lange Zeit europäischer Wechselkursstabilität mit sich brachte. Die Idee einer gemeinsamen Währung für den Gemeinsamen Markt bekam erneute politische Unterstützung. Eine europäische WWU kehrte ins Programm zurück (Buiter et al. 1998;29).

In den frühen achtziger Jahren wurde die Deutsche Mark zunehmend als die Hauptwährung im EWS anerkannt. In der zweiten Hälfte des Jahrzehntes wurde die Realität der deutschen monetären Führung universell anerkannt (Buiter et al. 1998;27). Die Teilnahme an dem Wechselkursmechanismus des EWS wurde als ein Weg angesehen, Glaubwürdigkeit von der Bundesbank zu leihen, während man innenpolitisch Systemänderungen unternimmt (Buiter et al. 1998;28).

Bei der Gipfelkonferenz in Madrid im Jahr 1989 wurde der Dreistufenplan des damaligen Kommissions-Präsidenten Jacques Delors vorgestellt, der eine koordinierte Wirtschaftspolitik und eine einheitliche Währungspolitik vorsah (Buiter et al. 1998;29).

- Der Anfang der ersten Stufe wurde für Juli 1990 geplant. Sie bestand aus zunehmend freiwilliger Koordination in monetären und Budgetbereichen und benötigte die volle Liberalisierung der Kapitalbewegung.
- Die zweite Stufe (ohne bestimmten Zeitraum) handelte u.a. von der Etablierung des Europäischen Währungsinstituts (EWI) als Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB). Die Stufe benötigte die unwiderruffliche Fixierung der Umrechnungskurse zwischen den Teilnehmerwährungen. Dies repräsentiert den ersten Schritt zur Einführung einer gemeinsamen Währung.
- Die dritte Stufe repräsentiert die Einführung der neuen Währung (ein revi-

dierter ECU) und der EZB, sowie gleichzeitig die Etablierung gemeinsamer monetärer Politiken (Rehman 1997;43).

Die europäischen Länder erklärten sich bereit, Stufe 1 des Delorsplans im Juli 1990 zu beginnen. Um weitere Integration voranzutreiben, war eine Modifikation der Römischen Verträge nötig (Buitter et al. 1998;30). Hierzu waren die Länder nicht bereit. Deutschland z.B. argumentierte, dass monetäre und ökonomische Integration mit weiterer politischer Integration verknüpft sein sollte.

Im Dezember 1989 verlangte der Rat, dass bis zum Ende des Jahres 1990 zwei intergouvernementale Konferenzen — eine über monetäre Union und eine bezüglich politischer Union — abgehalten werden müssten. Diese Konferenzen begannen im Dezember 1990 in Rom.

Folgende Fragen standen auf dem Programm: Die Natur, Entwurf und Funktionen der monetären Institution in der zweiten Stufe, das Verfahren, das den Wechsel von der zweiten zur dritten Stufe regulieren sollte, und die Definition des für die dritte Stufe benötigten wirtschaftlichen Konvergenzgrades (Buitter et al. 1998;32).

Die Modifikation der Römischen Verträge, die nötig war, um die getroffenen Entscheidungen durchzuführen, sollte 1991 bei einem Gipfeltreffen in Maastricht stattfinden.

### **3.4.2 Die Ära des Thatcherismus (1979-90)**

Die Konservativen hatten dem Umgang der Labour-Partei mit EG-Angelegenheiten sehr kritisch gegenüber gestanden. Hoffnungen auf mehr Kooperation zwischen der neuen Thatcher-Regierung<sup>14</sup> und der EG hatten jedoch nur kurze Zeit bestand. Thatcher nahm schnell das Thema der inakzeptablen Höhe der britischen EG-Budgetbeiträge auf, welches die nächsten fünf Jahre dominierte. In diesem Zeitraum wuchs Großbritanniens Isolation in der EG, während andere Staaten an Plänen für weitere Europäische Integration arbeiteten.

1984 bekam Großbritannien eine Rückvergütung der Budgetbeiträge. Außerdem wurde ein Mechanismus zur Kalkulierung britischer Budgetbeiträge in der Fountainebleau-Erklärung vereinbart (George 1994;205). Diese Vereinbarung

---

<sup>14</sup>Margaret Thatcher Premierministerin in Großbritannien von 1979-1990 (Conservative)

stärkte Thatchers Glaubwürdigkeit in der Position der Premierministerin und führte den Eindruck herbei, dass die britische Regierung doch dazu entschlossen war, eine konstruktivere Rolle in Europa zu spielen.

Dies war nur von kurzer Dauer. Die kontroverseste Frage auf der Agenda des Treffens des Europäischen Rates in Hannover im Juni 1988 behandelte die Rolle der monetären Einheit in weiterer europäischer Integration (George 1994;190f.). Für Frankreich und Deutschland war die Entstehung einer gemeinsamen europäischen Währung ein essentieller Bestandteil auf dem Weg zu einem freien Binnenmarkt. Thatcher weigerte sich, zu versuchen, das Pfund innerhalb des EWS Fluktuationsrahmens zu halten, also den ersten Schritt auf dem Weg zu einer solchen Integration zu gehen.

Die politischen Hauptziele Thatchers waren, die britische Souveränität zu sichern, eine engere Beziehung zu den USA zu schaffen und einen freien Binnenmarkt zu fördern, allerdings ohne die Entstehung einer EWWU. Eine WWU, sowie eine Politische Union in Europa liefen ihrer Philosophie zuwider. Thatcher lehnte die Idee einer europäischen Zentralbank mit dem Argument ab, dass eine zentrale europäische Regierung die unausweichliche Folge einer EZB sei. Sie weigerte sich, das Pfund in den Wechselkursmechanismus des EWS einzubinden, konnte jedoch Delors nicht daran hindern, die für eine Stärkung des EWS nötigen Schritte zu untersuchen (George 1994;191f.).

Während der Jahre 1989 und 1990 wurde Thatchers Position gegenüber weiterer europäischer Integration immer unvereinbarer mit den Positionen der übrigen EG-Mitgliedsländer, der USA und führenden Mitgliedern der britischen Regierung. Präsident Mitterrand trieb die monetäre Integration voran. Als ein Symbol für Deutschlands Engagement für die EG und die besondere Beziehung zu Frankreich unterstützte Deutschland die Idee der monetären Integration. Thatcher blieb weiterhin gegen diese Idee. Als im September 1989 der Delors-Report veröffentlicht wurde, erarbeitete die britische Schatzkammer einen eigenen alternativen Plan monetärer Integration, der auf dem Konzept eines harten ECUs basierte. Die Idee dabei war, dass der ECU neben den nationalen Währungen existieren und diese graduell ablösen sollte, sofern er von genug Firmen und Personen genutzt werden würde (George 1994;227).

Am fünften Oktober 1990 führte Thatcher Großbritannien auf Druck von verschiedenen Seiten (u.a. Befürwortung von John Major) zur Teilnahme an dem Wechselkursmechanismus (George 1994;228). Dies sollte sich als nachteilig für die britische Wirtschaft herausstellen.

Am 30. Oktober 1990 berichtete Thatcher dem Unterhaus über den europäischen Gipfel in Rom, auf dem sie bei der Abstimmung über weitere Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Währung von den übrigen Mitgliedsstaaten 11 zu 1 überstimmt worden war. Der stellvertretende Premierminister trat aufgrund der Art wie Thatcher mit der Situation umgegangen war zurück. Es folgte eine Führungskrise, als führende Mitglieder der Partei befürchteten, dass britische Interessen beschädigt würden, wenn Thatcher im Amt bliebe. Sie wurde zum Rücktritt bewegt und verließ die Downing Street im November 1990 (George 1994;229).

## **3.5 Die neunziger Jahre**

### **3.5.1 Der Vertrag von Maastricht**

Im niederländischen Maastricht unterzeichneten im Februar 1992 die Staats- und Regierungschefs den Vertrag über die Europäische Union, genannt der 'Vertrag von Maastricht'. Der Vertrag legte die Grundlagen für die EWWU, aber auch für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres. Durch den Vertrag von Maastricht erfolgte die umfassendste Änderung und Ergänzung der Römischen Verträge von 1957, die Etablierung von neuen Institutionen und die genaue Angabe der Stufen, die zur EWWU führen würden. Die neuen Institutionen und ihre Verantwortungen werden in dem Abschnitt über politische Aspekte der EWWU diskutiert. Die EWWU wurde als eine Methode gesehen, die ökonomische und soziale Fortschritte sichern würde. Das eigentliche Argument war hierbei, dass die Leistungsfähigkeit und die Vorteile des Gemeinsamen Marktes (ökonomische Integration) erst maximiert würden, wenn die Kosten und Risiken des Wechselkurses eliminiert worden seien (montäre Integration) (Aretis et al. 1999;31). Abschnitt 4 zeigt einen Zeitplan neuerer Entwicklungen und des Überganges zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß des Vertrag von Maastricht.

Nach Artikel 109 j des Vertrages von Maastricht und den dazugehörigen Protokollen müssen die Euro-Teilnehmerstaaten Konvergenzkriterien erfüllen. Diese werden am Beispiel der Konvergenzlage Großbritanniens in dem Abschnitt über die wirtschaftlichen Faktoren der EWWU besprochen.

Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags war ein mühseliger und ungewisser Prozess. Ein Mangel an Vertrauen in den finanziellen Märkten bezüglich der politischen Fähigkeiten der Mitgliedsländer, die Konvergenzkriterien der EWWU zu erfüllen, führte zur Erweiterung der Währungsbänder von +/-2.25% auf +/-15%(Rehman 1997;79). Dies war de facto eine Suspendierung des Wechselkursmechanismus. Der Vertrag trat schließlich am 1. November 1993 in Kraft. Es handelt sich dabei um den dritten Anlauf zur Verwirklichung einer Währungsunion in Europa nach dem Scheitern des Werners Plans und nachdem das EWS nicht automatisch zu einer EWWU führte.

Auf dem Dubliner Gipfel im Dezember 1996 wurde ein Stabilitäts- und Wachstumspakt eingeführt (Aretis et al. 1999;33). Dieser Pakt unterstützte eine vage Empfehlung des Maastrichter Vertrages bezüglich übermäßiger Defizite und stellte eine fortgesetzte Beschränkung von Budgetdefiziten in den Mitgliedsländern sicher. Auch bei diesem Gipfeltreffen wurden Vorbereitungen für das EWS II getroffen. Das EWS II bestimmt einen Wechselkursmechanismus für die Länder, die in der dritten Stufe nicht teilnehmen wollen, bzw. für die, die die Maastrichter Konvergenzkriterien noch nicht erfüllt haben.

### **3.5.2 John Major (1990-97)**

1991 sagte Major<sup>15</sup>, dass Großbritanniens Platz im Herzen Europas läge. Daraufhin keimten wieder Hoffnungen auf, dass die neue britische Regierung sich in den Verhandlungen bezüglich monetärer Integration und Politischer Union kooperativer verhalten würde.

1991 wurde Großbritannien in Maastricht eine Opt-Out Klausel in Bezug auf die monetäre Integration gewährt, die in den neuen Vertrag aufgenommen wur-

---

<sup>15</sup>John Major war Premierminister in Großbritannien von 1990-1997 (Conservative)

de. Diese Klausel galt speziell für Großbritannien, weil die anderen Mitgliedstaaten nicht bereit waren, eine allgemeine Opt-Out Klausel zu akzeptieren, da ein möglicher Ausstieg Deutschlands den Zusammenbruch des gesamten Projektes bedeutet hätte. Großbritannien wurde außerdem ein Opt-Out bezüglich der Sozial-Charta gewährt. Dieses doppelte Opt-Out führte zu öffentlichen Diskussionen über Großbritanniens zukünftige Rolle in der EU. Die Regierung hob bei der Förderung des Vertrages von Maastricht die intergouvernementalen Elemente hervor und konnte bei den föderalen Elementen die erkämpften Opt-Outs vorweisen. Zur gleichen Zeit betonte Delors die föderalen Elemente des Vertrages (George 1994;243f.).

Der Vertrag von Maastricht wurde von den dänischen Wählern in einem Referendum am 2. Juni 1992 abgelehnt. Dies heizte Debatten und Gefühle gegen Maastricht in der EG an. Hinweise darauf, dass die Franzosen in einem Referendum gegen Maastricht stimmen könnten, führten zu dem oben erwähnten Verlust des Vertrauens der Finanzmärkte in die Aufrechterhaltbarkeit des Wechselkursmechanismus. Am 16. September 1992 wurde das britische Pfund unter spekulativem Druck aus dem Wechselkursmechanismus gedrängt (George 1994;247). Großbritannien schloss sich dem Mechanismus nicht wieder an, nachdem die Fluktuationsrahmen für die Währungen später gelockert wurden.

Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrags war ein schwerer Prozess in Großbritannien. Nachdem Thatcher ihr Amt verliess, wurde ihre prinzipielle Opposition gegenüber einer monetären Integration unter allen Umständen stärker. Unter den konservativen Parlamentsmitgliedern gab es genug Sympathisanten für diese Opposition, um für angeheizte Diskussionen zu sorgen. John Major musste 'alles geben', um im Mai 1993 eine Mehrheit für den Maastrichter Vertrag in Unterhaus zu schaffen (Rehman 1997;82).

Als der Vertrag ratifiziert wurde und die EU ihre Existenz begann, spielte Großbritannien in der Debatte um die Zukunft Europas eine zentralere Rolle als für eine lange Zeit vorher (George 1994;254). Major verfolgte allerdings vom September 1993 bis einschliesslich zu den Parlamentswahlen im Jahre 1997 eine Politik der Kompromisse. Dem Thema Europa wurde bei der Parteiführung besonderes Gewicht zuteil, da Major versuchte, das zerbrechliche Gefühl von Einigkeit zu er-

halten. Er behielt den Standpunkt bei, dass es Umstände gäbe, unter denen die gemeinsame europäische Währung Vorteile für Großbritannien bringen könnte, wenn die Konvergenzkriterien erfüllt seien (Holmes(b) 2000).

### **3.6 Fazit des historischen Abschnitts**

Monetäre Funktionäre treffen sich schon seit vierzig Jahren regelmäßig, um Informationen und Erfahrungen zu austauschen und um technische Probleme bezüglich Währungsinteraktionen zu lösen. Monetäre Angelegenheiten wurden für lange Zeit außerhalb des Rahmens der EG diskutiert. Ein Grund dafür sind die Bretton Woods Abmachungen, die bis zu den späten sechziger Jahren ein globales System der festen Wechselkurse aufrechterhielten (Gros & Thygesen 1992;29). Trotz des anfänglichen globalen Ansatzes steigt seit 1960 der intra-EG/EU Handel und damit die Nachfrage nach europäischen Anstrengungen im monetären Bereich an. Die lange und mit Rückschlägen verbundene Geschichte der währungspolitischen Integration in Europa hat mit dem Vertrag von Maastricht zur Errichtung der EWWU ihren Höhepunkt und — sollte das Projekt erfolgreich sein — auch ihren Abschluss erreicht.

Im Allgemeinen hat Großbritannien in den Debatten über eine EWWU die Rolle des Skeptikers gespielt. Reale Probleme bei der ökonomischen Anpassung Großbritanniens an die EG-Mitgliedschaft, z.B. begründete Schwierigkeiten bezüglich der EG-Budgetbeiträge, haben zu dieser Einstellung beigetragen. Traditionelle Beziehungen wie z.B. der Instinkt, die USA als Partner zu betrachten, und Handelsmuster haben ebenfalls wichtige Rollen gespielt. Als die britischen Regierungen doch Integrationsschritte unternehmen wollten, fehlte es an öffentlicher Unterstützung und deshalb an politischer Legitimität. Dies bedeutete, dass jeder vorgeschlagene Integrationsschritt einen potentiellen Vertrauensverlust und verdorbene Chancen einer Wiederwahl darstellte.

Die Einstellung Großbritanniens gegenüber Europa wurde nicht schnell entwickelt. Sie ist stattdessen das Ergebnis von Debatten und Ereignissen, die seit der Diskussion um Großbritanniens Mitgliedschaft vorgekommen sind. Einige Politikpositionen an sich z.B. die Weigerung Großbritanniens, das Pfund Sterling in den Wechselkursmechanismus des EWS zu nehmen, haben die anderen Mitgliedsländer verärgert. Die Direktheit Großbritanniens erlaubte jedoch anderen

Ländern, eine diplomatische Stille in Bezug auf die EWWU zu halten. Ohne die Einwände Großbritanniens hätten sich vielleicht andere Länder verpflichtet gefühlt, selber Einwände gegen die monetäre Integration zu erheben. Es wäre in dieser Hinsicht denkbar, dass ohne die Einwände Großbritanniens sogar weniger Fortschritte hätten gemacht werden können.

Mit jedem neuen Premierminister beginnt potentiell eine neuen Ära. Neure Entwicklungen in Europa sowie der Standpunkt und die gegenwärtige Rolle Tony Blairs und New Labours (1997-2001) werden in den folgenden Abschnitten berücksichtigt.



## 4 Zeitplan neuerer Entwicklungen und des Überganges zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß des Vertrags von Maastricht

Der folgende Zeitplan zeigt die wichtigsten Etappen auf dem Weg zur EWWU seit dem Vertrag von Maastricht<sup>16</sup>.

### Stufe 1: Vorbereitung

- |                   |  |
|-------------------|--|
| 7. Februar 1992:  | Unterzeichnung des EU-Vertrages in Maastricht.<br>Ziel: Verwirklichung der EWWU bis spätestens 1999.                               |
| September 1992:   | Wechselkurs-Turbulenzen der Lira und des Britischen Pfunds führen zum Austritt Italiens und Großbritanniens aus dem EWS.           |
| 1. Januar 1993:   | Offizieller Start des Binnenmarktes.   |
| 1. November 1993: | Vertrag von Maastricht tritt in Kraft.   |
| 1. August 1993:   | Erweiterung der Schwankungsbreiten der verbleibenden EWS-Währungen auf 15% - mit Ausnahme der Relation zwischen D-Mark und Gulden. |

---

<sup>16</sup>Quellen: The Euro and the currency markets (Barkham 1998), Stationen der Währungsunion (Bundesregierung (2001))

## Stufe 2: Konvergenz

1. Januar 1994: Die wirtschaftliche, monetäre und fiskale Konvergenz der Mitgliedsstaaten wird vorangetrieben. Die rechtliche Voraussetzung für die Unabhängigkeit der nationalen Notenbanken wird geschaffen. Das Europäische Währungsinstitut (EWI) wird als Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB) gegründet.
1. Januar 1995: Österreich, Schweden und Finnland treten der EU bei.
- Dezember 1995: Zeitplan und die Bedingungen für die Einführung der einheitlichen Währung werden bei einem Treffen in Madrid festgelegt. 'Euro' wird als Name der künftigen einheitlichen Währung in der Europäischen Union gewählt.
- 13./14. Dezember 1995: Der Europäische Rat in Dublin billigt einen 'Pakt für Stabilität und Wachstum'.
- 16./17. Juni 1997: Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und Entschließung für ein reformiertes Europäisches Währungssystem (EWS II) bei einem Gipfeltreffen in Amsterdam.

## Phase I

- 2./3. Mai 1998: Festlegung der Teilnehmerstaaten an der Währungsunion. (Großbritannien, Dänemark und Schweden haben Opt-Outs.) Auflösung des EWI und Gründung der EZB. Festlegung der bilateralen Wechselkurse.

## **Stufe 3: Währungsunion**

### **Phase II**

1. Januar 1999: Unwiderruffliche Fixierung der Umrechnungskurse zwischen den Teilnehmerwährungen und dem Euro. Möglichkeiten zur Verwendung des Euro im bargeldlosen Zahlungsverkehr. Die ESZB/EZB übernimmt die Geldpolitik.
1. Januar 2001: Griechenland nimmt an der EWWU teil.

### **Phase III**

1. Januar 2002: Die Euro-Banknoten werden in Umlauf gebracht. Umtausch der nationalen Währungen in Euro innerhalb von maximal 6 Monaten. Beide Währungen können parallel im baren Zahlungsverkehr eingesetzt werden (faktische Doppelwährungsphase). Endgültiger Umtausch bis spätestens 30. Juni 2002.
- Der Euro wird die einzige Währung und das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel in allen Teilnehmerstaaten der Währungsunion sein.

## 5 Wirtschaftliche Faktoren der EWWU

Dieser Abschnitt stellt die Theorie optimaler Währungsräume vor und wird dann die ökonomischen Vor- und Nachteile des europäischen Währungsraumes untersuchen. Die sowohl von Europa als auch von der britischen Regierung selbst gesetzten ökonomischen Voraussetzungen, die Großbritannien erfüllen müsste, um in dem Eurogebiet teilzunehmen, werden ebenfalls präsentiert. Die möglichen Auswirkungen eines Beitritts Großbritanniens auf die britische Wirtschaft und zusammenhängende Argumente der anti-Euro Gruppen werden ebenfalls in Betracht gezogen.

Argumente für oder gegen die EWWU, die starke politische oder gesellschaftliche Elemente haben, werden in den entsprechenden Abschnitten dieser Arbeit behandelt werden.

### 5.1 Zur politischen Ökonomie optimaler Währungsräume

Die Problembereiche monetärer Integration werden von Mundell (1961) und seiner Theorie optimaler Währungsräume angegangen (Müller 1999;15). Seine Hauptkriterien für einen funktionierenden optimalen Währungsraum und Kommentare dazu sind folgende:

- Die freie Bewegung von Produktionsfaktoren.

Es ist wichtig, dass Ungleichgewichte zwischen Ländern durch währungs- und wirtschaftspolitische Kooperation ausbalanciert werden können. Ohne die notwendige Faktormobilität (die freie Bewegung von Arbeitern, Kapital, Dienstleistungen und Gütern) kann es zu dauerhaften Arbeitslosigkeits- und Inflationsproblemen kommen. Ein Problem liegt darin, dass diese Produktionsfaktoren, die die Ungleichgewichte ausbalancieren und ökonomische Schocks abfedern könnten, in Europa nicht mobil genug sind. Obwohl beispielsweise jeder EU-Bürger das Recht hat, überall in Europa zu arbeiten, nehmen nur wenige Menschen dieses Recht in Anspruch. Mobilität ist aufgrund politischer, kultureller und anderer sozio-ökonomischer Faktoren wie z.B. verschiedener Sozialversicherungssysteme noch begrenzt. Weil es unwahrscheinlich ist, dass diese Barrieren in der nahen Zukunft abgeschafft werden, bleiben die Ungleichgewichte schwer bekämpfbar.

- Die Offenheit und Größe der Ökonomie.

Durch die Abschaffung von Handelsbarrieren sind die EU-Länder offener geworden, aber Dinge wie die Offenheit von Gütermärkten, Faktormobilität, die Abgeschlossenheit nach außen usw. sind schwer zu messen und zu beurteilen. Nach Mundell muss sich ein optimales Währungsgebiet auf ein Gebiet beschränken, in dem die Produktionsfaktoren wirklich frei sind.

- Preis- und Lohnflexibilität sollten hoch sein, um die Notwendigkeit eines Wechselkursmechanismus zu beseitigen.

In dieser Hinsicht kann argumentiert werden, dass der Wechselkursmechanismus in Europa noch angemessen ist.

- Die Integration der Märkte.

Länder mit ähnlichen Produktionsstrukturen sind im selben Ausmaß von ökonomischen Schocks betroffen. Asymmetrische Schocks bedrohen die europäischen Märkte immer noch. D.h. nach Mundell, dass die Märkte Europa sich weiter integrieren sollen.

- Finanzpolitische Integration.

Wenn finanzpolitische Integration zwischen Mitgliedsstaaten existiert, können Schocks durch finanzpolitische Transfers abgedeckt werden, auch wenn eine Mobilität der Arbeitskräfte und Lohn-Preis-Flexibilität nicht vorhanden sind. Finanzpolitische Integration wird sich aber nur langsam entwickeln, weil Währungsfragen zu den essentiellen Hoheitsrechten der Nationalstaaten gehören und durch nationale Interessen verkompliziert werden (Müller 1999;15f. und Rehman 1997;241ff. [Mundell(1961) „A Theory of Optimum Currency Areas“]).

Wegen der Wichtigkeit politischer Präferenzen und institutioneller Vorannahmen, schlägt Müller ein weiteres Kriterium vor, das die Praktikabilität einer Währungsunion mitbeurteilen könnte, nämlich „die Kapazität zur Bildung gemeinsamer Institutionen“ (Müller 1999;17). Die Institutionen der EWWU und ihre möglichen institutionellen Defekte werden in Abschnitt 6.2.1 in Betracht gezogen.

Müller benutzt die Arbeit von Mundell, um die Idee zu schwächen, dass höchstmögliche monetäre Stabilität das primäre Kriterium für ein optimales Währungsgebiet sei. Es wird argumentiert, dass ein kompromissloser Stabilitätskurs eines 'starken Landes' andere Teilnehmer des Wechselkursregimes in eine Rezession zwingen würde. Daher müssten alle Teilnehmer bereit sein, auf optimale Stabilitätskurse zu verzichten und andere Anpassungskosten der EWWU zu teilen. Währungs- und wirtschaftspolitische Kooperation, um regionale Ungleichgewichte auszubalancieren, sei ebenfalls sehr wichtig.

Nach einer strikten Anwendung des Mundell-Kriteriums ist die EU kein optimaler Währungsraum und nach Metzger werden die Bedingungen für eine Währungsunion niemals vollkommen günstig sein, Europa wird in historisch überschaubarer Zeit nicht zu einem optimalen Währungsraum konvergieren (Metzger 1997). Solche Theorien der optimalen Währungsräume sind auf jeden Fall bedenkenswert. Das soll jedoch nicht heißen, dass das Eurogebiet erfolglos ist. Die Perspektive ist politisch.

Einige Ökonomen, unter ihnen Olaf Sievert, ein Neoklassiker, stimmen z.B. dem klassischen Mundellschen Modell optimaler Währungsräume nicht zu. Nach Mundell gilt die hohe Mobilität der Arbeitskräfte als Voraussetzung seines Modells. Sievert ist der Meinung, dass diese Arbeitskraftmobilität für die Integration von Zentrum und Peripherie in Europa eher einen Nachteil darstelle und dass gerade eine immobile Arbeitskraft entscheidend für den Erfolg der EWWU sei. Er glaubt, dass die Lohnflexibilität ein angemessenes Anpassungsinstrument sei und Busch zufolge dass, je immobiler die Arbeitskraft, desto wirkungsvoller der Lohn-Preis Mechanismus eingesetzt werden könne (Busch 1994;95, [Matthes 1992;638]).

## **5.2 Wirtschaftliche Vor- und Nachteile des Euro**

Trotz des fortgeschrittenen Stadiums, in dem sich die Währungsunion befindet, ist die 'für und gegen' Debatte nicht abgeklungen. Eine der zentralen Fragen zielt auf die ökonomischen Wirkungen der EWWU. Für Großbritannien und die anderen Länder, die Interesse an dem Währungsgebiet haben, sind die Voraussetzungen der Währungsintegration auch sehr wichtig.

Argumente für oder gegen die EWWU, die starke politische oder gesellschaftliche Elemente haben, werden in ihren entsprechenden Abschnitten behandelt werden. Die Argumente beziehen sich auf die Einführung des Euro gemäß des

Maastrichter Vertrages.

### **5.2.1 Einige Vorteile des Euro und monetärer Integration**

Die Einführung des Euro stellt die Vollendung des europäischen Binnenmarktes dar. Bemühungen um eine enge wirtschaftliche Integration und einen einheitlichen Wirtschaftsraum haben dies ermöglicht. Die Europäische Währungsunion wird in diesem Zusammenhang als angemessene Antwort auf zunehmenden Handel, globalisierte Finanzmärkte und fortschreitende technische Entwicklung angesehen.

Mit Beginn der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999 verbessern sich die währungspolitischen Rahmenbedingungen in Europa. U.a. soll sich die Konkurrenz im Eurogebiet verstärken. Währungsturbulenzen, die zu Verzerrungen der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen führen können, können sich im Euro-Gebiet nicht mehr auswirken, da keine Wechselkurse existieren. Die Einführung des Euro soll auch Transaktionskosten innerhalb des Eurogebietes abschaffen (oder zumindest drastisch senken). Der Euro würde alle Kosten, die Firmen und Individuen durch Währungskonversionen entstehen, eliminieren. Die Preise von Gütern und Dienstleistungen würden in der gleichen Währung festgesetzt werden, was nochmal die pro-Wettbewerbswirkung auf dem einheitlichen Binnenmarkt verstärken und die Informationskosten und Preisunterscheidungen reduzieren würde. Preisstabilität und Preistransparenz würden gefördert. Allein die gesenkten Transaktionskosten werden mit 0,5% des EU-Inlandsproduktes beziffert; 65 Mrd DM pro Jahr (Müller 1999;10).

Die prognostizierte Stabilität und Transparenz der Euro-Wirtschaft verspreche mehr Planungssicherheit bei Handelsgeschäften und langfristigen Investitionen. Durch diese Sicherheiten und durch ein daraus resultierendes Investitionswachstum können möglicherweise Ursachen der Arbeitslosigkeit gemindert oder sogar beseitigt werden. „Der entscheidende beschäftigungspolitische Vorteil des Euro besteht also darin, dass er Aufwertungsschocks innerhalb des Gebietes der gemeinsamen Währung für immer aus der Welt schafft. Dadurch werden die bestehenden Arbeitsplätze vor weiteren wechselkursbedingten Kostenschüben geschützt“ (Geissler 1998;118).

Die Abhängigkeit der europäischen Geldpolitik von der amerikanischen Wäh-

rung wird reduziert und die EU soll im internationalen Währungssystem, in den globalen finanziellen Märkten und in internationalen Politikforen stärker vertreten werden. Binnenwirtschaftliche Ziele werden währenddessen mehr Gewicht gewinnen. Diese Faktoren sollten zu einem effizienteren Einsatz von Mitteln führen und Wachstum und Beschäftigung fördern. Nach der Neoklassischen Effizienztheorie sollten sich diese Vorteile mit der Zeit akkumulieren, während die Märkte durch Handel und Faktorenfluss weiter integriert werden.

### **5.2.2 Vorteile der monetären Integration vor der Einführung des Euro**

Nach Müller gab es bereits im Vorfeld der Einführung des Euro eine Reihe positiver Auswirkungen bzw. positiver makroökonomischer Bedingungen, die für einige Jahre weiterhin gelten sollen.

- Erstens haben die Inflationsraten in allen Teilnehmerländern die 2%- Marke unterschritten.
- Zweitens ist der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) des Eurogebiets (ein Preisstabilitätsmaß) Ende 1998 unter 1% gefallen.
- Drittens sind die europäischen Wechselkurse auch während Turbulenzen auf den Devisenmärkten untereinander stabil geblieben.
- Viertens wurde die Konvergenz der europäischen Zinsraten auf niedrigem Niveau bestätigt (Müller 1999;11).

### **5.3 Wirtschaftliche Argumente gegen den Euro**

Es gibt einige wirtschaftliche Hauptargumente gegen die Einführung des Euro. Ein erster Einwand bezieht sich darauf, dass der Wechselkursmechanismus künftig entfällt. Das bedeutet den Verlust des Wechselkurses als makroökonomisches Anpassungsinstrument. Ein Grund zur Sorge sind die ökonomischen Schocks. Sie sind unerwartete Außenereignisse, die die Wirtschaft beeinflussen, z.B. drastische Preisänderungen von Rohstoffen oder rapides Produktivitätswachstum in einem Land. Wenn solche Ereignisse eine simultane Auswirkung auf viele Länder haben, dann werden sie symmetrische Schocks genannt. Wenn nur ein Land betroffen ist, werden die Schocks als asymmetrisch bezeichnet. Im Falle eines asymmetrischen Schocks muss das betroffene Land allein reagieren können. Entweder



müsse flexible Löhne und Arbeitskräftemobilität oder eine flexible Finanzpolitik als Nachstellungswerkzeuge vorhanden sein. In der Vergangenheit konnten Ungleichgewichte zwischen den europäischen Wirtschaften durch Veränderungen der Wechselkurse aufgefangen werden. Als Beispiel steht im Beitrag von Klaus Müller, dass Defizitländer dadurch die Möglichkeit hatten, die Nachfrage nach ihren Produkten zu erhöhen. Durch eine Abwertung der Währung eines Defizitlandes werden die Außenpreise billiger und die Nachfrage wird größer. So konnten asymmetrische Schocks teilweise abgefedert werden. Die EWWU schließt aber eine solche Abwertungspolitik aus (Müller 1999;11f.).

Es wird aufgrund der zunehmenden Integration in Europa argumentiert, dass der Zugriff auf Wechselkursinstrumente allerdings immer seltener vorkommen sollte.

Ein zweiter Einwand ist, dass nicht nur eine Wechselkurspolitik sondern auch eine autonome Geldpolitik einzelner europäischer Länder ausgeschlossen wird. Die geldpolitischen Bedingungen in den einzelnen Ländern sind aber sehr unterschiedlich. Ohne Kontrolle dieser Geldpolitik könnte es zu Problemen kommen — wobei ein von Rezession bedrohtes Land seine Zinsen möglicherweise nicht schnell genug reduzieren könnte, um einen Absturz in hohe Arbeitslosigkeit abzufangen. Für solche Fälle wird befürchtet, dass konjunkturelle Schwankungen und strukturelle Ungleichgewichte fast nur durch flexible Löhne abzufangen wären (Müller 1999;12). Das würde bedeuten, dass eine direkte Verbindung zur Beschäftigung etabliert sein würde. Das Arbeitslosigkeitsniveau eines Landes spielt in den Konvergenzkriterien keine Rolle und doch ist es für das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen des Landes sehr wichtig. „Dass die öffentliche Schuld in beinahe allen Ländern das Maastricht-Kriterium überschreitet, ist nicht zuletzt auf die Kosten der Arbeitslosigkeit zurückzuführen“ (Müller 1999;11). Es könnte passieren, dass Divergenzen in der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen nicht schnell genug überwunden werden können, was zu regionalen Unterschieden in der Arbeitslosigkeit führen würde. Diese sozialen Unterschiede könnten zu Spannungen und wirtschaftspolitischen Konflikten zwischen den Staaten führen.

Ein dritter Einwand bezieht sich auf die Haushaltspolitik. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt lässt den nationalen Haushalten kaum Raum, und ich zitiere „um in Krisenzeiten die so genannten automatischen Stabilisatoren wirken zu

lassen" (Müller 1999;12).

Es gibt auch u.a. die Befürchtung, dass die erhöhte Konkurrenz die Ökonomien der südlichen Peripherie mit höherer Arbeitslosigkeit und eskalierenden Verteilungskonflikten bedrohen wird; die „produktiveren Wirtschaftsregionen“ profitieren (Berger 1997;30).

## 5.4 Die ökonomische Situation Großbritanniens in Bezug auf die EWWU

Großbritannien kann im Gegensatz z.B. zu Deutschland, in dem die Wiedervereinigung eine Rolle bei der Euro-Beteiligung des Landes gespielt hat, die ökonomischen Implikationen getrennt von den politischen beurteilen. Großbritannien ist nicht verpflichtet, dem Eurogebiet beizutreten und kann für sich die ökonomischen Vor- und Nachteile abwägen.

Dieser Abschnitt wird die Voraussetzungen der Währungsintegration sowohl aus Sicht Europas als auch aus Sicht Großbritanniens untersuchen. Sowohl ökonomische Vorhersagen, von dem Europäischen Rat bestimmte Voraussetzungen, der *Pakt für Stabilität und Wachstum* als auch alternative Meinungen bezüglich Großbritannien und der Wirtschaftlichkeit der EWWU werden betrachtet.

### 5.4.1 Großbritannien und die Maastrichter Konvergenzkriterien

Die Beteiligung der Mitgliedstaaten in der dritten Stufe der EWWU ist nicht vorbehaltlos. Die Kandidaten müssen eine Reihe von Konvergenzkriterien bezüglich Verbraucherpreisen, Zinsniveau, Staats- und Neuverschuldung und Wechselkursstabilität erfüllen, die in dem Maastrichter Vertrag festgelegt sind.

Im Folgenden werden diese Konvergenzkriterien aufgeführt<sup>17</sup>. Zu jedem Punkt gibt es Anmerkungen zu den entsprechenden Zuständen in Großbritannien.

Die gesamte Staatsverschuldung (der Öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP (Bruttoinlandsprodukt)) darf nicht über 60% liegen.
--

Großbritannien hat eine gesamte Staatsverschuldung von 40%. Eine weitere

---

<sup>17</sup>Quelle: WestLB(a) 2001

Senkung der Staatsverschuldung wird in nächster Zukunft (bis 2004/2005) auf 35% angestrebt (Evans-Pritchard 130201;8).

Die jährliche Neuverschuldung darf 3% des BIP des Staates nicht übersteigen.

Das jährliche Budget Großbritanniens hat einen Überschuss von 1.1%. Es wird aber erwartet, dass sich dieser Überschuss 2001/2002 aufgrund des Ausgabenplans Gordon Browns verkleinern und 2002/2003 ausgeglichen wird. In den folgenden Jahren bis 2005/2006 sind jährliche Neuverschuldungen von 1% zu erwarten (Europäischer Rat 2001;2, Evans-Pritchard 130201;8).

Nach dem Stability and Growth Pact müssen die Länder mit ihrem jährlichen Budget so haushalten, dass ihre Bilanz entweder nahe Null oder sogar positiv ist. Der Rat hält Großbritannien dazu an, sorgsam auf Verschlechterungen in öffentlichen Finanzen zu achten und falls nötig Hilfsaktionen zu einzuleiten. (Europäischer Rat 2001;3)

Der Anstieg der Verbraucherpreise (Inflationsrate) darf nicht über 1,5% des Durchschnittswerts der drei preisstabilsten EU-Länder liegen.

Das Komitee für monetäre Politik der Bank of England hat die Inflationsrate bis unter das EU-Niveau bekämpft. Inflation in Großbritannien ist im letzten Jahr ständig unter der obersten (von der Bank of England festgesetzten) Grenze von 2.5% geblieben. In Januar lag die Inflationsrate bei 2.2% (Indiatimes 230301). Gleichzeitig lag die Inflationsrate im Eurogebiet bei 2.9% (cnfn 110101).

Das Zinsniveau (die Zinssätze für langfristige Kredite) darf nicht mehr als 2% über dem Durchschnitt der drei stabilsten Mitgliedstaaten liegen.

Seit einiger Zeit erfüllt Großbritannien diese Konvergenzkriterien bezüglich des Zinsniveaus (Evans-Pritchard 130201;8).

Jede Nationalbank muss volle Unabhängigkeit haben und die Leistung jedes Mitgliedsstaates muss aufrechtzuerhalten sein.

The Bank of England hat volle Unabhängigkeit.

Was die Inflation und das Zinsniveau anbetrifft, erfüllt Großbritannien mit Abstand die Maastrichter Kriterien. Diese Tatsache hilft bei der Bestätigung, dass

die grundlegende, auf Stabilität ausgerichtete Struktur der makro-ökonomischen Politik Großbritanniens glaubwürdig ist. Es gibt zwar Anzeichen dafür, dass die Sprunghaftigkeit des Wechselkurses Großbritanniens abnimmt, daraus lässt sich jedoch nicht folgern, dass diese Politikstruktur einen stabilen Wechselkurs erzeugt hat.

Die Teilnehmer müssen seit zwei Jahren in den Wechselkursmechanismus des europäischen Währungssystems integriert sein und die normalen Bandbreiten des Systems mindestens eingehalten haben. Sie dürfen ihre Währungen in diesem Zeitraum nicht abgewertet haben.

Dieser Punkt muss noch geklärt werden. Nach diesem Kriterium müsste Großbritannien zwei Jahre an dem Wechselkursmechanismus teilnehmen, bevor es sich dem Euroland anschließen dürfte. Großbritanniens letztes Mal innerhalb des Wechselkursmechanismus war eine schwierige Zeit. Die Inflation stieg rasch und die Preise auf dem Immobilienmarkt stürzten ab. Obwohl eine neue Version des Wechselkursmechanismus existiert, würde die Idee, Großbritannien wieder anzuschließen, wahrscheinlich auf wenig Unterstützung seitens der britischen Bevölkerung stoßen. Diese Gelegenheit wird erst nach den Parlamentswahlen von der Regierung zur Sprache gebracht werden. Es gibt allerdings die Möglichkeit, dass dieses Kriterium verfeinert oder dass die Integrationszeit verkürzt werden könnte. Dieses Kriterium wurde in dieser Weise für Italien und Finnland geändert. Dieses Kriterium sollte also keine große Hürde auf dem Weg zu Großbritanniens EWWU-Mitgliedschaft darstellen. Großbritannien hat die viert-größte Wirtschaft der Welt (Evans-Pritchard 130201;8). Das Vertrauen zum Euro würde gestärkt werden, falls Großbritannien sich dem Eurogebiet anschließt. „Eine Währungsunion - aber nur die große mit England - würde zuverlässige Exportbedingungen schaffen“ (Berger 1998;31-32).

#### **5.4.2 Großbritannien und die fünf ökonomischen Tests; seine eigene Beurteilung, ob es teilnehmen soll**

Der entscheidende Faktor, der eine Regierungsentscheidung bezüglich der Empfehlung für oder gegen Euro-Mitgliedschaft untermauert, bezieht sich auf die ökonomischen Vorteile. Wenn die Vorteile klar und eindeutig sind, gibt es kein verfassungsmäßiges Hemmnis für eine Mitgliedschaft (HM Treasury 1999;4). Zusätzlich zu den Maastrichter Konvergenzkriterien hat Gordon Brown, der Fi-

nanzminister Großbritanniens, fünf ökonomische Tests für Großbritannien aufgestellt<sup>18</sup>. Bei einer Analyse der Tests soll bestimmbar werden, ob es eine aufrechterhaltende ökonomische Konvergenz zwischen Großbritannien und dem Euro-land gibt und was die Auswirkungen auf Investition, Arbeitsplätze und auf die Stadt London sein könnten. Die fünf ökonomischen Tests, ihre Wichtigkeit und wie sie von dem HM Finanzministerium beurteilt werden, werden jetzt erörtert.

1.

Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse und konjunkturellen Verlaufsmuster kompatibel, so dass Großbritannien und andere Länder bequem und auf Dauer mit den Euro-Zinssätzen leben können?

Nach dem Bericht des Finanzministeriums stehen die wirtschaftlichen Verhältnisse und konjunkturellen Verlaufsmuster Großbritanniens nicht in Einklang mit den Wirtschaften der anderen europäischen Länder. Großbritannien hat am Anfang der neunziger Jahre einen wirtschaftlichen Rückgang erlebt. Seitdem gibt es relativ starkes Wachstum. Die Arbeitslosigkeit z.B. ist in dieser Zeit gesunken. In anderen europäischen Ländern ist Wachstum allgemein schwächer gewesen und Arbeitslosigkeit ist im großen und ganzen höher.

Die unterschiedlichen konjunkturellen Verlaufsmuster sind unter anderem an den Zinssatzdifferenzen zu erkennen.

Das Anschließen an das Eurogebiet würde bedeuten, dass die Zinssätze in Großbritannien nicht mehr in Erwidern der inneren ökonomischen Bedingungen stehen würden. Statt dessen legt die EZB die Zinssätze fest, um Preisstabilität im gesamten EWWU-Gebiet zu erzielen. Durch das Erhöhen ihrer Raten kann die EZB Kreditaufnahmen entmutigen und das Inflationsrisiko dämpfen. Durch das Senken der Raten, werden Darlehen billiger und die Wirtschaft wird in dieser Weise angekurbelt (cnnfn 110101). Wenn die ökonomischen Bedingungen in Großbritannien denen in der EWWU ähnelten, dann wäre die monetäre Politik der EZB passend für Großbritannien. Wenn aber die Bedingungen sehr unterschiedlich sind, können europäische Zinssätze entweder zu hoch oder zu niedrig für Großbritannien sein, was zu instabilen ökonomischen Bedingungen führen würde.

---

<sup>18</sup>Informationsquelle: HM Treasury 1999

Nach elf Monaten mit einem Zinssatz von 6% hat die Bank of England ihn im Februar dieses Jahres auf 5.75% gesenkt. Die EZB hat entschieden, ihren Zinssatz ungeändert bei 4.75% zu lassen. Die unterschiedlichen Raten bedeuten, dass die Wirtschaft Großbritanniens noch nicht in Einklang mit dem europäischen Zinssatz steht. Die Differenz nimmt aber ab (Indiatimes 230301).

Es gibt auch strukturelle Unterschiede in der britischen Wirtschaft - z.B. in Handelsmustern, Öl, Geschäftspolitik und in dem Immobilienmarkt. Ihre Wichtigkeit für die britischen konjunkturellen Verlaufsmuster sind schwer zu beurteilen, aber sie können die Art und Weise, in der Großbritannien auf Schocks und auf Zinssatzänderungen reagiert, beeinflussen.

Man darf also noch nicht annehmen, dass Konvergenz aufrechtzuerhalten sei. In den nächsten Jahren sollte die Konvergenzfähigkeit Großbritanniens allerdings zunehmen. Die anderen europäischen Länder werden sich weiter von Rezessionen erholen und die britische Wirtschaft sollte sich stabilisieren. Weitere Integration in dem Gemeinsamen Markt sollte auch weitere Konvergenz fördern.

2.

Falls Probleme entstehen, gibt es eine ausreichende Flexibilität mit ihnen umzugehen?

Flexibilität ist wichtig, besonders wenn Geschäftsverlaufsmuster nicht völlig konvergent sind. Firmen und Angestellte müssen in der Lage sein, sich den Veränderungen und Gelegenheiten, die der Euro mit sich bringt, anpassen zu können. Selbst mit dauerhafter makro-ökonomischer Kompatibilität, können Schocks nicht ausgeschlossen werden.

Firmen müssen in ihrer Preispolitik und Verdienstspanne flexibel und in ihren Geschäftsstrategien innovativ sein. Auf dem Arbeitsmarkt müssen Lohnverhandlungen realistisch sein. Angestellte müssen geschickt sein und sich gut an die Änderungen des Marktes anpassen können. In Großbritannien ist die langfristige Arbeitslosigkeitsquote hoch und das Fähigkeitsniveau der Arbeiter ist ziemlich niedrig.

Die Beurteilung lautet, besonders in Bezug auf den Arbeitsmarkt, dass Großbritannien nicht genügend Flexibilität erreicht hat, um den Herausforderungen der EWWU-Mitgliedschaft gewachsen zu sein (HM Treasury

1999;5).

3.

Würde der Beitritt zur EWWU bessere Bedingungen für Firmen schaffen, die langfristige Entscheidungen über Investitionen in Großbritannien treffen?

Chefs von multi-nationalen Firmen wie Nissan, Ford und Vauxhall haben sich entschieden, in Großbritannien zu investieren (Telegraph 090201;8). Robin Cook, der Außenminister bis zu den Wahlen in Juni, hat argumentiert, dass diese großen Investitionsentscheidungen auf der Erwartung basieren, dass Labour ein frühes Referendum über den Euro abhalten wird (Jones 080201;1).

Großbritannien zieht einen großen Teil der Auslandsinvestition auf sich. Niedrige Steuern und die englische Sprache sprechen für Großbritannien. Dies wird weiterhin der Fall sein, egal ob Großbritannien sich dem Eurogebiet anschließt oder nicht. Bessere Investitionsbedingungen können in Großbritannien nur herrschen, wenn das Land ausreichend konvergiert und vorbereitet ist, wenn es der EWWU beitrifft.

4.

Welche Auswirkungen würde der Beitritt zur EWWU auf die Wettbewerbsposition der finanziellen Dienstleistungsindustrie Großbritanniens, insbesondere Londons Großhandelsmärkte haben?

Der finanzielle Sektor der Wirtschaft ist für Großbritannien von großer Bedeutung. Es ist wichtig, dass die Entscheidung um Mitgliedschaft der Konkurrenzfähigkeit Londons nicht schadet. Die Großstadt bereitet sich auf die EWWU vor. Die Stärke Londons wird weiterhin bedeutend bleiben, unabhängig davon, ob Großbritannien für oder (weiterhin) gegen den Euro stimmt. Durch gesenkte Transaktionskosten und verstärkte Konkurrenz sollte die EWWU im Allgemeinen den europäischen finanziellen Dienstleistungen Antrieb geben.

Die Vorteile und die neuen Gelegenheiten, die die EWWU schafft, wären allerdings von innerhalb des Eurogebiets zugänglicher als von außerhalb.

In dem Fall, dass Großbritannien sich dem Eurogebiet anschließt, gäbe es vielleicht auch ökonomische Anreize für die EZB, einen großen Anteil ihrer

finanziellen Geschäfte über London durchzuführen. Wenn nicht, dann steht Großbritannien natürlich mehr Konkurrenz gegenüber.

5.

Wird der Beitritt zur EWWU höheres Wachstum, Stabilität und eine nachhaltig höhere Beschäftigungsquote fördern?

Die potentiellen Vorteile der EWWU (siehe Abschnitt 5.2.1) sollten Wachstum und Investition in Europa fördern. Die Mitgliedschaft Großbritanniens könnte auch einen positiven Einfluss auf Beschäftigung verursachen. Großbritannien könnte also von einer erfolgreichen EWWU profitieren. Um in der Lage zu sein, profitieren zu können, ist es wichtig, dass die Kriterien bezüglich Konvergenz und Flexibilität erfüllt werden. Nach der Beurteilung war Großbritannien 1999 nicht zu einer Mitgliedschaft bereit und es hätte einige Zeit gedauert, bevor aufrechtzuerhaltende Konvergenz hätte bewiesen werden können.

Die britische Regierung bereitet sich auf Mitgliedschaft vor und kümmert sich um die oben genannten Probleme, indem sie unter anderem die folgenden Vorbereitungsmaßnahmen ergreift:

- Die Etablierung eines Ausschusses für EWWU-Vorbereitung
- Ausweitung der Verantwortung, die Lord Simon's Treasury innehat, so dass sie die European Business Preparations der britischen Regierung einschließt.
- Überwachung der angestrebten Inflationsrate unter Berücksichtigung des Vorgehens der EZB.
- Sicherstellung, dass die finanzpolitischen Regelungen und der Defizitverringungsplan weiterhin im Einklang mit dem Stabilitätspakt bleiben.
- Förderung größerer Flexibilität in der britischen Wirtschaft und in Europa durch die britische 'Getting Europe to Work' - Initiative.
- Einführung neuer Wettbewerbsregelungen, die aus den besten europäischen und internationalen Politiken und Vorgehensweisen bestünden.
- Detaillierte Übergangspläne für die mögliche Einführung des Euros in Großbritannien, die Banknoten und Münzen einschließen.



- Erhöhung der Euro-Bewusstheit der Geschäftswelt.
- Zusammenarbeit mit der Business Advisory Group an der Frage, was Großbritanniens Regierung tun muss, um die Wirtschaft auf die EWWU vorzubereiten, je nachdem, ob Großbritannien teilnimmt oder nicht.
- Weiterführung der Verhandlungen, die Interessen des Finanzsektors zu sichern und den Gemeinsamen Markt den Finanzdienstleistungen zu öffnen.

Die fünf ökonomischen Tests werden zu Beginn der Amtszeit des neuen Parlaments neu bewertet werden (HM Treasury 1999;4).

#### 5.4.3 Ökonomische Argumente gegen den Beitritt zum Euro wie sie von Euro-Gegnern in Großbritannien vorgebracht werden



19

Euro-skeptische Gruppen wie z.B. *Business for Sterling* glauben, dass Großbritannien momentan das Beste von beiden Welten hat: in dem Gemeinsamen Markt aber außerhalb des Eurolands. *Business for Sterling* zufolge gibt es keinen Beweis, dass Großbritannien hinter den beteiligten europäischen Ländern zurückbleibt. Großbritannien hat die besten ökonomischen Bedingungen seit einer Generation und hat eine Aussicht auf langfristige ökonomische Stabilität. Es will diesen Erfolg nicht eines politischen Projektes willen riskieren.

Da eine Beteiligung an der EWWU dauerhafte Folgen hat, ist die Entscheidung über die Teilnahme eine Verantwortung, die nicht unüberlegt auf sich genommen werden.

Gründe für *Business for Sterlings* Misstrauen der EWWU gegenüber sind die oben genannten Unterschiede zwischen den Zinssätzen, die vorherigen Erfahrungen innerhalb des Wechselkursmechanismus und die Tatsache, dass es keinen Beweis dafür gibt, dass es möglich ist, die Konvergenz Großbritanniens mit den anderen Wirtschaften des Eurolands auf Dauer aufrechtzuerhalten. Zusätzlich

---

<sup>19</sup> *Business for Sterling* Logo [www.bfors.com/](http://www.bfors.com/)

zu diesen Punkten werden die folgenden Gründe von *Business for Sterling* gegen einen Euro-Beitritt genannt:

- **Höhere Steuern:** Bei der EWWU handele sich nicht nur um eine Währungs-zusammenschließung, sondern um eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist die offizielle Politik der EU-Kommission, Steuern zu harmonisieren. Im Euroland seien die Steuern um ein Sechstel höher als in Großbritannien. Die Wohlfahrtskosten seien ebenfalls höher. Beiträge für Sozialversicherung und Steuern beliefen sich auf 11.9% der gesamten Arbeitskosten in Großbritannien, im Vergleich zu 31.8% in Deutschland und 32.1% in Frankreich. Bankrotte Rentenversicherungen in einigen europäischen Ländern gäben Anlass zur Sorge. Großbritannien habe stärker in Rentenversicherungen investiert als die anderen EU-Mitgliedsländer und sollte nicht für deren Verpflichtungen aufkommen müssen (*Business for Sterling(b)* 2001).
- **Mehr Verwaltung (More red tape):** Es gebe im Euroland mehr Regelungen und Vorschriften, was zu einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit beigetragen habe. Die Arbeitslosigkeit im Euroland sei höher als in Großbritannien. Den Gesprächen über Reformen seien keine Taten gefolgt. Der OECD zufolge habe die Flexibilität des Arbeitsmarktes aufgrund zunehmender Regulierung abgenommen<sup>20</sup>.

Große Firmen könnten die Kosten neuer Regelungen leichter ertragen als kleinere Firmen. 99.2% der britischen Firmen beschäftigen weniger als 50 Mitarbeiter. Die USA hätten mit wenig Regelungen und Vorschriften und mit einem unternehmerischen Geschäftsklima im Vergleich stärkeres Wachstum und schnellere Schaffung von Arbeitsplätzen erreicht. Es gebe in den USA viermal so viele Geschäftsgründungen pro Kopf wie in der EU (*Business for Sterling(c)* 2001).

- Die Konvergenzlücke zwischen Großbritannien und dem Euroland wird anscheinend kleiner. Der IoD argumentiert, dass Wirtschaften sich anscheinend auf sehr ähnliche Weise annähern könnten, wie Schiffe, die Nachts aneinander vorbei fahren. Wirtschaften könnten zu irgend einem Zeitpunkt

---

<sup>20</sup>Die Regelungen beziehen sich auf die Definitionen von Selbständigkeit für soziale Sicherheit und restriktivere Bestimmungen zu Schutz von Arbeitsplätzen für kleinere Betriebe (*Business for Sterling(c)* 2001).

ähnliche Wachstumsraten, Verbraucherpreise, oder Zinsniveaus haben, aber ihre zukünftige Entwicklung und Richtung blieben ungewiss (Leach 2000;5).

- Politische Union: Beim Euro gehe es nicht nur um eine Währung sondern um die politische Union Europas. „The process of monetary union goes hand in hand, must go hand in hand, with political integration. EMU is, and was always meant to be, a stepping-stone on the way to a united Europe” (Business for Sterling(d) 2001 [Wim Duisenberg, Präsident der EZB]). Otmar Issing, Hauptökonom der EZB hat gesagt „There is no example in history of a lasting monetary union that was not linked to one state” (Business for Sterling(d) 2001 [Otmar Issing]). Es gebe also andere Faktoren, die man zusätzlich zu den Maastrichter Konvergenzkriterien und den fünf durch den britischen Finanzminister festgelegten ökonomischen Tests berücksichtigen müsse.

*Business for Sterling*, andere Euro-gegerische Gruppen und sogar die OECD haben die Objektivität der fünf ökonomischen Tests in Frage gestellt. Die Formulierung der fünf ökonomischen Tests ist als „so loosely defined as to be practically meaningless” beschrieben worden (Evans-Pritchard 130201;8).

## 5.5 Fazit des wirtschaftlichen Abschnitts

Eine der zentralen Fragen in der Debatte um die Vor- und Nachteile der EWWU zielt auf die ökonomischen Wirkungen der EWWU.

Europa weicht von dem Mundellschen Modell optimaler Währungsräume ab. Faktormobilität, Preis- und Lohnflexibilität und der Mangel an finanzpolitischer Integration sind die Hauptgründe dafür.

Die EWWU bringt viele ökonomische Folgen mit sich. Durch die Einführung des Euros wird sich die Konkurrenz im Eurogebiet verstärken. Preisstabilität und Preistransparenz würden gefördert. Die prognostizierte Stabilität und Transparenz der Euro-Wirtschaft versprechen mehr Planungssicherheit bei Handelsgeschäften und langfristigen Investitionen. Durch diese Sicherheiten und durch ein daraus resultierendes Investitionswachstum können möglicherweise Ursachen der Arbeitslosigkeit gemindert oder sogar beseitigt werden. Die EU soll im internationalen Währungssystem, in den globalen finanziellen Märkten und in

internationalen Politikforen stärker vertreten werden.

Die Konvergenz der europäischen Wirtschaften ist jedoch nicht sicher gestellt. Obwohl die EU-Länder sich angenähert haben, besteht jedoch bei den sozialen Sicherungssystemen und Arbeitsvorschriften noch beträchtliche Unterschiede. Aufgrund dieser Unterschiede könnte es zu Divergenzen in der Wettbewerbsfähigkeit der Regionen kommen. Mit der Ausschließung des Wechselkursmechanismus und autonomer Geldpolitiken in den einzelnen europäischen Ländern gibt es die Befürchtung, dass konjunkturelle Schwankungen und strukturelle Ungleichgewichte fast nur durch flexible Löhne abzufangen wären.

Angesichts der Natur der möglichen Vorteile und Kosten ist die gesamte Wirkung des Euro schwer zu beurteilen oder vorherzusagen.

Großbritannien erfüllt alle Maastrichter Konvergenzkriterien außer dem Kriterium bezüglich der Wechselkursstabilität. Dieses Kriterium sollte aber keine große Hürde auf dem Weg zu Großbritanniens EWWU-Mitgliedschaft darstellen. Die Kriterien haben sich schon als biegsam erwiesen und Großbritannien als ein starkes wirtschaftliches Land wäre ein willkommener Teilnehmer im Euroland. Politischökonomisch gesehen hat Großbritannien die ökonomischen Voraussetzungen erfüllt, um den Euroland beitreten zu können.

Nach der britischen Regierung ist Großbritannien noch nicht zu einer Mitgliedschaft im Eurogebiet bereit. Die fünf ökonomischen Tests, die die Regierung zu dieser Schlussfolgerung gebracht haben, werden zu Beginn der Amtszeit des neuen Parlaments neu bewertet werden. Aufgrund der Natur der Tests, ist es möglich – so die Meinung der Verfasserin dieser Arbeit –, dass die Antworten auf die Tests abgeändert werden könnten, um sie der politischen Entscheidung der Regierung anzupassen oder diese zu reflektieren. Die Tests könnten dann benutzt werden, um die Realisierbarkeit einer erfolgreichen Mitgliedschaft zu ‘beweisen’ und die britische Öffentlichkeit zu ermutigen, in einem Referendum für den Euro zu stimmen.

Das Beispiel Großbritanniens zeigt, dass der Euro jedes Land des Eurolands anders beeinflussen könnte. Jedes Land hat seine eigenen wirtschaftlichen Eigenschaften z.B. unterschiedliche Handelsmuster, Geschäftsverlaufsmuster und dementsprechend seine eigenen Sorgen bezüglich der Ökonomie.

Dies unterstützt die Idee, dass die Konvergenz der europäischen Wirtschaften alles andere als sichergestellt ist. Im Falle, dass Großbritannien sich für den Euro entscheidet, sollte es die Metapher der aneinander vorbeifahrenden Schiffe in Betracht ziehen. Die Metapher ist – so die Meinung der Verfasserin – Grund genug, um eine lange Versuchsperiode anzuschließen, in der die britische Wirtschaft freiwillig der monetären Politik der EWWU folgt, bevor sie sich dem Euroland verpflichtet.

## 6 Politische Aspekte der EWWU und die Meinungen der politischen Akteure und Pressure Groups in Großbritannien

In einem rein marktökonomischen Licht gesehen hat die Währungsunion das monetäre Feld für den Binnenmarkt geschaffen und kann als vorläufige Vollendung der wirtschaftlichen Integration interpretiert werden.

Aber „die Einführung des Euro bedeutete nicht nur die Krönung der wirtschaftlichen Integration, sie war zugleich ein zutiefst politischer Akt“ (Fischer 2000). Die Schaffung der EWWU ist aufgrund der Souveränitätsübertragung deutlich nicht nur eine Frage der Wirtschaftswissenschaften. Diese Souveränitätsübertragung ist eine politische Folge der Etablierung der EWWU. Die Politik ist natürlich auch fest im Prozess wirtschaftlicher und monetärer Integration verwurzelt.

Der Schritt in Richtung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion war sogar eher politisch als ökonomisch. „...trotz aller spill-over Mechanismen und Wachstumsversprechen [dauerte es] 30 Jahre, um mit der Idee einer gemeinsamen Währung ernst zu machen“ (Müller 1999;18). Dieser Schritt wurde schließlich realisiert, als die französische Regierung ihre Zustimmung zur deutschen Einheit an die Preisgabe der D-Mark knüpfte. Deutschland stimmte zu unter der Voraussetzung, dass die Stabilitätspolitik der Bundesbank auf die europäische Ebene übertragen werden sollte. Andere Mitgliedstaaten wollten eine stabile Währung importieren und ein Impuls für die Gründung einer Währungsunion wurde geschaffen (Müller 1999;19). Nach Mundell sei die Währungsunion möglichst schnell fertig zu stellen, da der Integrationsdruck, der den alten Ost-West Konflikt geschaffen hat, und damit die Treibkraft für Verhandlungstreffen und Entscheidungsfindungen nachlassen könnte (Müller 1999;19 [Mundell 1993]).

Die Politik spielt eine große Rolle bei dem Timing und der Struktur europäischer wirtschaftlicher und monetärer Integration. Vor dem Start des EWS informierten Kanzler Schmidt und Präsident d’Estaing die Bürokraten in Brüssel nicht und fuhren mit den Diskussionen fort, ohne die Bundesbank (die sich der monetäre Politikkoordination widersetze) zu beteiligen (Buiter et al. 1998;30).

Um den Prozess europäischer Integration im Fluss zu halten, kann eine dominante politische Rolle etwas Gutes sein. So lange es einen weit verbreiteten Konsens für Integration gibt, ist ein starker politischer Antrieb eine kräftige Macht, die institutionelle Reformen ermöglicht. Es ist allerdings auch möglich, dass der Entscheidungsfindungsprozess durch das Reagieren auf politische Bedürfnisse zu Plänen führen könnte, die technisch schlecht definiert, undurchführbar oder änderungsbedürftig sind.

Politische Entscheidungen können ökonomische Stabilität direkt beeinflussen. Nach Buiter, Corsetti und Pesenti hat die europäische Integration schon Beispiele politischer 'Desiderata' gezeigt, die sich von technischer und administrativer Durchführbarkeit weit entfernt haben. Die finanzpolitischen Regelungen, die im Vertrag von Maastricht enthalten sind, hätten beispielsweise wenige ökonomische Begründungen, keine theoretische oder empirische Unterstützung der oberen Schuld- und Defizitgrenzen und könnten 'only be described as the unhappy outcome of a long process of political compromising' (Buiter et al. 1998;30-32 vgl. Biedenkopf 1998;37).

Dennoch verlangsamt der politische Dissens u.a. über die institutionelle Ausgestaltung der EWWU die Integration. Die Frage ist aber, ob das politische Regelwerk des Maastricht-Vertrags, der Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam-Gipfel 1997) und das Europäischen Zentralbankstatut eine hinreichend stabile institutionelle Grundlage für die gemeinschaftliche Währung garantieren kann. Die politischen Folgen der EWWU zusammen mit ihrer politischen Fundierung sind den europäischen Wirtschaften von oberster Wichtigkeit und werden dementsprechend debattiert.

Die Debatte um den Euro findet auf mehreren politischen Ebenen statt. Dieser Abschnitt wird sich mit den folgenden Aspekten beschäftigen: Zuerst werden zwei Konzepte zur Realisierung der EWWU vorgestellt, sowie der tatsächliche Weg, den Europa gegangen ist, besprochen. Anschließend wird die institutionelle Struktur der EWWU erläutert und Kritik daran geäußert. Besonders berücksichtigt werden die Autonomie der EZB und die Frage einer Politischen Union und Sozialunion als eine Voraussetzung einer EWWU. Der Abschnitt wird sich dann auf

Großbritannien und die politische Debatte um die britische Mitgliedschaft im Eurogebiet konzentrieren. Dabei wird auch auf Großbritanniens Rolle in der gesamten Diskussion über die Vor- und Nachteile der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa eingegangen.

## 6.1 Kontroverse um den Weg zur EWWU

In der intellektuellen Geschichte europäischer monetärer Integration, stehen zwei Lehrmeinungen zu einander in Kontrast; der Ansatz der Ökonomen (in erster Linie von den Deutschen und den Niederländern vertreten) im Gegensatz zu den der Monetaristen (zu denen vor allem die Franzosen, die Belgier und die Luxemburger zählen). Die Ansätze unterscheiden sich hinsichtlich der Frage wie eine WWU am besten zu erreichen ist. Die Schaffung einer Währungsunion wird nicht als Problem, sondern als Lösung eines Konflikts zwischen konkurrierenden Integrationsansätzen präsentiert.

In dem ökonomistischen Konzept europäischer Integration wurde die Währungsunion als Endstufe eines Prozesses der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration betrachtet. Die vorhergehende Koordination der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik sei eine Voraussetzung für die Währungsunion. Für die Ökonomen sind feste Wechselkurse ein Resultat der Konvergenz der Wirtschaftspolitik und nicht deren Voraussetzung. Die Währungsunion erscheint also als Abschluss des ganzen Prozesses.

In der monetaristischen Version sollte die Währungsunion die Herstellung der ökonomischen Konvergenz herbeiführen. Die Monetaristen stützen sich auf die Funktionslogik der Währungsmärkte und betrachten die Währungsunion als einen Grundstein und Motor der wirtschaftlichen Integration. Für sie sind schnelle Fortschritte in Bereich monetärer Integration der sicherste Weg, um die beteiligten Länder zu zwingen, ihre Wirtschaftspolitik effektiver zu koordinieren. Die wirtschaftliche Integration würde auf andere Politikbereiche übergreifen können (Thomasberger 1993;214f.).

1970 zielte Werners Bericht über die Verknüpfung von monetärer und wirtschaftspolitischer Koordination hinaus (Müller 1999;18). Werner schlug einen Verzicht auf nationale Souveränität vor, um eine gemeinschaftliche Regelungskompetenz aufzubauen. Er betont die Notwendigkeit einer politischen Union.



„Die Wirtschafts- und Währungsunion erscheint somit als ein Ferment für die Entwicklung der politischen Union, ohne die sie auf Dauer nicht bestehen kann“ (Müller 1999;18 [Werner-Bericht 1970;27]).

Ein ‘functional spill-over’ - d.h. ‘ein funktionales Übergreifen’ soll eine wichtige Rolle im Prozess der europäischen Integration spielen (Müller 1999;18). Die Idee ist, dass eingeleitete Integrationschritte in einem wirtschaftlichen Sektor weiteren Integrationsbedarf in anderen Bereichen nach sich ziehen würden. Ein spill-over vom ökonomischen in den politischen Bereich würde auch z.B. durch die Arbeit von Interessengruppen ermöglicht und dadurch politische Integration als selbstständige treibende Kraft sichern.

Die ökonomistische und die monetaristische Sichtweise waren beide in Maastricht vertreten. Das Ergebnis war die Festlegung von Konvergenzkriterien, die sichergestellten, dass Teilnehmerländer ähnliche wirtschaftliche Bedingungen hatten, aber auch die Fixierung eines monetären zeitlichen Fahrplanes zur Währungsunion. Der Kompromiss von Amsterdam legte dann den Übergang zur dritten Stufe zeitlich fest (Singer 1997).

Zusätzlich zu den Verhandlungen über die Verwirklichung der EWWU fanden auch Konferenzen über eine politische Union statt. Mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam sind Schritte in Richtung einer politischen Union gemacht worden.

Am 6.11.1991 sagte Helmut Kohl: „Man kann dies nicht oft genug sagen: Die Politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte (...) lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist“ (Singer 1997).

Kurz vor der Einführung des Euro in 1999 hieß es allerdings: „Trotz gemeinsamer Währung ist die politische Union in weite Ferne gerückt: Angst vor europäischem Superstaat plagt die Euro-Teilnehmer “ (Luck 1998). Diese Überschrift erklärt, dass trotz der vorherigen Haltung der Deutschen — dass eine Parallelität von Wirtschafts- und Währungsunion einerseits und Politischer Union andererseits notwendig sei — ein politisches Fundament von vielen als nicht mehr erforderlich angesehen wird. „Die Angst vor einem ‘europäischen Superstaat’ ließ die Politiker vorsichtig sein“ (Luck 1998). Besonders Großbritannien unter

seiner konservativen Regierung hatte versucht, eine Vertiefung der europäischen Integration zu vermeiden. Das Resultat der unterschiedlichen Vorstellungen der Teilnehmer bedeutete, dass die EWWU auf eine Supranationalisierung der einzelnen Wirtschaftspolitiken verzichten musste. Die EWWU ist nicht mit einer Politischen Union verbunden (Singer 1997).

## **6.2 Die Struktur und politische Erfordernisse der EWWU**

Die EWWU hat im Bereich Währungs- und Geldpolitik eine supranationale Vergemeinschaftung erreicht. Um die Einführung des Euro zu ermöglichen, haben nationale Regierungen am Anfang der dritten Stufe Hoheitsrechte — sowohl das Monopol der Geldordnung und Geldbeschaffung als auch die wesentlichen geldpolitischen Instrumente — an das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) abgetreten. D.h. dass die nationalen Regierungen nur noch in den Bereichen Haushalt und Steuer wirtschaftspolitische Aktionsmöglichkeiten haben (Müller 1999;7).

Das ESZB ist ein föderalistisches System und setzt sich aus den nationalen Notenbanken der EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Zentralbank (EZB) zusammen. Der Rat der EZB (die Gouverneure der Teilnehmer-Notenbanken und die Mitglieder des EZB-Direktoriums) ist das oberste Organ der EZB und bestimmt die Leitlinien der Geldpolitik. Die primäre Aufgabe des ESZB und der EZB ist es, Preisniveaustabilität zu gewährleisten. Die allgemeine Wirtschaftspolitik ist nur insoweit zu unterstützen, als dies ohne Beeinträchtigung des Stabilitätsziels möglich ist. “Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe sind die EZB, die einzelnen nationalen Zentralbanken und jedes Mitglied ihrer Beschlussorgane unabhängig von Weisungen der Gemeinschaftsorgane und Regierungen der Teilnehmerstaaten. Damit soll die sachliche Autonomie des Direktoriums vertraglich abgesichert werden” (WestLB(c) 2001).

Das Statut über das ESZB ist dem Gesetz über die Deutsche Bundesbank sehr ähnlich. Die Deutsche Bundesbank wurde als passendes Modell ausgewählt. Erstens, weil sie die Bank mit dem höchsten Grad der Autonomie ist. Zentralbanken mit höherer Autonomie haben bessere Inflationleistungen als weniger autonome Banken (Rehman 1997;318). Zweitens, weil sie eine föderalistische Struktur um-

fasst und drittens, weil sie sich in jüngster Zeit von allen der europäischen Banken mit dem stärksten Geld profiliert hat und im allgemeinen eine erfolgreiche Geschichte hat. Letztlich wurde sie etabliert, um Glaubwürdigkeit für eine neue Währung zu schaffen (Rehman 1997;320).

Im Gegensatz zur Deutschen Bundesbank kann das System nur einstimmig geändert werden. Das System ist also institutionell gut abgesichert.

Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen müssen die geldpolitischen Instrumente in allen beteiligten Ländern gleich sein. Die finanzpolitischen Konvergenzkriterien müssen von allen Teilnehmerstaaten auch nach Beginn der Währungsunion eingehalten werden. Dies sei wichtig, um eine dauerhafte Solidität zu sichern. Besonders im Falle eines asymmetrischen Schocks könnten 'schwerwiegende Fehlentwicklungen' in der Haushaltspolitik des betroffenen Landes vorkommen. Im Maastrichter Vertrag sind für einen solchen Fall Vorschriften und Sanktionen vorgesehen, die allerdings „komplex, interpretationsbedürftig und zeitraubend“ sind (WestLB(d) 2001). Der 1996 eingeführte Stabilitäts- und Wachstumspakt soll die Gefahr überhöhter Defizite durch klarere Sanktionen vermindern.

Teilnahme im Euroland benötigt erhöhte Politikkoordination. Zu diesem Zweck halten die Mitgliedsländer informelle Euro-12 Group Treffen ab (ohne Vorurteile der Rolle des ECOFIN-Rates) (Europäischer Rat 2000;4).

Nicht alle EU-Länder sind gleichzeitig Mitglieder des Eurogebietes. Die nationalen Zentralbanken dieser Länder behalten ihre währungspolitischen Befugnisse. Der 'Erweiterte Rat der EZB', der sich aus dem Präsidenten und Vizepräsidenten der EZB und den Notenbankgouverneuren aller EU-Länder zusammensetzt, ist als drittes Organ der EZB eingerichtet worden. Dieser Rat hat nur eine beratende Funktion.

### **6.2.1 Die Illusion der Zentralbankautonomie: Institutionelle Defekte der Währungsunion**

Müller äußert Zweifel an dieser institutionellen Konstruktion, die der Währungsunion zugrundeliegt. Der Erfolg oder das Scheitern der EWWU hängt teilweise von der Leistung des ESZBs ab. Von größerer Bedeutung in dieser Hinsicht ist die Struktur der EZB, der Grad ihrer Autonomie und die Natur ihrer Aufgaben und monetären Instrumente (Rehman 1997;308).

Das Ziel der EZB ist hauptsächlich Preisstabilität. Als rein sachorientiertes Gremium erspart die EZB den Regierungen und Parlamenten Europas Sorgen um die Geldwertstabilität und signalisiert dem Publikum das Bekenntnis der Politik zur Preisstabilität. Gleichzeitig aber schafft die autonome EZB einen institutionalisierten Zielkonflikt zwischen allgemeiner Wirtschafts- und Geldpolitik (Müller 1999;22). Die Ansichten der EZB und der nationalen Regierungen könnten im Widerspruch zu einander stehen. „Die Geldwertstabilität wird in Konkurrenz zum politischen Prozess, notfalls auch in Konfrontation zur Haushaltspolitik und dem Verhalten der Tarifparteien gesetzt“ (Müller 1999;23).

In Konfrontationszeiten wird sich die EZB kaum auf einen europa-weiten Konsens der Bevölkerung und ihren nationalen Regierungen bezüglich der Geldwertstabilität verlassen können.

Finanzpolitische und monetäre Politik haben eine Gemeinschaftswirkung. Wenn solche Politiken nicht interaktiv sind, könnte die ökonomische Konvergenz scheitern und „mit der Beschränkung auf die EZB als einzige neu gegründete transnationale Institution würde das integrationstheoretisch zu erwartende politische spill-over monetaristisch blockiert“ (Müller 1999;20).

Die institutionelle Autonomie der EZB sei also kein ‘solitärer Tatbestand’ da es sich eigentlich um die asymmetrische funktionale Reziprozität zwischen konkurrierenden Institutionen handele (Müller 1999;22).

Müller bestreitet, dass das Modell der Deutschen Bundesbank einfach auf die europäische Ebene übertragbar sei. Ein Bestandteil des deutschen Systems z.B. waren koordinierte Lohnverhandlungen. Hochorganisierte Verbände und Gewerkschaften nahmen an diesem System teil. Dieses Phänomen fehlt der europäischen Ebene. Im Vergleich muss die EZB „...in einem unübersichtlichen Feld dezentraler unkoordinierter Lohnverhandlungen“ zurecht kommen, in dem ihre Aktionen in höherer Inflation, höheren Zinsen und höherer Arbeitslosigkeit für Europa resultieren können (Müller 1999;24). Die Kooperation der europäischen Gewerkschaften kann als unzureichend beschrieben werden und steht der europäischen ‘Stabilitätskultur’ im Weg.

## 6.2.2 Politische- und Sozialunion - eine Voraussetzungen für einer EWWU

1996 erkannte Klaus Busch diese institutionellen Defekte und ökonomischen Risiken der damals zukünftigen Währungsunion. Er zog daraus den Schluss, dass eine Europäische Währungsunion nur dann erfolgreich wäre, wenn sie erstens in eine vollständige Politische Union eingebettet, zweitens mit einer Sozialunion verknüpft und drittens mit einer Kollektivverhandlungsunion verbunden sei (Busch 1996;56). Busch schlug eine Vertagung des EWWU-Projekts vor, bis sie in eine echte Politische Union eingebettet werden kann (Busch 1996;74).

Busch bestreitet nicht, dass die EWWU die Vorteile Wechselkursstabilität für Handel und Kapitalverkehr und Wegfall der Währungskonversionenkosten bietet. Allerdings sei nach Busch eine Europäische Politische Union (EPU) mitsamt eines Mechanismus zum Finanzausgleich zwischen reicheren und ärmeren Mitgliedstaaten eine notwendige Voraussetzung einer EWWU. Ohne einen solchen Finanzausgleichsmechanismus müssten die Lohnkosten Wettbewerbsungleichgewichte zwischen den beteiligten Staaten bekämpfen (siehe auch Abschnitt 5.3). Die Lohnpolitik, die strikten ökonomischen Zwängen unterworfen sei, sei mit dieser Aufgabe überfordert. Die Existenz eines Koordinationsdefizites in der Finanzpolitik und Diskrepanzen zwischen den Lohnniveaus der Mitgliedsstaaten bedeuteten, dass ökonomische und soziale Ungleichgewichte zu erwarten seien.

Die EWWU sollte verknüpft werden mit einer „Kollektivverhandlungsunion, d.h. der Möglichkeit, die Lohnpolitik auf Unionsebene zu koordinieren, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Gliedstaaten aufgrund einer ungleichen Entwicklung der Lohnstückkosten und die Gefahr eines Lohndumping zu unterbinden“ (Busch 1996;56). Die Festlegung gemeinsamer sozialer Mindeststandards, die sich mit der Verbesserung der ökonomischen Bedingungen der ärmeren Länder nach oben anpasst, seien erforderlich und die Union muss auch „die Macht haben, die Haushaltspolitik ihrer Gliedstaaten ihrem Willen zu unterwerfen“ (Busch 1996;56).

Da diese, nach Busch entscheidenden, Kriterien fehlen, seien die Kosten der gegenwärtigen EWWU höher als ihr Nutzen. Allerdings ist eine Vertagung der EWWU nicht mehr möglich. Die Koppelung der Währungen der beteiligten Staaten ist gesichert worden.

Auch nach Gerard Lyons müsse die EWWU eine Politische Union werden, um

überleben zu können. Er kam zu diesem Schluss, nachdem er die montänen Unionen des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert analysiert hatte. “Monetary unions of large sovereign nations which do not have political union eventually fail, sometimes after a long time” (Lyons 1999).

Wenn die EWWU zusätzliche politische Integrationsleistungen als ein notwendiges Komplement für eine langfristige stabile wirtschaftliche Entwicklung braucht, werden dann die von Busch vorgeschlagen Voraussetzungen in der Form von nachholender Institutionalisierung bald realisiert werden?

### **6.2.3 Nachholende Institutionalisierung?**

Hier ist es nicht die Absicht, die Finalität Europas zu debattieren oder vorherzusagen. Allerdings kann man die Frage, ob der Euro automatisch weitere Souveränitätsübertragungen mit sich bringen wird, nicht ignorieren. Für Länder, die den unwiderruflichen Schritt der Mitgliedschaft machen, sind die möglichen zukünftigen institutionellen Entwicklungen unter den Vor- und Nachteilen auch miteinzurechnen. Euro-Mitgliedschaft ist letzten Endes nur der Anfang einer neuen Beziehung mit Europa.

„Die Währungsintegration soll die politischen Fundamente schaffen, die sie zu ihrer Existenzsicherung benötigt” (Singer 1997).

Nach dem Vorsitzenden der Deutschen Bank wird eine gemeinsame Währung zur Souveränitätsübertragung sowohl von Finanz-, und Lohnpolitik als auch in geldpolitischen Angelegenheiten führen. Er sagte, es sei eine Illusion zu denken, dass die Staaten ihre Autonomie behalten können (Holmes(a) 2000).

Kommunikation zwischen der EZB, den nationalen Regierungen und Tarifverbänden und Gewerkschaften muss sich nach Müller noch einspielen. Kommunikationkosten werden dadurch anfallen. Um die Informationsübertragung effizienter zu machen, Entscheidungen schneller zu treffen und um die entstehenden Kosten senken zu können, seien weitergehende Institutionalisierungen und eine Kollektivverhandlungsunion unvermeidbar (Müller 1999;25).

Je stärker das Aktionsfeld der nationalen Regierungen eingeschränkt werde, desto mehr würden die Bürger sich an europäische Institutionen wenden. Finanzielle Verantwortung auf der europäischen Ebene werde mit den Forderungen nach

einem europäischen Finanzausgleich (also finanzieller Hilfe um regionale Nachteile einzuschränken und um Marktleistungsfähigkeiten zu erhöhen) steigen — was nochmals das Bedürfnis für weitere Institutionalisierung, hervorhebe (Müller 1999;25).

Insofern scheint es unmöglich, dass Sozial-, Haushalts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik allein auf nationaler Ebene verbleiben können.

Bei dem Gipfeltreffen in Nizza im Dezember letzten Jahres ist das qualifizierte Mehrheitswahlrecht in den Gebieten bezüglich Steuer, Sozialversicherung und Grenzkontrollen vorgeschlagen worden. Tony Blair hat bei diesem Gipfel gelobt, Großbritanniens Vetorecht bezüglich Steuern zu verteidigen. „The British position on tax is quite clear. Every country has got its no-go areas. For us, on the issue of tax, there is no way we are going to yield up the veto” (Evans-Pritchard 081200;4 [Blair]). Der Vertrag von Nizza, unterschrieben im Februar dieses Jahres, sieht eine Zunahme von Mehrheitsbeschlüssen vor. Der Vertrag gestattet jedoch noch nationale Vetorechte in den oben genannten sensiblen Bereichen. Dies zeigt, dass ein Prozess der nachholenden Institutionalisierung nicht einfach zu realisieren sein wird. Allerdings sieht der Vertrag von Nizza auch die Möglichkeit für Mitgliedsländer vor, von ungeliebten gemeinsamen Politiken abzuspringen. So können die enthusiastischeren Nationen den Integrationsprozess weiter vorantreiben. In den nächsten Jahren ist, nach Meinung der Verfasserin, eine gewisse weitere Integration besonders unter den Mitgliedern einer ‘Kern-EWWU’ zu erwarten. Deutschland wird wahrscheinlich zusammen mit Italien zu dieser Kern-Gruppe gehören. Diese beiden Länder befürworten die Idee der ‘Vereinigten Staaten von Europa’ mit dem Ausbau der Kommission zu einer europäischen Regierung. Auf der anderen Seite stehen Frankreich und Großbritannien, die sich eher eine Föderation von Nationalstaaten vorstellen (Leick 2001;149).

Der Grad der Staatlichkeit, die Europa in den kommenden Jahren benötigt, wird bestritten. Die Meinungen der Mitgliedsländer darüber gehen weit auseinander, wie es u.a. in Amsterdam und Nizza bewiesen wurde. Die Geschwindigkeit einer möglichen nachholenden Institutionalisierung, um die EWWU zu unterstützen, hängt natürlich von einer Reihe verschiedener Faktoren ab, u.a. von kommenden politischen Entscheidungen und ihrer Aufnahme in der Öffentlichkeit. In dieser Hinsicht ist die Perspektive für eine EPU schlecht und wird durch eine

Erweiterung der Union nicht besser. Die von Busch vorgeschlagenen Voraussetzungen einer EWWU sind also in absehbarer Zeit nicht in der Form von nachholender Institutionalisierung zu erwarten. Abgesehen von der Bereitschaft der Mitgliedsländer sind die Kommunikationssysteme in Europa noch nicht reif für eine EPU. Es mangelt z.B. an einem europäischen Parteiensystem und einer europäischen Identitätsbildung (siehe Abschnitt 7.1) (Singer 1997).

### **6.3 Die politische Debatte um den Euro und die EWWU in Großbritannien**

Die politische Debatte um den Euro in Großbritannien kreist um Großbritanniens Einfluss in Europa und um die Frage der benötigten und möglichen zukünftigen Souveränitätsverluste. Es gibt in diesem Zusammenhang eine Reihe von Meinungen, die sich bezüglich ihrer ideologischen Haltung und ihrem Extremismus unterscheiden. Im Allgemeinen gibt es zwei entgegengesetzte Ansichten, die die politische Debatte um den Euro verkörpern.

Nach Ansicht der Europhilen werden die ökonomischen Nutzen durch die politischen Vorteile, die eine führende Rolle in Europa bringen werde, verstärkt. Großbritannien sollte seine Rolle ändern. Statt am Rande Europas zu stehen und der Politik der USA Mut zu machen, sollte Großbritannien diese Politik als einer der Führer einer europäischen Konföderation beeinflussen. Die Beteiligung Großbritanniens an dem Euroland werde auch den Einfluss Europas in Bezug auf Handels- und Finanzangelegenheiten erhöhen. Sie erkennen, dass sich die nationale ökonomische Souveränität bis zu einem gewissen Grad verringert. Dies aber ermögliche es den beteiligten Ländern, an einem breiteren kollektiven Entscheidungsfindungsprozess teilzunehmen. Eine Entscheidung für den Euro führe weder zu einer ausgewachsenen EPU noch zu einer einzigen Regierung und einem 'europäischen Superstaat' (Radice 2001).

Nach Meinung der Europhoben läge die benötigte Souveränitätsübertragung angesichts der wirtschaftlichen Situation nicht im Interesse Großbritanniens. Sogar das bloße Prinzip der Souveränitätsübertragung an eine Institution, die den Interessen Großbritanniens nicht so nah folgen kann, wird in Frage gestellt. Die



Stellung Großbritanniens in Europa und sein Einfluss auf europäische Angelegenheiten würden sich kaum verbessern, wenn Großbritannien zu einer unter dreizehn Stimmen wird. Angesichts der Intention des qualifizierten Mehrheitswahlrechts in den Gebieten Steuer, Sozialversicherung und Grenzkontrollen und der ungewissen Finalität des europäischen Integrationsprozesses sei dies besonders der Fall (Bush & Johnson 1999).

Die britische Regierung und die Hauptoppositionspartei geben diesen zwei sich gegenüberstehenden Standpunkten Ausdruck.

### **6.3.1 Tony Blair; der offizielle Standpunkt der Regierung Großbritanniens**

Die ökonomische Dimension der EWWU wird von der britischen Regierung betont. Das ökonomische Ziel der UK-Regierung ist es, ein hohes und stabiles Wachstums- und Beschäftigungsniveau zu erreichen. Großbritanniens wirtschaftliche Interessen an dem Euro sollten in Bezug auf dieses Ziel beurteilt werden. Um die Beurteilung abzuwägen, hat der Schatzkanzler fünf ökonomische Tests aufgestellt, die Großbritannien erfüllen muss, bevor es der Währungsunion beitrifft (siehe Abschnitt 5.4.2) (HM-Treasury 1997).

Tony Blair, Premierminister von Großbritannien seit 1997 glaubt, dass Großbritannien sich einer erfolgreichen Währungsunion anschließen sollte. Vorausgesetzt, dass die fünf ökonomischen Tests erfüllt werden, sollte Großbritannien die konstitutionellen und politischen Argumente überwinden. Blair tue die konstitutionellen und politischen Angelegenheiten nicht ab. Er sagte: „Monetary union is a big step of integration. But so was the Single European Act. And the EU itself.“ Bezüglich der Souveränitätsübertragung sagte Blair: „Sovereignty pooled can be sovereignty, or at least power and influence, renewed“ (Blair 1999).

50% von Großbritanniens Handel entfallen auf das Euroland. Mit der Einführung des Euro fing eine zunehmende Zahl britischer Firmen an, mit dem Euro zu arbeiten. Der Euro ist eine Realität und um eine Entscheidung bezüglich des Euro im nächsten Parlament treffen zu können, sollte Großbritannien sich aktiv darauf vorbereiten. Kosten, z.B. um sicherzustellen, dass Firmen Euro-kompatibel sind, werden anfallen, aber nach der Vorbereitung würde eine Umstellung auf den Eu-

ro so reibungslos wie möglich ablaufen. Blair glaubt, dass wenn Großbritannien zu lange warte, es allen Einfluss auf die ökonomische Zukunft Europas verlieren würde. Es gebe echte Probleme in der EU und Großbritannien könnte bei deren Lösungen eine Rolle spielen (Blair 1999).

Bis 2003 wird eine Beurteilung bezüglich des Euro vorgenommen werden. Die endgültige Entscheidung wird von der britischen Bevölkerung in Form eines Referendums getroffen werden. Die Regierung hält es für möglich, innerhalb von vier Monaten von einer Regierungsentscheidung zu einem Referendum zu gelangen und im Falle eines positiven Ergebnisses im Referendum in einem Zeitraum von 24–30 Monaten Münzen und Scheine einzuführen. Sechs Monate später könnten bereits Pfundnoten und -Münzen eingezogen werden. Das bedeutet, dass der gesamte Prozess von einer positiven Referendumsentscheidung bis hin zum Einzug des Pfundes in ca. drei Jahren abgeschlossen werden könnte (Blair 1999).

Obwohl Blair glaubt, dass Großbritannien ein Mitglied des Eurolandes werden müsse und dass es eine Schlüsselrolle in Europa einnehmen sollte, verschiebt er die Zeit, in der er 'direkt' mit der britischen Öffentlichkeit darüber spricht (Evans-Pritchard 130201;8). Blair hat sich mittlerweile eine zweite Amtszeit in der Downing Street gesichert. Offenere öffentliche Reden für den Euro werden erwartet.

### **6.3.2 William Hague; die Tory-Opposition**

Nicht alle etablierten Parteien in Großbritannien unterstützen das Währungsprojekt, also gab es für die einzelnen Wähler die Möglichkeit, das Euro-Thema zum wahlentscheidenden Kriterium zu machen. Genau das hat die Tory-Opposition ermutigt. William Hague, politischer Führer der Konservativen Partei hatte versprochen, „bis aufs Blut zu kämpfen“, um das Pfund zu behalten (Telegraph 090201;8). Hague hatte den Euro für die nächste und übernächste Amtszeit ausgeschlossen, eine Zeit, die zehn Jahren entspricht (Holmes(b) 2000). (Die Entscheidung wäre jedoch der demokratischen Billigung der Parteimitglieder unterworfen gewesen.)

Hague sagte, er sei weder anti-europäisch noch nationalistisch. Es seien die Integrationsgefahr und das Aufgeben der Vielfalt und des Pluralismus des Kon-

tinents, die anti-europäisch sind (Holmes(a) 2000). Er glaubt an ein „Britain in Europe, not run by Europe“ und, dass Großbritannien als die viert größte Wirtschaft der Welt mit seiner eigenen Währung erfolgreich sein könne (Holmes(b) 2000).

Die Gründe für seine Abneigung gegen den Euro sind ökonomisch und politisch. Nach Hague sind die ökonomischen Gefahren einfach zu groß (siehe Abschnitt 5.3). Er zeigt auf die dauerhafte Natur der Währungsunion und, dass eine Entscheidung für den Euro nicht rückgängig zu machen wäre. Das Anschließen an eine monetäre Abmachung aus rein politischen Gründen ist gefährlich. Nach Hague bleibt der Wechselkursmechanismus ein Zeugnis dieser Gefahr. Großbritannien konnte den Wechselkursmechanismus damals verlassen, aber „with a single currency there are no exits“ (Holmes(b) 2000 [Hague]). Das Pfund zu behalten, hieße, dass die britische Wirtschaft im Interesse der britischen Firmen und britischen Arbeitsplätze geführt werden könne.

Aus einer politischen Perspektive glaubt er, dass es eine Grenze politischer Integration gebe und, dass Europa sich dieser Grenze annäherte. „Push political integration too far and accountability and democracy become impossible to sustain“ (Holmes(a) 2000 [Hague]). Monetäre Souveränität bedeute die Fähigkeit, Entscheidungen selbst zu treffen. Hague glaubt, dass der Euro zu Souveränitätsfragen bezüglich Haushalts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik führen würde und dies für Großbritannien höhere Steuern und mehr Verwaltung bedeute. Höhere Steuern zerstörten den Unternehmungsgeist und Verwaltung zerstöre Arbeitsplätze (Holmes(b) 2000).

In November 1999 sagte Hague, dass der Euro eine der „daft ideas“ der EU sei, und dass „...in the age of the multinational company and the increasingly borderless trading across the world, particularly in electronic commerce, nation states must develop competitive advantage. The last thing you want to do is to harmonise taxes with other countries and adopt the rules and regulations of other countries“ (Holmes(b) 2000 [Hague]).

Die Konservativen in Großbritannien unter der Führung William Hagues sind insgesamt eine sehr euroskeptische Partei. Sie sind insofern auf das tief sitzende Misstrauen gegenüber weiterer europäischer Integration ausgerichtet und prinzi-

piell gegen den Vertrag von Maastricht. Innerhalb der Partei finden sich aber auch Euro-Befürworter, es herrscht also Uneinigkeit.

Jetzt da die Wahlen vorüber sind, werden sich die pro-europäischen Konservativen für die britische Mitgliedschaft einsetzen. Ian Taylor (konservatives Parlamentsmitglied), ist als Vorsitzender der 'European Movement' gewählt worden. European Movement ist eine pro-europäische Organisation und steht den Mitgliedern aller Parteien offen (UK News 2001).

### 6.3.3 Euro-skeptische und Pro-Euro Gruppen und Organisationen in Großbritannien



21

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und besonders seit 1973 befindet sich Großbritannien mal in Einigkeit, mal in Uneinigkeit mit seinen EU-Partnern und ihren Integrationskonzepten. Von Anfang an gibt es in Großbritannien einen deutlichen Widerspruch zu seiner Beteiligung an Europa. Dies wird heutzutage als Euro-Skepsis beschrieben. Die Euro-Föderalisten auf der anderen Seite unterstützen den europäischen Integrationsprozess und zielen auf die Schaffung einer Politischen Union mit souveränen europäischen Institutionen.

Mit dem Konzept der EWWU und der Einführung des Euro hat sich die Diskussion bezüglich Großbritanniens und Europas verkompliziert, da die Frage sich jetzt nicht mehr einfach auf EU-Mitgliedschaft sondern auch auf den Übergang zur Euro-Währung bezieht. Insofern ist eine zweistufige Frage geschaffen worden, wobei die erste Stufe sich auf Europamitgliedschaft bezieht und die zweite die Debatte um den Euro und die EWWU repräsentiert. Neue Gruppen und Organisationen, die für Großbritanniens Beteiligung an Europa aber gegen Großbritanniens Euroland-Mitgliedschaft sind, zeigten sich in der Öffentlichkeit.

---

<sup>21</sup>source: 'Handcuffs [www.no-euro.com/promo.asp](http://www.no-euro.com/promo.asp)

Dementsprechend sind auch Pro-Euro Gruppen und Organisationen auf der politischen Bildfläche erschienen.

Vielleicht auf Grund der Tatsache, dass die britische Regierung für den Beitritt in das Eurogebiet ist, sind es die Euro-skeptischen Gruppen, die sichtbarer geworden sind. Der Kampf erfährt aber auf beiden Seiten viel Unterstützung.

Die folgende Tabelle zeigt die prominentesten Parteien, Gruppen und Organisationen, die im Grunde entweder aktiv an der Promotion des Euro beteiligt sind oder für das Behalten des Pfunds werben:

Für das Behalten des Pfunds	Aktiv an der Promotion des Euro
Parteien und angeschlossene Kampagnen	
Conservative Party - 'Keep the Pound'	Labour Party
Labour Euro-Safeguards Campaign	Pro-Euro Conservatives
The UK independence party - 'Save our Pound'	
The Referendum Party	
Nicht parteigebundene politische Kampagnen	
Euro-no (Business for Sterling & New Europe)	Britain in Europe
The Bruges Group	Association for Monetary Union in Europe
Campaign for an Independent Britain (CIB)	The European Movement
The Congress for Democracy	

Diese Gruppen und Organisationen betreffend gehe ich nicht weiter ins Detail. Was gesagt werden kann, ist, dass sie alle etabliert sind, eine große Anzahl von Anhängern haben und dem Euro leidenschaftlich gegenüber stehen. Zusammen bilden sie vielleicht die größte Euro-Diskussionsplattform Europas.

Zusätzlich zu den oben genannten Gruppen und Organisationen spielen auch einzelne Prominente, Experten und Persönlichkeiten in der Debatte um den Euro eine wichtige Rolle. Das Ergebnis ist eine komplexe und schwer durchschaubare

Situation mit der die britische Bevölkerung zurecht kommen muss.

## **6.4 Ist die Beteiligung Großbritanniens an der EWWU politisch zwangsläufig?**

Ein Grund für die Befürwortung der Beteiligung Großbritanniens ist, dass das Land letzten Endes sowieso teilnehmen werde und sich daher jetzt bewerben sollte, während die Bedingungen, seien sie ökonomisch oder politisch, vielleicht günstiger sind. Statt von Anfang an im Herzen des Integrationsprozesses beteiligt zu sein, hat Großbritannien sich zurückgehalten. Großbritannien ist trotz seiner anfänglichen Skepsis später Mitglied des Gemeinsamen Marktes geworden. Die Einführung des Euros hat diesem Zwangsläufigkeitsargument mehr Kraft verliehen. Neueste ökonomische Geschichte kann als ein Kontinuum gesehen werden. Das Kontinuum fließt von einer Freihandelszone zu einer Zollunion, von einem Gemeinsamen Markt zu einer gemeinsamen Währung. Großbritannien hat sich an den ersten drei Phasen beteiligt und es könnte argumentiert werden, dass es auch an der vierten Phase teilnehmen werde (Leach 1999;6).

Die ökonomischen und politischen Folgen des Euro bedeuten, dass dieser Schritt des europäischen Integrationsprozesses im Vergleich zu den vorherigen Schritten, die von den Römischen Verträgen und dem EEA stammten, viel größer ist (Leach 1999;11f.). Diejenigen, die die Beteiligung an dem Euroland als zwangsläufig sehen, argumentieren, dass die Euro-Gegner schwächer als die Euro-Befürworter sind. Die Herausforderung wird sein, die Unterstützung der britischen Bevölkerung zu gewinnen. Dieser Punkt wird im nächsten Abschnitt näher untersucht.

## **6.5 Fazit des politischen Abschnitts**

Da keine vorherige Währungsunion mit der EWWU vergleichbar ist, gibt es viel ungetestetes und unergründetes Territorium. Die Politik hat eine Hauptrolle bei der Formung der EWWU gehabt und in diesem Prozess entstandene Entscheidungen haben sich als sehr strittig bewiesen. Die Hauptdebatte dreht sich um die institutionelle Konstruktion, die der EWWU zugrundeliegt. Es wird argumentiert, dass andere Souveränitätsrechte in den Bereichen Sozial-, Haushalts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik an die zentrale Koordinationskompetenz der Ge-

meinschaft abgetreten werden müssen, um die Funktionsfähigkeit der EWWU zu sichern.

Großbritannien ist momentan ein wichtiges Schlachtfeld für die Euro Debatte. Die Dimensionen der Diskussion sind enorm. Die Frage, ob Großbritannien teilnehmen soll oder nicht, hat ein sehr hohes Profil im Land und war in der Wahlkampfperiode eine sehr kontroverse Angelegenheit.

Die Vorbereitung Großbritanniens auf den Euro (siehe Abschnitt 5.4.2) und die Rede von Blair haben bewiesen, dass der politische Wille Mitglied zu werden, auf der Seite der Regierung eindeutig anwesend ist. Die Angelegenheit bezüglich weiteren möglichen Souveränitätsübertragungen ist von Blair noch nicht ausreichend behandelt worden. Im Licht der Größe der organisierten Opposition wird sich die nachfolgende Debatte wahrscheinlich noch stärker intensivieren, wenn die Entscheidung näher rückt.

Ob Großbritannien sich dem Euroland anschließt, wird sicherlich 'die' Angelegenheit dieser Amtszeit, der die Öffentlichkeit, Politiker und die Regierung ins Auge sehen werden müssen.

Diese Debatte in Großbritannien trägt zur Verwundbarkeit des Euro bei. Die Debatte hält sich nicht in Grenzen. Sie steht der Welt offen und wird sicherlich andere Debatten nähren. Das Ergebnis der Debatte könnte sogar direkt die Stärke des Euro beeinflussen. Nach einigen Ökonomen z.B. bedeute eine britische Entscheidung gegen den Euro, dass der Euro um zwei Cents gegenüber dem Dollar verlieren könnte.

## 7 Die Öffentlichkeit, ihre Meinungen über den Euro und deren Bedeutung

Die Öffentlichkeit kann als ein unverzichtbares Element politischer Willensbildung angesehen werden. Die Unterstützung der Öffentlichkeit ist ein notwendiges Kriterium der Legitimität politischer Herrschaft.

Damit die Legitimität der EWWU gewährleistet ist, wird eine gewisse Unterstützung aus der Gesellschaft benötigt.

In dem Prozess der europäischen Integration wird der Euro als ein bedeutender Schritt betrachtet - ein Schritt „auf Gedeih und Verderb“ (Müller 1999;7). Die Einführung des Euro bedeutet nicht nur einen wirtschaftlichen und politischen sondern auch einen gesellschaftlichen Wandel. Der Umfang dieses Wandels kommt auf die weitere Entwicklung der EWWU an. Die Einführung des Euro selbst bedeutet den Verzicht auf nationale Währungen und die Annahme einer gemeinsamen Währung. Hinzu kommt die Tatsache, dass Hoheitsrechte an die europäische Ebene abgetreten werden. Die politische Herrschaft im Bereich Währungs- und Geldpolitik hat sich also gewandelt. Nach Müller hat diese Herrschaft die Unterstützung der Öffentlichkeit jedoch noch nicht gewonnen. „Eine europäische Wahrnehmung muss sich noch herausbilden“ (Müller 1999;8).

Dieser Abschnitt wird sich auf die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger in der EWWU konzentrieren. Um die Idee, dass die EWWU mit einer Politischen Union verbunden sein müsse, weiter zu verfolgen, wird zuerst ein Gemeinschaftssinn als eine nötige Voraussetzung einer Politischen Union diskutiert. Zweitens wird überlegt, inwieweit der Euro zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit beiträgt. Drittens wird der Fokus noch einmal auf Großbritannien gerichtet. Meinungen aus der britischen Bevölkerung, die aus einer von mir durchgeführten Umfrage stammen, werden untersucht. Ihre Wichtigkeit als Ruderlage zur Beteiligung Großbritanniens an der EWWU wird diskutiert.



## 7.1 Gemeinschaftssinn als Voraussetzung einer Politischen Union

Das offizielle Diktum der Europäischen Kommission lautet 'unity in diversity'. Viele haben jedoch argumentiert, dass die Vielfalt zwischen den europäischen Ländern viel größer sei als die Einigkeit.

Die Entwicklung der EU zu einer Politischen Union benötige eine Steigerung des inneren Zusammenhalts. Unter den klassischen Integrationstheorien befindet sich die Schule der Transaktionsanalyse (transactions analysis). Statt sich in erster Linie auf politische Institutionsintegration zu konzentrieren, richtet diese Schule ihren Blick auf die Integration der Wirtschaft, der sozio-Kultur, und politischer Identität (Kellstrup 1992). Karl W. Deutsch ist ein wichtiger Theoretiker dieser Schule. Er untersuchte die Bedingungen unter denen sich ein 'sense of political community' und 'security communities' formten. Der entsprechende Integrations- oder Zusammenhaltsgrad Sorge, so Deutsch, auf Dauer für 'peaceful change' innerhalb der Bevölkerung; Dispute in der Gesellschaft würden auf gewaltlose Weise beigelegt (Kellstrup 1992 [Deutsch 1957;5]). Nach Deutsch sei dieser 'sense of political community' „a matter of a perpetual dynamic process of mutual attention, communication, perception of needs, and responsiveness in the process of decision-making“ (Busch 1996;58 [Deutsch 1957;47f.,85f.]).

In dieser Hinsicht wird argumentiert, dass ein europäischer Gemeinschaftssinn nötig sei, um Auseinanderbrechen und Konflikt innerhalb einer Politischen Union zu vermeiden und um Zusammenhalt zu fördern. Ohne einen Gemeinschaftssinn - eine europäische 'regionale Identität' statt einer nationalen 'regionalen Identität' - besteht für eine Politische Union die Gefahr einer Auflösung von innen und von außen (Delgado-Moreira 1997).

Ein Land oder eine Region muss seine politische Herrschaft legitimieren. Daraus lässt sich folgern, dass bei einer Souveränitätsübertragung ein Loyalitätstransfer als Teil der Etablierung einer neuen regionalen Identität zu erwarten wäre.

Busch zu Folge seien die ökonomische Integration von Sektoren, die Zollunion und der Gemeinsame Markt vorherige europäische Integrationsschritte, die die Entwicklung einer europäischen regionalen Identität unter den Teilnehmerländern

bzw. einen Loyalitätstransfer nicht erfordert. Die Entwicklung gemeinsamer Werte zwischen politischen und ökonomischen Eliten, klare Einkommens- und Beschäftigungsvorteile und die Kompensierung benachteiligter Sektoren seien im Grunde für die Vollendung solcher Projekte ausreichend. Es entstehe eine passive Loyalität unter den Massen ohne Anlass, die Projekte negativ zu bewerten (Busch 1996;58). Bei einem evolutionären Integrationsprozess, der in einer dauerhaften Politischen Union münden soll, sei ein Loyalitätstransfer von der nationalen auf die supranationale Ebene jedoch wichtig. Eine passive Loyalität sei nicht ausreichend, um aus Europa einen neuen politischen Staat zu erschaffen (Busch 1996;60).

Eine Loyalitätsübertragung sei „nur in Verbindung mit einem umfangreichen Wandel der politischen und sozialen Gewohnheiten zu beobachten“ (Busch 1996;58 [Deutsch 1957; 47f.,85f.]).

In den siebziger Jahren wurde eine Kampagne eingeführt, um der EG mehr ‘Seele’ zu verleihen. Ein Ergebnis dieser Kampagne ist das oben genannte Diktum der Europäischen Kommission — ‘unity in diversity’. In den achtziger Jahren gab es offizielle Versuche, Symbole europäischer Identität zu entwickeln. Eine Flagge und eine Hymne wurden geschaffen (Kiriakos 2000).

Ein Loyalitätstransfer und die Herausbildung eines europäischen Gemeinschaftssinns haben nach Busch „nur in unzureichendem Maße stattgefunden“ (Busch 1996;59). Ereignisse, die in letzter Zeit diese Unterentwicklung sichtbar gemacht haben, sind u.a. die schwierige Ratifizierung des Maastrichter Vertrages in Dänemark und Frankreich und Dänemarks ‘Nein’ zum EWWU-Beitritt.

(Siehe Abschnitt 6.2.2 für die Diskussion über eine Politische Union als Voraussetzung der EWWU.)

## 7.2 Der Euro als Beitrag zur Herausbildung einer europäischen ‘regionalen Identität’



Mit der Zeit es ist möglich, dass sich der Begriff einer europäischen regionalen Identität und einer europäischen Öffentlichkeit entwickelt. Drei Aspekte können, laut des Henley Centres, diese Änderung antreiben: Erstens Generationsersatz, zweitens das Anwachsen von Postmodernismus und einer ‘Identitätsmultiplikation’ — die Menschen sind z.B. europäisch, wenn es um einige Angelegenheiten geht, nationalistisch, regionalistisch, oder globalistisch bei verschiedenen anderen Fragen — und drittens, die Entwicklung von multinationalen politischen Parteien (Leach 1999;37 [The Henley Centre 1997]). Die Einführung des Euro als eine fassbare Währung in den einzelnen Teilnehmerländern hat das Potential, Einfluss auf den zweiten Aspekt auszuüben.

### 7.2.1 „Die Herstellung einer europäischen Identität durch den Euro ist eine ausgemachte Sache!“

<sup>22</sup> Nach Cohn-Bendit muss Europa die Sache aller Europäer sein. Dazu muss es in der Lage sein, die Europäer zu begeistern (Singer 1997 [Cohn-Bendit]). Der Maastrichter Vertrag und die Arbeit der Politiker allein genügen nicht, um Begeisterung für die EWWU zu schaffen. Die Vorteile jedoch, die der Euro den Verbraucher bietet, könnten die Herausbildung einer europäischen Wahrnehmung und europäischer Öffentlichkeit fördern.

Aus der Perspektive der Verbraucher bietet der Euro dadurch Vorteile, dass Umtauschkosten und Währungsumrechnungen bei Auslandsreisen, -Einkäufen und -Zahlungen entfallen. Da die Transparenz der Preise steigt und die sich die Konkurrenz im Eurogebiet verstärkt, werden zudem niedrigere Preise erwartet.

Hoyer ist der Meinung, dass der Euro zweifellos positive psychologische Wirkungen verursachen werde, wenn er anfassbar wird und sich als stabil erwiesen

---

<sup>22</sup>Singer 1997 [Cohn-Bendit]

hat. Wie andere Währungen hat auch der Euro das Potential, Leistungsfähigkeit und Erfolg eines Gebietes zu reflektieren und damit zum Identifikationsmerkmal zu werden (Hoyer 1998;181). Minister in Großbritannien hoffen z.B., dass britische Urlauber durch den Umgang mit Euro-Geldscheinen und -Münzen ihre Vorurteile dem Euro gegenüber verlieren werden.

Da die Währungsunion auch Anstoß zu einer weiteren politischen Integration in Europa geben könnte, wird der Euro dann „nicht nur eine große wirtschaftliche Bedeutung haben — er wird auch zu einem Symbol für ein vereinigtes Europa und dies steht für Frieden und Solidarität“ (Metzger 1997).

Das Euro-Symbol selbst als gemeinsames Symbol des europäischen Integrationsprozesses könnte auch als Vermittler einer europäischen Identität arbeiten. Die Distanz zwischen der EU und den europäischen Bürgern könnte einer neuen Beziehung Platz machen und dem europäischen Integrationsprozess einen neuen Impuls geben.

Auf Grund der Eliminierung von Währungskonversionskosten im Euroland werden Handel und Tourismus zwischen den beteiligten Ländern und besonders in den Grenzgebieten steigen. Dies bedeutet, dass Menschen eines Landes zunehmend Kontakt mit Staatsbürgern angrenzender Länder haben werden. Zunehmende Kontakte in der Kommunikation führen zu gegenseitiger Aufmerksamkeit und zu besserem Verständnis — wesentliche Ingredienzen für die Herausbildung eines europäischen Gemeinschaftssinns.

In Bezug auf zunehmendes Verständnis betonen Befürworter weiterer Integration, dass die Herausbildung einer europäischen Identität nicht bedeute, dass man seine eigene Kultur verliere, sondern, dass diese sich zum Guten verändere. In dieser Hinsicht solle man vor weiterer Integration keine Angst haben.

### **7.2.2 Die Einführung des Euro wird vor allem als Bedrohung empfunden!**

Dieser Teil untersucht die Gründe dafür, dass der Euro, zumindest in den frühen Stadien, negative Gefühle unter den Bürgerinnen und Bürgern des Eurolands geweckt haben könnte und noch immer wecken kann, sowie die Möglichkeit, dass diese Gefühle gegen die Herausbildung einer europäischen Identität arbeiten können.

Nach dem Eurobarometer haben fast sechs von zehn Personen Angst vor dem Ende ihrer nationalen Währungen. Seit Frühling 1999 ist diese Statistik gestiegen. Auch im Zusammenhang mit der Einführung des Euro, befürchteten viele einen Transfer von Arbeitsplätzen in andere Länder, die niedrigere Produktionskosten haben (Europäische Kommission(a) Eurobarometer 2001;67). 49% der damaligen EU-11 Bürger waren der Meinung, dass die Einführung des Euro als Bargeld einige temporäre Schwierigkeiten für die Öffentlichkeit mit sich bringen werde. 23% erwarteten einige langfristige Schwierigkeiten (Europäische Kommission(a) Eurobarometer 2001;88). 58% der EU Bürger berichteten, Angst davor zu haben, gefälschte Euro-Noten und -Münzen zu bekommen, sowie Geld zu verlieren, wenn sie ihr Geld in Euro umtauschen. Durchschnittlich befürchteten Frauen stärker als Männer Schwierigkeiten durch die Einführung des anfassbaren Euro (Europäische Kommission 1998;67).

Zusätzlich zu diesen Ängsten, die mit der Einführung der neuen Währung verbunden sind, gibt es Sorgen wegen potentiell wirtschaftschädlicher Auswirkungen. Die Skeptiker haben recht, wenn sie behaupten, dass die Bedingungen für die Herstellung einer Währungsunion keineswegs vollkommen günstig sind. Die Bedingungen für eine Währungsunion werden vielleicht niemals vollkommen günstig sein und Europa wird in absehbarer Zeit nicht zu einem mundellschen 'optimalen Währungsraum' konvergieren. Es gibt keine Garantien für den langfristigen ökonomischen Erfolg der EWWU.

Die Politik es hat bisher nicht vermocht, den Menschen das Projekt der europäischen Integration und die monetäre Einheit in Europa wirklich nahe zu bringen. Die Bürger können mit Recht das Gefühl haben, dass Europa bisher überwiegend ein Projekt der politischen Eliten und der Regierungen gewesen ist. „So stellt sich Brüssel für viele Menschen als eine Ansammlung von Bürokraten und Lobbyisten dar“ (Metzger 1997). In dieser Hinsicht können die ökonomischen Kriterien, die die EWWU umgeben sowie die entstandene autonome europäische Zentralbank mit Misstrauen betrachtet werden. Es ist möglich, dass dieses Misstrauen und die Entfremdung gegenüber den Institutionen Europas zu einem antieuropäischen Ressentiment führen könnte.

Die Bevölkerung bleibt skeptisch und abwartend. Auf der einer Seite gibt es viel Ungewissheit und auf der anderen Seite ist klar, dass das europäische Integrationsprojekt durch die Währungsunion vorangetrieben wird. Die Idee eines europäischen Staates hat die Angst hervorgerufen, dass nationale Identitäten verloren werden könnten.

In Europa gibt es einige kompatible Ideale wie z.B. das Christentum, die Industrialisierung, die Demokratie und den Wunsch nach Frieden. Es kann aber argumentiert werden, dass es der EU an ethnischer Angliederung mangelt. Unter den Europäern gibt es unterschiedliche Sprachen, Psychologien, Kulturen, Wirtschaftsleben — und damit unterschiedliche Identitäten (Leach 1999;38).

Hoyer ist der Meinung, dass die EU nicht zu einem europäischen Staat heranwachsen wird. Hoyer vergleicht die EU mit den USA. In die USA strömten Menschen, die bereit waren, eine neue amerikanische nationale Identität anzunehmen. In Europa ist dies nicht der Fall. Es handelt sich um Nationen mit unterschiedlichen Identitäten. „Kein europäisches Volk hat bisher oder wird auf absehbare Zeit seine Bereitschaft erklären, seine eigene Identität zugunsten einer europäischen aufzugeben“ (Hoyer 1998;181).

Es kann argumentiert werden, dass die Grenzen einer Identitätsherausbildung schon auf nationaler Ebene erreicht worden sind und dass sie deswegen nicht auf die supranationale Ebene übertragbar sind. Nach David Beetham and Lord Longman hinterlassen solche Argumente „the union conspicuously vulnerable to nationalistic counter-mobilisations or to disintegration in moments of stress“ (Leach 1999;38 [D.Beetham and Lord Longham 1998 (Legitimacy and the EU)]).

Die Tatsache, dass nicht alle EU-Staaten an der EWWU teilnehmen, schränkt die mögliche identitätsstiftende Wirkung ein. Ein implizites Vertrauen in den Euro ist durch die Opt-Outs von Großbritannien, Dänemark und Schweden und das Ergebnis des dänischen Referendums sicherlich erschüttert.

## **7.3 Gegenwärtige öffentliche Meinungen in Großbritannien und deren Bedeutung**

Die britische Regierung hat sich dazu bekannt, sicherzustellen, dass die britische Bevölkerung, falls die fünf ökonomischen Tests von Gordon Brown erfüllt seien, eine echte Wahl bezüglich des Euros treffen kann (HM-Treasury 1999;4). Die endgültige Entscheidung wird von der britischen Bevölkerung in der Form eines Referendums getroffen werden. Es ist vorgeschlagen worden, dass ein Referendum im Oktober dieses Jahres stattfinden könnte.

Bei der Abstimmung darüber, ob und wann Großbritannien an dem Euroland teilnehmen sollte, sind also die Meinungen der Öffentlichkeit von großer Bedeutung.

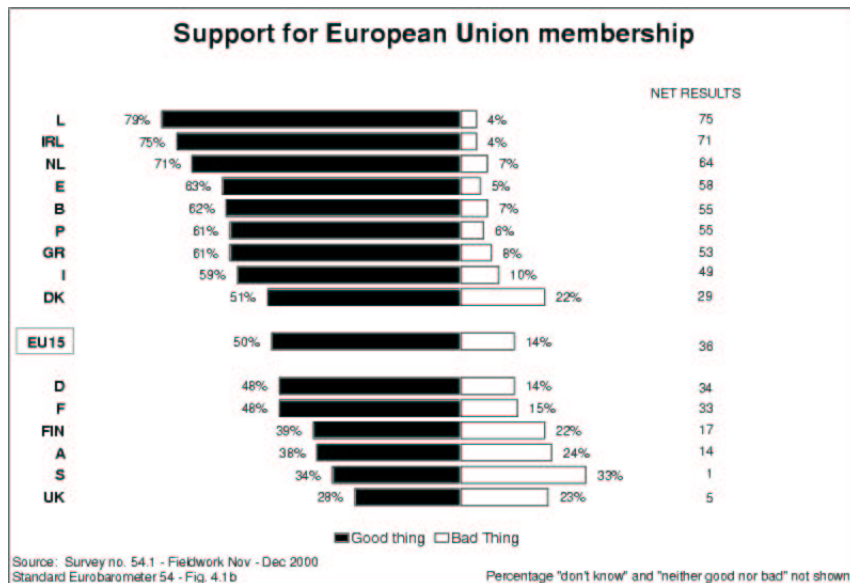
Es ist argumentiert worden, dass die Debatte um die Einführung des Euro als Medien-Diskurs stattfindet und zwar in Kontrast zu öffentlicher Meinung und Präferenzen der Bevölkerung. Deshalb wäre diese Arbeit nicht komplett, ohne die gegenwärtige Einstellung des britischen Publikums dem Euro gegenüber herauszufinden.

### **7.3.1 Ein Überblick europäischer öffentlicher Meinungen**

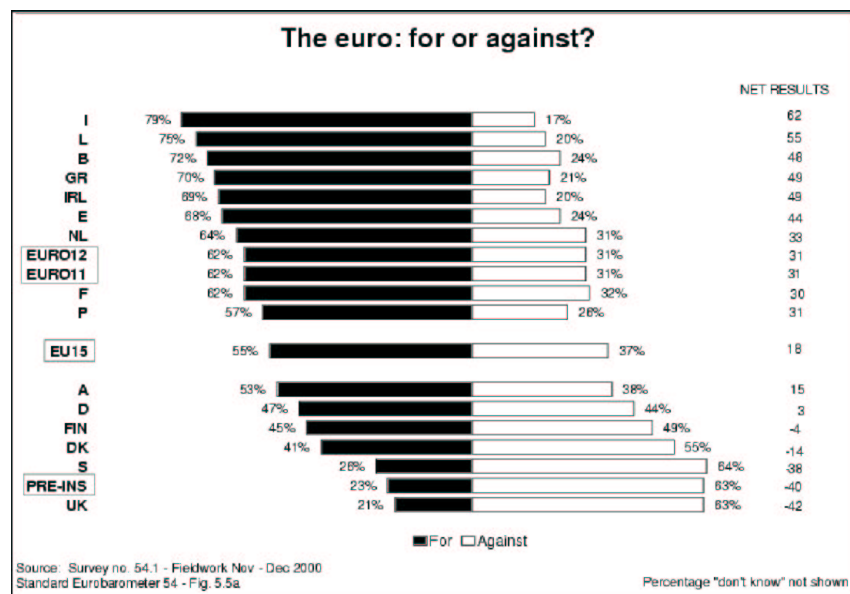
Bezüglich öffentlicher Meinungen ist bereits eine große Anzahl von Meinungsumfragen durchgeführt worden. Die folgenden Abbildungen<sup>23</sup> zeigen die entsprechenden Werte für die Unterstützung der Europa-Mitgliedschaft und des Euro unter den Euro-12 Ländern und in Dänemark, Schweden und Großbritannien.

---

<sup>23</sup>Quelle der Abbildungen: Europäische Kommission(a) 2001;33,72



Das Diagramm zeigt, dass die Unterstützung für EU-Mitgliedschaft in Großbritannien am niedrigsten sei. Die Opposition sei in Schweden am stärksten.



Dieses Diagramm zeigt, dass die Unterstützung für den Euro in Großbritannien am niedrigsten sei. Die Opposition gegen den Euro sei in Schweden am stärksten und auch in Großbritannien sehr stark.

Anders als in den restlichen europäischen Ländern nimmt der Widerstand gegen den Euro in der Politik (siehe Abschnitt 6) und in der öffentlichen Meinung in Großbritannien extreme Proportionen an. Die Herausbildung einer europäischen



Identität könnte mit der Bildung eines Teams verglichen werden. Ein ‘Team is only as strong as its weakest member’. Eine gemeinsame europäische regionale Identität kann nur so stark sein wie es der kleinste gemeinsame Nenner erlaubt. Die Graphiken zeigen, dass Großbritannien diesen niedrigsten gemeinsamen Nenner repräsentiert.

Ich habe eine vergleichsweise kleine Umfrage durchgeführt, um zu sehen, ob ich diese Werte generell bestätigen kann und auch um die Gründe für die Meinungen herauszufinden.

### 7.3.2 Meinungsumfrage

Mit der zweistufigen Frage (Großbritannien in Europa und Großbritannien im Eurogebiet) im Auge habe ich mich für zwei einfache Aussagen entschieden und nach dem Grad der Zustimmung zu diesen gefragt, um eine Vorstellung von den Meinungen der heutigen Öffentlichkeit zu gewinnen. Ich habe 98 Menschen zwischen Januar und Mai 2001 befragt. Die Befragten kamen aus den folgenden Grafschaften und Städten in Großbritannien: Berkshire, Shropshire, Cleveland, The Scottish Borders, London, Birmingham, Manchester und Glasgow. Sie wurden befragt, inwieweit sie den folgenden Aussagen zustimmten:

- Großbritannien soll in Europa bleiben.
- Großbritannien soll ja zum Euro sagen

Es gab jeweils folgende Antwortmöglichkeiten:

stimme zu	stimme teilweise zu	stimme nicht zu	stimme teilweise nicht zu	weiß nicht

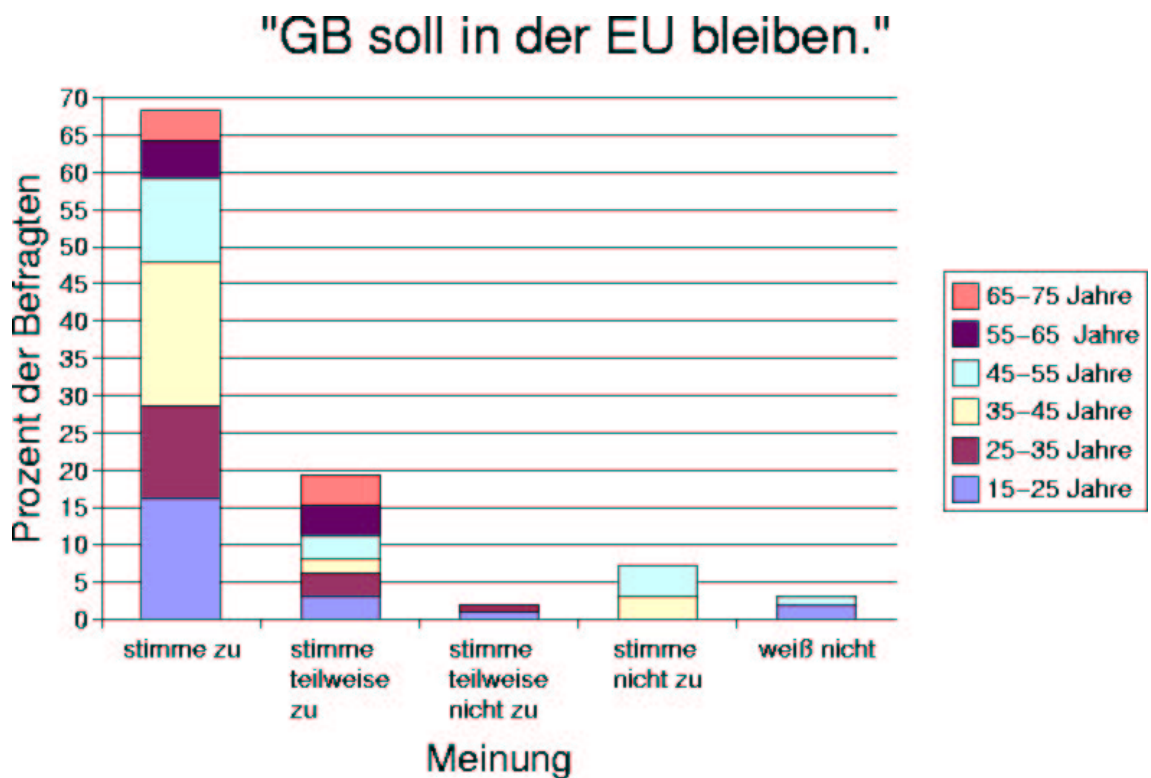
Desweiteren wurden sie nach Gründen für ihre Antworten bezüglich des Euro gefragt.

Meine Aussagen und vorgeschlagenen Antworten unterscheiden sich von denen in anderen vor kurzem durchgeführten Umfragen. Es ist daher nicht möglich, meine Ergebnisse mit denen von anderen Umfragen direkt zu vergleichen (Vergleiche werden jedoch in gewissen Maßen angestellt). In meiner Umfrage schlug ich den Befragten fünf statt drei mögliche Antworten vor. Hiermit wollte ich den

Grad der Überzeugung der Antworten beurteilen. Die kommenden Werbekampagnen werden wahrscheinlich den größten Einfluss auf die Menschen haben, die den Aussagen teilweise zustimmen, teilweise nicht zustimmen, bzw. gar nicht wissen wie weit sie zustimmen.

Die Balken- und Tortendiagramme zeigen zusammen die grafisch präsentierbaren Informationen, die ich gesammelt habe. Die Balkendiagramme verdeutlichen, wie die Befragten geantwortet haben und wieviel Prozent dabei jeweils auf bestimmte Altersgruppen entfallen sind. Die Tortendiagramme veranschaulichen, wieviel Prozent der Frauen im Vergleich zu den Männern auf die möglichen Antworten entfallen.

Es folgen die Ergebnisse:



Die Ergebnisse zeigen recht deutlich, dass die Mehrheit der Befragten (68%) eine fortdauernde EU-Mitgliedschaft Großbritanniens befürwortet.

Meine Ergebnisse unterscheiden sich dramatisch von denen in dem Diagramm 'Support for European Union Membership' präsentierten Ergebnissen. Die Fragestellungen waren jedoch auch sehr unterschiedlich. Meine Ergebnisse deuten

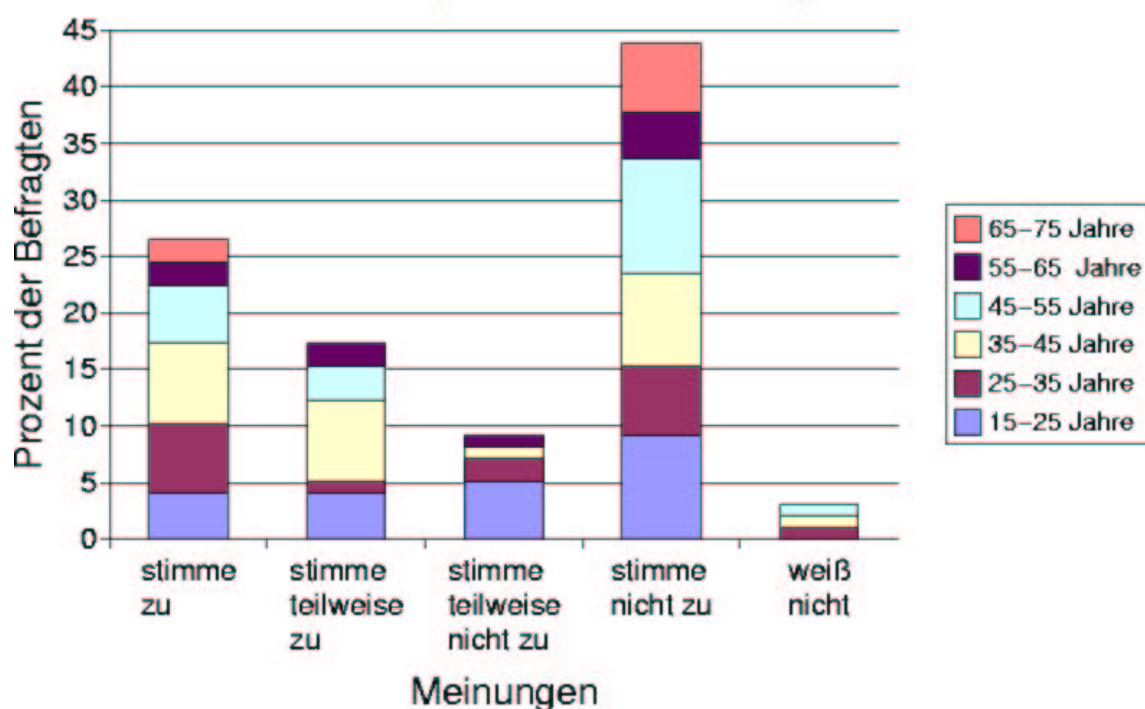
vielleicht auf weit verbreitete passive Loyalität hin. Das erreichte Integrationsniveau ist akzeptabel. Großbritannien kann also ohne weit verbreitete Opposition Mitglied der EU bleiben. Statt zu fragen, ob die gegenwärtige Situation bleiben soll wie sie ist, bat das Eurobarometer die Menschen, die EU zu bewerten. Versucht man die Ergebnisse des Eurobarometers zu interpretieren, muss sich die EU in Großbritannien noch entweder als eine gute oder schlechte Sache erweisen. Fast die Hälfte der Befragten hatten mit 'weder gut noch schlecht' bzw. 'weiß nicht' geantwortet.



Obwohl sich die Ergebnisse ähneln, zeigt das Diagramm, dass weniger Frauen (ca. 64%) als Männer (ca. 74%) der Aussage zustimmten. Weiterhin ist zu erkennen, dass mehr Frauen (ca. 9%) als Männer (ca. 5%) 'nicht zustimmten' und, dass ca. 5% der Frauen mit 'weiß nicht' antworteten, während Männer diese Antwort nicht wählten.

Diese Ergebnisse werden von dem Eurobarometer untermauert, es gäbe ein festes Muster für die zwei Geschlechter. Es lautet, dass Männer EU-Mitgliedschaft eher als Frauen positiv bewerteten und, dass Frauen bedeutend öfter keine Meinung hätten.

## "GB soll ja zum Euro sagen."

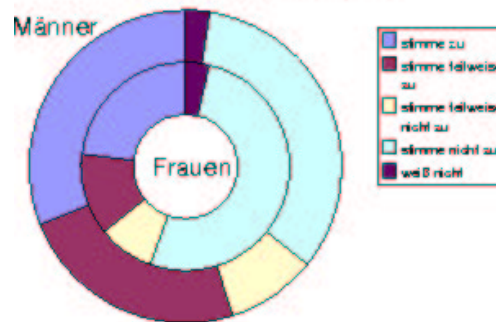


Ca. 44% der Befragten sind nach meinen Ergebnissen gegen die Einführung des Euro in Großbritannien. Ca. 27% sind für die Einführung des Euro. Eine potentiell große Anzahl von Menschen (ca. 29%), die sich in einem Referendum für die eine oder die andere Seite entscheiden müsste, entfällt auf die übrigen Segmente. Hiervon tendierten die meisten (insgesamt ca. 17%) in Richtung 'ja', sie 'stimmten teilweise zu'.

Sollte diese Gruppe, angenommen es kommt so weit, tatsächlich für den Euro stimmen, könnte ein Referendum meiner Umfrage zufolge einen knappen Ausgang haben. Ein typischer Kommentar unter den Personen dieser Gruppe war jedoch, dass die ökonomischen Bedingungen für den Beitritt Großbritanniens noch nicht reif seien. Dieser Bemerkung zufolge könnte viel von dem derzeitigen ökonomischen Verhältnis zwischen Großbritannien und Europa abhängen.

Im Vergleich zum Eurobarometer sind meine Ergebnisse für die Euro-Befürworter sehr positiv. In meiner Umfrage ist jedoch auch zu erkennen, dass die am häufigsten gegebene Antwort deutlich gegen die Einführung des Euro in Großbritannien spricht.

"GB soll ja zum Euro sagen."  
Vergleich der Meinungen von  
Männern und Frauen



Bei einem Vergleich der Antworten von Männern und Frauen ist ein ausgesprochener Unterschied erkennbar. Hier wird noch einmal sichtbar, dass weniger Frauen (ca. 23%) als Männer (ca. 31%) der Aussage zustimmten. Die Antwort 'stimme teilweise zu' wurde von den Frauen ebenso seltener (ca. 13%) gegeben als von den Männern (ca. 24%).

Ungefähr die Hälfte der Frauen (ca. 52%) 'stimmte nicht zu'. Im Vergleich haben ca. 33% der Männer diese Meinung geäußert. Die Frauen, die an meiner Umfrage teilgenommen haben, sind also anscheinend euro-skeptischer als die männlichen Befragten.

Die Gründe, die die Befragten zur Unterstützung ihrer Antworten angaben, fallen in drei Hauptkategorien. Es gibt ökonomische, politische und die britischen Identität betreffende Begründungen. Es folgt eine Stichprobe der Antworten, die die Meinungsvielfalt illustriert. Geschlecht und Alter der zitierten Personen werden in Klammern angegeben.

Bemerkungen zu den ökonomischen Auswirkungen der EWWU:	
Für den Euro:	„Important for economic stability.” (M 35-45)
	„Standards of living seem better in Europe, many goods are cheaper.” (M 55-65)
Gegen den Euro:	„Lose economic independence and we would be subject to economic whims of other member states.” (M 15-25 A D)
	„The UK should say NO to the Euro to allow it to remain competitive thus creating the opportunity to attract inward investment - therefore increasing employment and standard of living.” (F 25-35)
Bemerkungen zu den politischen Auswirkungen der EWWU:	
Für den Euro:	„Despite our previous world dominance we will become a political minor in an expanding world if we don't stay within the EU and join the WWU.” (M 35-45)
	„...provides less scope for political manipulation of economic systems.” (F 25-35)
Gegen den Euro:	„Decisions about our future made by representatives of other countries.” (F 45-55 D D)
	„The UK should not fully integrate into the EU since this would be to the detriment of other world organisations and relations with other states.” (M 25-35)

Bemerkungen zu den Auswirkungen der EWWU auf nationale Identität:	
Für den Euro:	„I don't think we would lose our identity and there are benefits to being part of a group.” (F 15-25)
	„Artificial notions of nationality and ‘independence’ are outdated in an increasingly de-regulated and globalised society. The UK is not strong enough on its own, economically. It is much more practical and desirable to become one among equals than to be dominated by the EU.” (M 25-35)
Gegen den Euro:	„Agreeing to the euro would lose a part of Britain's uniqueness and independence within the EU.” (F 15-25)
	„Patriotism to the pound!” (M 15-25)

Die Ergebnisse, die ich bekommen habe, stammen von einem kleinen Anteil der Bevölkerung. Dennoch ist selbst in dieser kleinen Stichprobe eine große Breite von Meinungen zu beobachten. Dies unterstreicht noch einmal die Tatsache, dass dieses Thema besonders strittig ist.

Nicht jeder Befragte hat seine Antwort begründet. Viele der gegebenen Gründe waren vage, es lässt sich aber sagen, dass Angst vor einer unstablen Wirtschaft und der mögliche Verlust der nationalen Identität die mit Abstand am häufigsten genannten Gründe gegen einen Beitritt Großbritanniens zum Euroland waren.

Die vorherige Erfahrung in dem Wechselkursmechanismus hat Großbritannien zu einer skeptischen Einstellung zu monetärer Zusammenarbeit mit der EU geführt.

In Großbritannien herrscht eine allgemeine Angst vor dem Ende des Pfunds. Ein möglicher Grund für diese Einstellung ist die Tatsache, dass die Geschichte des Pfunds 1.300 Jahre weit zurück reicht. Die meisten der anderen europäischen Währungen gehen nur bis zum Ende des zweiten Weltkrieges zurück. Als Folge da-

von würde ein Währungswechsel mehr Verdacht in Großbritannien wecken als auf dem Kontinent (Davies 1996). Die britische Wirtschaft ist stark, das Pfund reflektiert diese Stärke und ist zum Identifikationsmerkmal der britischen Bevölkerung geworden. Es ist ein vertrautes Symbol. Das mögliche Ende des Pfundes erregt dementsprechend nationalistische Gefühle.

Gründe für den Euro waren hauptsächlich ökonomisch. Sie bezogen sich vor allem auf Ängste, in den Schatten Europas gestellt zu werden. Einige der Befragten kommentierten, dass der Beitritt Großbritanniens unvermeidlich und zwangsläufig sei.

In November 1999 dachten allerdings 42% der Befragten der ICM/Guardian Umfrage, dass der Euro das Pfund in Großbritannien innerhalb von zehn Jahren abgelöst haben werden würde (ICMresearch 1999).

## **7.4 Fazit dieses Abschnitts**

Die Einführung des Euro bringt sowohl ökonomische und politische als auch einige Fragen bezüglich nationaler Identität hervor. Der Euro hat das Potential, bei der Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftssinns zu helfen, nachdem die anfänglichen Schwierigkeiten in Bezug auf die Übergangsphase überwunden sind. Die Herausbildung einer europäischen regionalen Identität wird wichtige Auswirkungen auf die weitere Entwicklung Europas haben.

Die Unterstützung für den Euro unterscheidet sich von Land zu Land. Anhand der Informationen in den vorherigen Abschnitten, der aus meiner Umfrage gesammelten Informationen und der Ergebnisse des Eurobarometer gibt es im Allgemeinen eine klare Euro-skeptische Einstellung in Großbritannien. Großbritannien vertritt das Land, das Europa am wenigsten unterstützt und hat die negativste Einstellung dem Euro gegenüber. Bezüglich der Diskussion über die Herausbildung einer europäischen Identität steht Großbritannien im Mittelpunkt. Wenn die britische Bevölkerung sich gegen den Euro entscheidet, wird dies die europäische regionale Identität zurückwerfen. Im Falle einer Stimme für den Euro wird der EWWU britische Legitimität zuteil und die Chance, dass sich eine regionale Identität in Europa stärken wird, wächst.



Meine Umfrage ist vielleicht ein Hinweis auf eine Meinungsänderung in Großbritannien. Viele Menschen, vorausgesetzt, dass die ökonomischen Bedingungen günstig sind, scheinen bereit, für den Euro zu stimmen. Demzufolge könnte die Öffentlichkeit für den Euro stimmen, wenn die fünf ökonomischen Tests ('Beweis' für die Kompatibilität Großbritanniens mit dem Euroland) auf 'günstige ökonomische Bedingungen' schließen lassen. Trotz der im allgemeinen Euro-skeptischen Einstellung Großbritanniens halte ich es also für möglich, dass Großbritannien sich in der nächsten Legislaturperiode dem Euroland anschließen wird.

Trotz Ängsten vor einem Verlust nationaler Identität und aus einer ökonomischen Perspektive heraus sind viele Menschen der Meinung, dass die EWWU-Mitgliedschaft Großbritanniens unvermeidlich sei.

Der Euro scheint die am häufigsten diskutierte, aber gleichzeitig auch die am wenigsten verstandene Angelegenheit unserer Zeit zu sein. Im Falle eines Referendums wird die Öffentlichkeit gespalten sein.

John Maynard Keynes<sup>24</sup> hätte wahrscheinlich gegen eine Torheit gewettert, die verlangt, dass die Öffentlichkeit über komplizierte ökonomische Angelegenheiten bestimmt! (Fraser 190201;3)

---

<sup>24</sup>John Maynard Keynes war ein britische Ökonomen des zwanzigsten Jahrhunderts.

## 8 Schluss

Die Debatte um den EWWU findet interdisziplinär statt. Viele verschiedene Ansätze haben sich zu diesem Thema entwickelt. Die konkurrierenden Vorstellungen von den Leitvariablen, der Dynamik und den Zielen der europäischen Integration unter Wirtschaftswissenschaftlern, Politikern und Soziologen haben die Debatte zu einer komplizierten und kontroversen Angelegenheit ausgebaut.

Nach jahrzehntelangen Debatten ist klar geworden, dass die reine ökonomische Befürwortung der EWWU nicht überzeugend ist. Die EWWU bringt erstrebenswerte Vorteile, aber gleichzeitig auch reale ökonomische Gefahren mit sich, da die Konvergenz der europäischen Wirtschaften nicht sichergestellt ist. Die institutionelle Konstruktion, die der EWWU zugrundeliegt, sei politisch noch nicht reif genug. Es wird argumentiert, dass andere Souveränitätsrechte in den Bereichen Sozial-, Haushalts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik an die zentrale Koordinationskompetenz der Gemeinschaft abgetreten werden müssen, um die Funktionsfähigkeit der EWWU zu sichern.

Trotz der anscheinenden Unwiderrufflichkeit der EWWU ist sie nicht vor einem Zusammenbruch sicher. Diese Tatsache wird durch die Abwesenheit eines starken Integrationsniveaus zwischen den beteiligten Ländern und eines dominierenden Staates, der Entscheidungen allein durchsetzen könnte, untermauert. Besonders nach der Einführung des Euro als Bargeld im Jahre 2002 wäre ein Zusammenbruch äußerst unerwünscht. Die EWWU wird deshalb die größtmögliche politische Unterstützung ihrer Mitglieder genießen.

Aus den historischen und politischen Abschnitten kann abgeleitet werden, dass der Hauptmotor der EWWU politisch ist und sich vor allem auf das erklärte Ziel der EU einer 'ever closer union' bezieht. Für Befürworter wie Kritiker ist die neue europäische Währung, der Euro, letzten Endes ein Vorbote der politischen Integration.

Da keine vorherige Währungsunion mit der EWWU vergleichbar ist, gibt es jedoch viel ungetestetes und unergründetes Territorium. Die Zukunft ist schwer vorhersehbar. Weitere Integrationsschritte in Europa werden zukünftig maßgeblich vom Erfolg des Euro und der EWWU abhängen. Die Integrationsschritte werden auch teilweise von der Herausbildung einer europäischen regionalen Identität abhängen, wobei der Euro potentiell helfen könnte.

Bezüglich der Diskussion über die Herausbildung einer europäischen Identität steht Großbritannien im Mittelpunkt. Momentan ist Großbritannien das Land, das Europa am wenigsten unterstützt und die negativste Einstellung dem Euro gegenüber hat. Der erdrutschartige Sieg Blairs in den britischen Parlamentswahlen hat bewiesen, dass er ein beliebter Premierminister ist. Seine Wiederwahl hat unter den Euro-Befürwortern neuen Optimismus geweckt. Nun steht Blair vor der größten Herausforderung — Großbritannien an die Euro-Zone anzuschließen.

Die Entscheidung der britischen Bevölkerung in einem Referendum über den Euro wird die Herausbildung einer europäischen regionalen Identität entweder zurückwerfen oder stärken. Nach Meinung der Verfasserin wird das bevorstehende Referendum Großbritannien in das Euroland führen. Die ökonomischen Anreize werden betont werden und die Angst, den Anschluss zu verpassen, wird die Ängste vor einem Verlust nationaler Identität besiegen.

Großbritanniens traditionelle Rolle als Skeptiker nähert sich vielleicht langsam dem Ende. Jedoch lehrt die Geschichte, dass solche Vorhersagen über Großbritannien oft nicht lange von Bestand sind. Unabhängig von seiner Einstellung bleibt das Land weiterhin eine große Euro-Diskussionsplattform, da die Diskussion um den Euro in Großbritannien in politische Parteien und zahlreiche Organisationen eingebettet ist.

## 9 Literaturverzeichnis

### 9.1 Bücher

1. Berger, Roland (1997) im Interview in der Zeitung der Woche In: Der Kampf um den Euro, Wie riskant ist die Währungsunion? Hans-Ulrich Jörges (Hg) (1998) Hoffman und Campe Verlag, Hamburg S.28-32
2. Busch, Klaus (1994) Europäische Integration und Tarifpolitik, Lohnpolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion, Bund-Verlag, Köln
3. Busch, Klaus (1996) Nicht reif für eine gemeinsame Währung, Die Europäische Währungsunion und die Gefahr eines Lohn- und Sozialdumping In: Maastricht neu verhandeln, Reformperspektiven in der Europäischen Union, Joachim Schuster; Klaus-Peter Weiner (Hg.) PapyRosa Verlag, Köln S.56-75
4. Biedenkopf, Kurt (1998) Das Euro-Experiment - Vollendung der Integration oder Überforderung der Union? In: Der Kampf um den Euro, Wie riskant ist die Währungsunion? Hans-Ulrich Jörges (Hg) Hoffman und Campe Verlag, Hamburg S.33-58
5. Dinan, Desmond (1994) Ever Closer Union? An introduction to the European Community, The Macmillan Press Ltd, London
6. Geissler, Heiner (1998) Der Euro schafft Arbeitsplätze In: Der Kampf um den Euro, Wie riskant ist die Währungsunion? Hans-Ulrich Jörges (Hg) Hoffman und Campe Verlag, Hamburg S.117-120
7. George, Stephen (1994) An Awkward Partner: Britain in the European Community, Oxford University Press, New York, USA
8. Gros, Daniel & Thygesen, Niels 1992 European Monetary Integration - From the European Monetary System to European Monetary Union, Longman Group UK Limited, Essex, England
9. Hoyer, Werner (1998) Die Perspektiven Europas oder: Erzwingt der Euro die Politische Union? In: Der Kampf um den Euro, Wie riskant ist die

Währungsunion? Hans-Ulrich Jörges (Hg) Hoffman und Campe Verlag, Hamburg S.173-181

10. Rehman, Scheherazade S. (1997) The Path to European Economic and Monetary Union, Kluwer Academic Publishers, Massachusetts
11. The Oxford Popular English Dictionary (1995) Oxford University Press, Parragon Book Service Ltd, London S.984
12. Thomasberger, Claus (1993) Europäische Währungsintegration und globale Währungskonkurrenz, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen

## **9.2 Zeitschriften**

1. Leick, Romain (2001) Im Himmel der Ideen In: Der Spiegel Nr.20/14.5.01 S.148-150
2. Müller, Klaus (1999) Die Einführung des Euro. Monetäre, politische und institutionelle Aspekte der europäischen Integration In: PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 114.29 Jg. 1999. Nr 1. S.7-26

## **9.3 Zeitungsartikel**

1. Evans-Pritchard, Ambrose (130201) Buoyant Britain passes the test for joining EMU, The Daily Telegraph S.8
2. Evans-Pritchard, Ambrose (081200) Don't mess with our tax veto, Blair tells EU allies, The Daily Telegraph S.4
3. Fraser, Nicholas (190201) Ask Keynes, Guardian G2 S.3
4. Jones, George (080201) Blair decision on the euro 'in two years', The Daily Telegraph S. 1
5. Kallenbach, Micheal (080201), Blair springs euro surprise over a question of timing, The Daily Telegraph S.16
6. (090201) Blair slip starts euro countdown, The Daily Telegraph S.8
7. Schoeller, Olivia (090601) Labour-Partei feiert ihren Sieg eher verhalten, Berliner Zeitung S.8

## 9.4 Beiträge aus dem Internet

1. Aretis, Philip & McCanley, Kevin & Sawyer, Malcolm (1999) From Common Market to EMU: A Historical Perspective of European Economic and Monetary Integration, Working Paper No.263  
181200 <http://www.levy.org/docs/wrkpap/pdf/263.pdf>
2. Barkham, Patrick (1998) European Union Timeline  
240401  
<http://www.guardianunlimited.co.uk/EMU/Story/0,2763,210021,00.html>
3. Blair, Tony (1999) Blair's Euro Statement  
090501  
<http://www.guardianunlimited.co.uk/EMU/story/0,2763,208673,00.html>
4. Buiters, Willem & Corsetti, Giancarlo & Pesenti, Paolo, (1998) Financial Markets and European Monetary Cooperation, Cambridge University Press  
181200 <http://www.econ.yale.edu/corsetti/euro/Euroit.htm>
5. Bundesregierung (2001) Stationen der Währungsunion  
030501 <http://text.bundesregierung.de/frameset/IxNavi.jsp>
6. Bush, Janet & Johnson, Christopher (1999) CentrePiece Magazine, The Euro Debate  
100401 [http://www.centrepiece-mazagine.com/Summer99/euro\\_debate.htm](http://www.centrepiece-mazagine.com/Summer99/euro_debate.htm)
7. Business for Sterling (2001)
  - (a) Executive summary: 240401 <http://www.bfors.com/business/-reason2.asp>
  - (b) Locked into higher taxes: 240401 <http://www.bfors.com/business/-reason5.asp>
  - (c) Locked into more red tape: 240401 <http://www.bfors.com/business/-reason6.asp>
  - (d) Locked into political union: 240401 <http://www.bfors.com/business/-reason7.asp>

8. Britannia (1996) Edward Heath  
<http://www.britannia.com/gov/primes/prime53.html>
9. Cohen, Benjamin (2001) Monetary Union: The Political Dimension  
 010601  
<http://www.polsci.ucsb.edu/faculty/cohen/inpress/monetaryunion.html>
10. Cohn-Bendit, Daniel (2000) Wir werden die Welt verbessern Schluss mit dem Gejammer, Europa ist wunderbar. Eine Antwort auf Tony Judt  
 130401 [http://www.zeit.de/2000/50/Politik/200050\\_europa.html](http://www.zeit.de/2000/50/Politik/200050_europa.html)
11. cnnfn (2001) The Bank of England  
 230301 <http://cnnfn.com/2001/01/11/europe/bankofengland>
12. Davies, Glen (1996) A History of Money from Ancient Times to the Present Day, University of Wales Press, Cardiff  
 130401 <http://www.ex.ac.uk/RDavies/arian/emu.html>
13. Delgado-Moreira, Juan (1997) Cultural Citizenship and the Creation of European Identity In: Electronic Journal of Sociology ISSN: 1198 3655 Ministry of Education, Madrid Spain  
 26.02.01 <http://www.sociology.org/content/vol002.003/delgado.html>
14. Euromagazin (1998) Maastrichter Konvergenzkriterien  
 140301 [http://www.euromagazin.de/basics/1998/konvergenzkriterien.html+-konvergenzkriterien+Maastricht&hl=de&lr=lang\\_de](http://www.euromagazin.de/basics/1998/konvergenzkriterien.html+-konvergenzkriterien+Maastricht&hl=de&lr=lang_de)
15. Europäische Kommission (December 1998) DG X/A2 - Public Opinion Analysis, European Public Opinion on the Single Currency  
 26.02.01 <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eo/special/euro98en.pdf>
16. Europäische Kommission (2001)
  - (a) Eurobarometer (2001) Public Opinion in the European Union, Report number 54  
 010601 <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb/eb54/eb54.html>

- (b) Agriculture Directorate-General (2001) The History of the  
Common Agriculture Policy  
080301 <http://europa.eu.int/comm/dgs/agriculture/hist.en.htm>
17. Europäischer Rat, 9223/00 (2000) Council Recommendation of 19 June 2000  
on the Broad Guidelines of the Economic Policies of the Member States and  
the Community  
26.02.01 <http://ue.eu.int/emu/broad/2000/EN.pdf>
18. Europäischer Rat, 6145/01 (2001) Council Opinion on the Updated Con-  
vergence Programme for the United Kingdom 1999/2000 to 2005/2006  
26.02.01 <http://ue.eu.int/emu/convergence/uk/main.htm>
19. Fischer, Joschka Außenminister (2000): Vom Staatenverbund zur Föderation  
Gedanken über die Finalität der europäischen Integration  
12.12.00  
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/fischer-rede.html>
20. HM-Treasury (1997) UK Membership of the Single Currency - An As-  
sessment of the Five Economic Tests.  
4/2/01 <http://www.hm-treasury.gov.uk/pub/html/docs/emumem/main.html>  
HM-Treasury (1999) UK Convergence Programme  
4/2/01 <http://www.hm-treasury.gov.uk/pdf/1999/conv10.pdf>
21. Holmes, Martin (2000)
- (a) Overall European Policy (2000) Bruges Group Occasional Paper No.  
40  
230301 <http://www.eurocritic.demon.co.uk/hpolicy1.htm>
- (b) Single Currency (2000) Bruges Group Occasional Paper No. 40  
230301 <http://www.eurocritic.demon.co.uk/hpolicy2.htm>
22. ICMresearch (1999) Guardian-poll-november-99  
12.12.00  
<http://www.ICMresearch.co.uk/reviews/1999/guardian-poll-november-99.htm>



23. India Times (2001)  
230301 <http://www.news.indiatimes.com/200101ap/20inte6.htm>
24. Kellstrup, Morten (1992) European Integration and Political Theory In:  
Kellstrup, Morten (red.), European Integration and Denmark's Participati-  
on. Copenhagen Political Studies Press, Copenhagen S. 31-44 (von 13-58)  
200501 <http://www.df.lth.se/cml/classic-integration.txt>
25. Kiriakos, Carol (2000) Unity in Europe  
120301 <http://www.mv.helsinki.fi/home/kiriakos/text2.htm>
26. Kwan, choi (2001) International Economics, Iowa State University  
<http://www.econ.iastate.edu/classes/ecin/355/choi/cur.htm>
27. Leach, Graeme (1999) The UK and the Euro - Better Out Than In? IoD  
Research Paper, Institute of Directors, London  
120301 <http://www.iod.co.uk/ukeuro.pdf>
28. Leach, Graeme (2000) The UK and Euroland - Ships Passing in the Night,  
IoD Economic Policy Paper, Institute of Directors, London  
120301 <http://www.iod.co.uk/eurouk.pdf>
29. Lyons, Gerard (1999) History shows EMU's Success may depend on Political  
Union  
080301 <http://www.euro-know.org/articles/rmu.html>
30. Luck, Harry (1998) SZ-Serie, Teil 5 Die "Vereinigten Staaten von Euro-  
pa" bleiben vorerst eine Vision  
080301 <http://www.sz-newsline/wirtschaft/euro13.htm>
31. Metzger, Oswald (1997) Neuer Aufbruch für Europa: Der Euro als Heraus-  
forderung und Chance  
120301 <http://angele.de/metzger/texte/eurochance.htm>
32. Radice, Giles (2001) The Case For The Euro  
230301 <http://www.euromove.org.uk/Thecasefortheeuro.htm>

33. Singer, Otto (1997) Euro-Phantasien; Die europäische Einheitswährung und die Perspektiven der politischen Integration In: Kommune Forum für Politik Ökonomie Kultur  
121200 <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune9-97/ASinger.htm>
34. WestLB Gruppe (2001) WestLB Euro Support, EWU Lexikon
- (a) Der Vertrag von Maastricht:  
200101 <http://www.westlb.de/Ewu/120.htm>
  - (b) Teilnehmerstaaten im Euroland / Landkarte Euroland:  
200101 <http://www.westlb.de/Ewu/220.htm>
  - (c) Die Europäische Zentralbank:  
200101 <http://www.westlb.de/Ewu/420.htm>
  - (d) Das Europäische System der Zentralbanken:  
200101 <http://www.westlb.de/Ewu/430.htm>
35. UK News (2001) Tory Europhile to head European Movement  
[uk.news.yahoo.com/010504/143/bowbg.html](http://uk.news.yahoo.com/010504/143/bowbg.html)

## 10 Abkürzungsverzeichnis

- BIP Bruttoinlandsprodukt
- ECU European Currency Unit
- EEA Einheitliche Europäische Akte
- EFTA European Free Trade Area
- EG Europäische Gemeinschaft
- EGKS Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- EMCF European Monetary Cooperation Fund
- ERE Europäische Rechnungseinheit
- ESZB Europäisches System der Zentralbanken
- EPU Europäische Politische Union
- EU Europäische Union
- EWA Europäisches Währungsabkommen
- EWG Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- EWU Europäisches Währungsinstitut
- EWS Europäisches Währungssystem
- EWWU Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
- EZB Europäische Zentralbank
- EZU Europäische Zahlungsunion
- GAP Gemeinsame Agrarpolitik
- HVPI harmonisierter Verbraucherpreisindex
- IMF Internationaler Monetärer Fonds
- OECD Organisation for Economic Cooperation and Development
- OPEC Organisation of Petroleum Exporting Countries

- OEEC Organisation for Economic Cooperation
- WWU Wirtschafts- und Währungsunion

## 11 Anhang: Umfrageergebnisse

‘GB soll in Europa bleiben’

	15-25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-75	% der Männern bzw. Frauen, die diese Ant- wort gaben
Stimme zu [insgesamt 68,37]							
(M)	5,10	4,08	10,20	6,122	3,06	3,06	73,81
(F)	11,22	8,16	9,18	5,10	2,04	1,02	64,29
Stimme teilweise zu [insgesamt 19,39]							
(M)	-	2,04	2,04	1,02	1,02	2,04	19,05
(F)	3,06	1,02	-	2,04	3,06	2,04	19,64
Stimme teilweise nicht zu [insgesamt 2,04]							
(M)	1,02	-	-	-	-	-	2,38
(F)	-	1,02	-	-	-	-	1,79
Stimme nicht zu [insgesamt 7,14]							
(M)	-	-	-	2,04	-	-	4,76
(F)	-	-	3,06	2,04	-	-	8,93
Weiss nicht [insgesamt 3,06]							
(M)	-	-	-	-	-	-	-
(F)	2,04	-	-	1,02	-	-	5,36

‘GB soll ja zum Euro sagen’

	15-25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-75	% der Männern bzw. Frauen, die diese Ant- wort gaben
Stimme zu [insgesamt 26,53]							
(M)	1,02	3,06	5,10	2,04	1,02	1,02	30,95
(F)	3,06	3,06	2,04	3,06	1,02	1,02	23,21
Stimme teilweise zu [insgesamt 17,35]							
(M)	1,02	-	5,10	2,04	2,04	-	23,81
(F)	3,06	1,02	2,04	1,02	-	-	12,50
Stimme teilweise nicht zu [insgesamt 9,18]							
(M)	2,04	1,02	1,02	-	-	-	9,52
(F)	3,06	1,02	-	-	1,02	-	8,93
Stimme nicht zu [insgesamt 43,88]							
(M)	3,06	1,02	1,02	4,08	1,02	4,08	33,33
(F)	6,12	5,10	7,14	6,12	3,06	2,04	51,79
Weiss nicht [insgesamt 3,06]							
(M)	-	1,02	-	-	-	-	2,38
(F)	-	-	1,02	1,02	-	-	3,57